Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191. | Dresden, Freitag den 19. August 1910. | 21. Jahrg.

Die Beamten.

Die Beamten in ihrer Gesamtheit bedeuten einen politischen Faktor. Nicht allein deshalb, weil ein Teil von ihnen tretende und einflußreiche Stellung inne hat, sondern auch, weil ihre Zahl immer größer wird, sie bei Wahlen ein großes Stimmengewicht in die Wagschale werfen und das Wohlbefinden keiner anderen Bevölkerungsschicht so sehr und so direkt von der Stellung der Parteien und der Regierung abhängig ist, wie das der Beamten. Aus diesem Grunde sind die Regierungen und die herrschenden Parteien in Deutschland stets bemüht gewesen, den Beamten und allen anderen beim Staate oder den Kommunen Beschäftigten die Freiheit der Meinung und politischen Betätigung vorzuenthalten und sie wie Sklaven zu behandeln, die lediglich den Willen der Regierung zu erfüllen haben. Lange genug hat diese Knechtung der Beamten auch den gewünschten Erfolg gehabt. Aber die Entwicklung des parteipolitischen Lebens in Deutschland, die naturnotwendig der Entwicklung der Klassengegensätze folgen mußte und außerdem als ein Werk der politischen Erziehung durch die Sozialdemokratie zu betrachten ist, konnte selbstverständlich nicht spurlos an den Beamten vorübergehen. Die jüngere Generation des Beamtentums, vor allem die unteren Beamten, also die große Masse, zeigt deshalb auch einen ganz anderen politischen Sinn, ein anderes politisches Verständnis als ihre bureaukratisch gedrillten Vorgänger, die nur Kasernen- und Domestiken-Zimmerluft geatmet haben. Die mißlichen Gehalts- und Arbeitsverhältnisse zwangen auch die unteren Beamten immer mehr, sich der Macht des geheimen Stimmrechts bewußt zu werden. Und da sich die Sozialdemokraten ganz selbstverständlich auch der Beamten annahmen, erwuchs für die Regierung und die bürgerlichen Parteien die „Gefahr", daß die Beamten bei Wahlen ihre Stimmen der Sozialdemokratie geben werden. Für die bürgerlichen Parteien ist diese „Gefahr" um so größer, als sie mit den Beamten ihre letzte Stütze verlieren. Denn die Hoffnung, daß sie jemals wieder die Arbeiter für sich gewinnen könnten, haben sie bereits aufgegeben. Dieser Angst um die eigene Existenz entsprang das Wettlaufen der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Beamten, denen bei den Wahlen die größten Versprechungen gemacht wurden. Gehaltserhöhungen wurden auch in ganz Deutschland durchgeführt. Aber wie dies bei unseren politischen Verhältnissen und der Auffassung der Regierung und der bürgerlichen Parteien nicht anders zu erwarten war, endete diese „Beamtenfreundlichkeit" mit einer fürchterlichen Enttäuschung der unteren Beamten, für die sehr wenig getan worden ist. Und die „Beamtenfrage" macht den bürgerlichen Parteien wieder die größten Kopfschmerzen, wie aus ihrer Presse zu ersehen ist.

In der Kreuzzeitung — dem Organ der ostpreußischen Junker — gibt ein „höherer Beamter" seinen Beklemmungen über das Verhalten „unserer Beamten" Ausdruck, indem er meint, es sei zu befürchten, daß unser Beamtentum „in kurzer Zeit seine besten Eigenschaften, namentlich die altpreußische Disziplin, Bescheidenheit und Pflichttreue, vollständig einbüßen und auf den Stand der Beamten gewisser anderer Länder herabsinken wird, wenn nicht endlich im Beamtentum selber gegen die neueren rein materialistischen Bestrebungen aufgetreten wird". Den Beamten wird es nicht schwer fallen, die richtige Antwort darauf zu geben. Denn die höheren Beamten, die Minister und auch die preußische Krone sind den Beamten ja mit einem guten Beispiel vorangegangen. Und es wird wohl niemand zu behaupten wagen, daß die Erhöhung der an sich schon sehr hohen Ministergehälter und die Erhöhung der Zivilliste um 3½ Million auf „altpreußische Bescheidenheit" zurückzuführen seien und nicht zu den „reinmaterialistischen Bestrebungen" gerechnet werden dürften! Daß aus dem Beamtentum selbst eine Bewegung herauswachsen werde, die sich gegen die Verbesserung ihrer Lebenslage richtet, das wird der „höhere Beamte" im Ernste wohl auch selbst nicht glauben. Dank der agrarischen Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Parteien sind die Lebensmittel und Bedarfsartikel so im Preise gestiegen, verteuert sich die Lebensweise zusehends immer mehr derart, daß keine altpreußische Disziplin und auch keine noch so große Bescheidenheit die Beamten davon abhalten können, auf eine Erhöhung ihrer Gehälter zu dringen. Der schwarz-blaue Block ist der wirkungsvollste Agitator, der die Beamten in den wirtschaftlichen Kampf treibt.

Der Kampf der Beamten um Verbesserung ihrer Lebenslage ist aber lediglich ein politischer Kampf. Denn die Regierung und die politischen Parteien sind ja ihre „Arbeitgeber", die ihre Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse bestimmen. Es ist daher auch selbstverständlich, daß die Beamten die Partei unterstützen, die ihre Forderungen vertritt, und erkennen lernen, daß sie nur unter politischer Freiheit, bei gleichen Rechten, kurz unter demokratischen Zuständen etwas erreichen werden. Daß ihr natürliches und selbstverständliches Streben auf Verbesserung ihrer Lebenslage sie von selbst zu demokratischen Anschauungen führt — zur Sozialdemokratie.

Das ist es, was die bürgerlichen Parteien und die Regierung kommen sehen. Was sie aber auch nicht verhindern können. Und sie können auch den berechtigten Ansprüchen der Beamten so lange nicht gerecht werden, solange sie an ihrer Militär- und Marinepolitik festhalten. Denn der Militarismus und Marinismus verschlingen so ungeheure Summen, daß für die Aufbesserung der Beamtengehälter ständig „kein Geld da" ist. Woraus sich auch für die Beamten die Lehre ergibt, daß neben der Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel infolge einer verkehrten Steuer- und Zollpolitik auch der Militarismus und Imperialismus — also die gesamte Politik der herrschenden Klassen — die Ursachen ihrer gedrückten Lage sind und daß nur vom erfolgreichen Kampfe gegen diese Politik eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu erhoffen ist. Die Beamten werden aber auch aus anderen Ursachen heraus von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben. Die Schlot- und Krautjunker sehen in jeder noch so bescheidenen Gehalts- oder Lohnforderung — von den Forderungen der hohen Beamten abgesehen — eine „Unverschämtheit", und ohne daß ihnen das Messer an der Kehle sitzt, werden sie nichts bewilligen. Im sogenannten gewerblichen und bäuerlichen Mittelstande aber herrscht ein solches Unverständnis über die Arbeit der Beamten, daß sich diese Bevölkerungsschicht, aus der sich zugleich auch der Stamm der bürgerlichen Parteien bildet, stets der Erhöhung der Beamtengehälter feindlich entgegenstellt. Man erinnere sich nur der Haltung der bürgerlichen Stadtverordneten und Gemeinderatsmitglieder gegen die Forderungen der Lehrer und Beamten! Der „höhere Beamte" in der Kreuzzeitung verweist auch auf diese Stimmung, und er spricht sicher allen bürgerlichen Parteien aus dem Herzen, wenn er die Beamten „verwöhnte Kinder" nennt und am Schlusse seines Artikels sagt:

„Nach unserer Ueberzeugung ist in den Verhältnissen unserer Beamtenschaft, und zwar derjenigen aller Klassen, nur ein wirklicher, schlimmer Uebelstand vorhanden: das zu späte Hineinwachsen in eine auskömmliche Stellung mit seinem traurigen Gefolge von Ehelosigkeit, zu spätem Heiraten usw. Wo sonst noch Unzufriedenheit herrscht, da ist sie nicht urwüchsig, sondern sie wird künstlich durch das Bedürfnis nach Reklame und Abonnenten oder die Eitelkeit einzelner „Vorkämpfer" geschürt, oder aber sie gehört zu der üblen Sorte von Unzufriedenheit, welche gar nicht die des wirklich Notleidenden, sondern die des Verwöhnten ist, der gar nicht ahnt, wie gut er es eigentlich hat."

Er ahnt es gar nicht, wie gut er es hat, der Landbriefträger mit seinen 800 oder 900 M. im Jahre und der Eisenbahnschaffner, der kaum einen vollen Ruhetag in der Woche hat. Daß die Beamten keine eigene Meinung und keine Rechte haben sollen, findet der „höhere Beamte", wie nicht anders zu erwarten, ganz in der Ordnung. Er, der vielleicht 10 000 oder 20 000 M. Gehalt bezieht und keine Ursache zur Unzufriedenheit hat, spricht auch damit nur eine Ansicht aus, die mehr oder weniger in allen bürgerlichen Parteien die vorherrschende ist.

Glücklicherweise kommt aber die große Masse der unteren Beamten immer mehr zur Erkenntnis ihrer Lage und zu der Ueberzeugung, daß sie nur bei ihren Klassengenossen, den Arbeitern, Verständnis und Hilfe finden können. Die Beamten und bei den öffentlichen Korporationen angestellten Arbeiter stellen heute eine große Macht dar. Nach der Berufszählung von 1907 gibt es 390 000 Verwaltungsbeamte in Staat und Gemeinden. Die Post beschäftigte im genannten Jahre 312 708 Personen, die vollspurigen Eisenbahnen 692 408. In anderen Staats- und in den Gemeindebetrieben wurden rund 300 000 Personen beschäftigt. Und von den 299 396 Personen, die in der Berufsgruppe „Bildung, Erziehung und Unterricht" beschäftigt werden, sind sicher 250 000 von öffentlichen Korporationen fest angestellt, so daß rund 2 Millionen Personen als Beamte oder Arbeiter ihren Gehalt oder Lohn vom Staate und den Gemeinden beziehen. Mit dieser Macht von 2 Millionen Stimmen werden die unteren staatlichen und kommunalen Angestellten nur etwas erreichen können, wenn sie nicht mit, sondern gegen die Regierung und herrschenden Parteien gehen, die sie wie unmündige Kinder behandeln, aber mit der Sozialdemokratie, der Partei aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Ein Bülow-Pfeil.

Seit seiner Entlassung hat Fürst Bülow vermieden, sich in die deutsche Politik einzumischen. Er hatte ja, als er Kanzler war, im Reichstag einmal recht feierlich erklärt, er werde nach seinem Amtsende die Welt nicht mit Memoiren bedenken, und es konnte bisher scheinen, daß Bülow in der Tat seine politische Laufbahn für endgültig beendigt ansieht und daß er sich völlig ruhig verhalten wolle. Jetzt aber tritt Bülow plötzlich und recht eigenartig als Zeitungsschreiber in die Oeffentlichkeit zurück.

Bülow ist immer Meister in kleinen Künsten gewesen und er beweist dieses Talent jetzt wieder, indem er die Gelegenheit des 80. Geburtstags Franz Josephs benutzt, um einen hübsch zugespitzten Pfeil auf Wilhelm II. loszulassen, der die Schuld auf sich lud, den herrlichen Bülow aus dem Amte zu schicken.

Aus Norderney hat Bülow einen Artikel an das Neue Wiener Tageblatt gesandt, in dem die Persönlichkeit des greisen Franz Joseph laut gefeiert wird. Und in diesem Artikel finden sich auch folgende Sätze:

„Der Charakter des heutigen Festes löst an sich weniger politische als menschen-psychologische Betrachtungen aus: Kaiser Franz Joseph aber hat es wie wenige Fürsten verstanden, wiederholt — und gerade in den entscheidendsten Augenblicken — der inneren und der äußeren Politik Oesterreich-Ungarns das Gepräge seines Charakters zu geben: das Gepräge eines den Forderungen des Fortschritts rechtzeitig sich anpassenden verständnisvollen Konservativismus und der Treue am gegebenen Wort."

Der Sinn dieser Worte ist deutlich.

Das offiziöse Telegraphenbureau, das viele Jahre hindurch jede noch so unbeträchtliche Redensart Bülows pompös in alle Welt verbreitet hat, vermeldet jetzt nichts von diesem Lebenszeichen des einstigen Gebieters. Auch die Nordd. Allgem. Ztg. versucht es mit dem Totschweigen. Die Post aber, das Scharfmacherblatt, das eine Störung der Bethmannschen Sammlungsversuche befürchtet, schreibt ganz aufgeregt:

„Es ist jedenfalls eigenartig und neu, wenn ein ehemaliger Reichskanzler in dieser Weise das Wort ergreift, und die von uns gesperrt gedruckten Worte sollen wohl eigentlich nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin gehört werden und wiederum darauf hinweisen, weshalb Fürst Bülow gestürzt ist. Nun, die „Treue am gegebenen Wort" ist in Preußen jedenfalls immer so gut gehalten worden wie in Wien."

Fürst Bülow hat auf dem Wege über Wien an Wilhelm II. die Aufforderung gerichtet, er möge seinen Konservativismus verständnisvoll und rechtzeitig den Forderungen des Fortschritts anpassen und treu zu dem Wort der Thronrede stehen, die die Reform des preußischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnete. Daher die Totschweigeversuche der offiziösen Presse und die Wut der Post.

Es ist im Augenblick ziemlich nebensächlich, was der verantwortliche Verfasser der Thronrede vom 20. Oktober 1908 persönlich des nähern unter der „Treue zum gegebenen Wort" versteht, an die er seinen Herrn zu mahnen sich erkühnt. So lange Fürst Bülow im Amte war, hatte er sich in der preußischen Wahlrechtsfrage keineswegs als ein Held erwiesen, sondern er hatte sein Terrain stets vorsichtig abgetastet und sich sein Ziel so eng wie möglich gesteckt. Das Vorbild aber, nach dem Fürst Bülow jetzt den König von Preußen zu handeln auffordert, Kaiser Franz Joseph I., hatte allerdings sein Wort für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verpfändet, und dieses allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist heute der Grundpfeiler der österreichischen Staatsverfassung.

Es ist ein Vorgang, der jedenfalls nicht des Reizes entbehrt, wie der einst überschwänglich gefeierte, dann jäh gestürzte Reichskanzler dem gegenwärtigen Berliner Kurs Mahnungen erteilt. Ob diese Mahnungen auf fruchtbaren Boden fallen, das ist eine andere Frage. Es ist auch für den weiteren Verlauf der preußisch-deutschen Politik nicht gerade wesentlich, ob das konservative Regiment nach Heydebrandschen und Zedlitzschen Rezepten oder verbrämt mit „Forderungen des Fortschrittes" à la Bülow ausgeübt wird. Die Entscheidung über die deutsche Zukunft liegt bei dem deutschen Volk, das sich sein Recht erobern wird.

Wer trägt die Schuld?

Natürlich zetert jetzt die ganze ordnungsparteiliche Presse: „Die bösen Sozialdemokraten, die die Werftarbeiter aufgehetzt haben, die Führer, die Verhandlungen mit den Unternehmern abgelehnt haben!" Und dabei sind konservative und liberale, Zentrums- und Unternehmerzeitungen ein Herz und eine Seele. Wenn das dreimal geheiligte Profitinteresse in Frage kommt, dann fallen alle politischen Unterschiede, und die dann und wann für politische Freiheiten sich begeisternde Freisinnige Zeitung wetteifert mit der Post und der Germania um die Palme der wüstesten Verdrehung der Tatsachen und perfidesten Verleumdung der Arbeiterbewegung.

Ein Beispiel davon, in welcher skrupellosen Weise dies Geschäft besorgt wird, bietet u. a. ein Artikel der Dresdner Nachrichten in der Mittwochnummer. Darin wird wieder das von uns bereits am selben Tage an der Hand von Tatsachen widerlegte Märchen von der „Unerfüllbarkeit der Forderungen der Arbeiter", von der „Schädigung des nationalen Wohlstandes", von der „unverantwortlichen Provokationspolitik der Arbeiter" und ähnliche allgemeine bei jedem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter wiederkehrende Gemeinplätze aufgetischt. Dann aber heißt es:

„Die Arbeiterorganisationen üben zurzeit eine Tyrannei aus, die jeder Beschreibung spottet. Sie allein haben den Kampf provoziert, sie haben die Einladung der Werftbesitzer vom 26. Juli zu einer gemeinsamen Besprechung rundweg abgelehnt. Die Arbeiter wollten also den Kampf, nun haben sie ihn."

Und hier möchten wir einsetzen und an der Hand von Tatsachen nachweisen, daß auch diese so bestimmt klingende Behauptung, die Arbeiterorganisationen hätten die Einladung der Werftbesitzer zu Verhandlungen abgelehnt, falsch ist.

Hat doch selbst die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, das Scharfmacherorgan par excellence, zugegeben, daß die Werftbesitzer infolge der einschneidenden Forderungen der Arbeiter Verhandlungen darüber rundweg abgelehnt hätten und nur die Vertreter der Arbeiter eingeladen hätten, um sie persönlich über die „zwingenden Gründe" der Ablehnung zu unterrichten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Das geht auch noch deutlicher aus einer sachlichen Darstellung des Hamburger Echo über die Vorgänge vor dem Kampf hervor. Danach heißt es in dem am 26. Juli den Zentralvorständen zugestellten Antwortschreiben, die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften habe die eingereichte Vorlage durchberaten. Die Lage des deutschen Schiffsbaues könne weder irgendwelche Beunruhigung, noch Maßnahmen vertragen, die seine Leistungsfähigkeit noch mehr beeinträchtigen würden. Man verweist sodann auf die in der letzten Zeit erzielten niedrigen Preise im Kriegs- und Handelsschiffbau und gibt bekannt, daß eher eine Ermäßigung der Löhne resultieren sollte. Auf eine weitergehende Arbeitszeitverkürzung könne man sich nicht einlassen, da die 1907 eingeführte 57- resp. 56stündige Arbeitszeit noch nicht bewiesen habe, daß die Leistungen der Arbeiter entsprechend größer geworden wären. Weil dies nicht der Fall, deswegen sei jetzt nicht daran zu denken. Alle übrigen Punkte der Vorlage haben den vereinigten Werften keine Möglichkeit gegeben, denselben zuzustimmen, weil sie darin eine Beeinträchtigung der Verhältnisse erblicken.

Wörtlich heißt es dann:

„Wenn Sie nach Vorstehendem glauben, daß in der Arbeiterschaft der Wunsch besteht, die Gründe für unsere vorstehend skizzierte Stellungnahme mündlich erläutert zu erhalten, so erklären wir uns gern bereit, mit Vertretern unserer Arbeiter zusammenzukommen und Sie zur Teilnahme an dieser Sitzung wie im Jahre 1907 einzuladen.“

Nachdem also alles wiederum — wie 1907 — rundweg abgelehnt ist: Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, Regelung der Ueberarbeit und Akkordarbeit, ohne vorher die Gründe der Arbeiter für die Berechtigung ihrer Forderungen zu hören, will man gnädigst auch noch mündlich den Arbeitern den Machtspruch der Werftherren verkünden und dazu ladet man die Organisationsleitungen ein.

Man kann dieses Anerbieten der Werftkapitalisten nur als eine freche Verhöhnung der schnöde abgewiesenen Arbeiterschaft und der Organisationsleitungen ansehen, und es ist absolut zu verstehen, wenn sich diese nicht zu diesem Komödienspiel hergeben.

Aber trotzdem wagt es die bürgerliche Presse, den Arbeitern die Schuld an dem von den Unternehmern frivol heraufbeschworenen Machtkampf in die Schuhe zu schieben. Ja, verlangt man von den Arbeitern und deren Organisationsleitungen, daß diese, wenn sie schon einmal schroff mit ihren Forderungen abgewiesen worden sind, auch noch persönlich diese Demütigung über sich ergehen lassen sollen?

Solche Ansichten sind eben der Ausfluß jener Herrenmoral, die in dem Arbeiter nur den Knecht sieht, nicht den Gleichberechtigten. Organisierte Arbeiter haben eine andere und modernere Auffassung von dem Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer.

Das mag den Werftkapitalisten und dem kapitalistischen Preßheerbann verwunderlich vorkommen. Sie leben eben noch in Anschauungen, die heute, im 20. Jahrhundert, unmöglich noch Geltung haben können.

Also noch einmal sei auf Grund dieser unumstößlichen Tatsachen konstatiert: Nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer haben den Kampf heraufbeschworen. Weder die Arbeiter, noch die Organisationsleitungen haben Verhandlungen mit den Unternehmern abgelehnt. Nachdem die Unternehmer aber rundweg jedes Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter, ohne diese nur zu hören, abgelehnt hatten, war es nur eine Verhöhnung der Arbeiter durch die Unternehmer, wenn diese wie „stumme Hunde“ den Machtspruch der Unternehmer auch noch persönlich entgegennehmen sollten.

Die Werftkapitalisten müssen ebenso wie es die Bauunternehmer haben tun müssen, sich an den Gedanken gewöhnen, daß der Arbeiter sich als gleichberechtigter Kontrahent bei Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen betrachtet. Der Standpunkt der „Herren im Hause“ ist heute nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Deutsches Reich.

Pferde- und Hundefleisch.

Die steigende Fleischteuerung zwingt die Massen immer mehr, sich dem Genuß von Pferde- und selbst Hundefleisch zuzuwenden. Im Jahre 1909 sind in Deutschland 151 357 Pferde gegen 136 273 im Jahre 1908 geschlachtet worden. Die Zahl der Hundeschlachtungen ist im gleichen Zeitraum von 6138 auf 6990 Stück gestiegen. **Die meisten Hunde — 4062 — wurden in Sachsen verzehrt,** in Schlesien 1522, in Bayern 421, in Anhalt 364. Damit ist natürlich die Zahl der Hunde, die verzehrt worden sind, keineswegs erschöpft; denn es handelt sich nur um die Hunde, an denen die amtliche Fleischbeschau vorgenommen wurde. Tatsächlich aber werden sehr viele Hunde geschlachtet, ohne daß der Fleischbeschauer etwas davon erfährt.

Arbeiter als Jagdwild.

Das Berl. Morgenblatt meldet: „Auf dem Dominium Dambitsch bei Trebnitz feuerte der Gutsbesitzer nach einem Streite wegen Lohndifferenzen, in dessen Verlauf zwei Arbeiter, Vater und Sohn, auf den Inspektor einschlugen, einen Schreckschuß und darauf **zwei scharfe Schüsse auf den älteren Arbeiter ab, der tot zu Boden gestreckt wurde.**“

Selbst wenn sich die beiden Arbeiter so weit vergessen haben sollten, den Inspektor zu schlagen, lag für den Gutsbesitzer kein Anlaß vor, die Mordtat zu begehen. Aber man weiß aus einer ganzen Reihe von Fällen, daß es Gutsbesitzer gibt, die ein Arbeiterleben geringer achten als das Leben ihres Jagdhundes oder ihres Reitpferdes. Es sind ja nur Arbeiter . . .

„Herren im Hause.“

Der Verband ostdeutscher Industrieller hat sich im verflossenen Jahr dem Zentralverband deutscher Industrieller angeschlossen. Diesen Anschluß begründen die ostelbischen Scharfmacher in ihrem Jahresbericht folgendermaßen:

„Nachdem die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Industriellen des Vaterlandes zum Kampfe gegen die geradezu unternehmerfeindliche Tendenz unserer Zeit sich immer dringender gestaltet hatte, durften wir nicht länger abseits stehen. Wir müssen für unsern Teil dazu beitragen, daß die Untergrabung der Autorität der Arbeitgeber und ihre planmäßige Verdrängung aus der ihnen gebührenden Stellung in den Fabriken, wie sie durch die Sozialdemokratie nicht minder durch die Kathedersozialisten und den deutschen Reichstag angestrebt wird, nicht weiter fortschreitet. Wir müssen endlich mit dahin streben, daß die deutsche Industrie, die oft bei den wichtigsten Maßnahmen der Gewerbepolitik und Sozialpolitik nicht in wünschenswerter Weise gehört worden ist, in Zukunft besser zu Wort kommt. Kurzum, der Verband Ostdeutscher Industrieller, der bis dahin sich sozusager. auf sein Interessengebiet beschränkt hat, muß sich mit den übrigen Industriellen des Vaterlandes solidarisch fühlen und diesem Solidaritätsgefühl offenen und bestimmten Ausdruck verleihen.“

Die ostelbischen Scharfmacher möchten also drei Galgen errichten: einen für die Sozialdemokratie, einen für die „Katheder-sozialisten“ und endlich einen für den „unternehmerfeindlichen“ Reichstag. An Arbeitseifer fehlt es den Herren Henkersknechten gewiß nicht.

Ostelbische Methoden.

Im Wahlkreise Frankfurt a. O.-Lebus findet am 13. September die Reichstagsersatzwahl für den verstorbenen Nationalliberalen Detto statt. Schon jetzt beeifern sich die Konservativen im dortigen Kreise, sich Sporen im Kampfe wider den „Umsturz“ zu erwerben. Unsere Genossen wollten am letzten Sonntag in Briesen eine Versammlung unter freiem Himmel in einem Garten abhalten. Auf das Gesuch um Genehmigung dieser Versammlung antwortete der Amtsvorsteher v. Stünzner-Kerbe in Sieverdorf, der zugleich Vorsitzender des konservativen Vereins für den Wahlkreis ist, mit der Frage nach der Anzahl der Personen, „die an der Versammlung teilnehmen werden, um prüfen zu können, ob der bezeichnete Garten auch groß genug ist“. Es wurde ihm geantwortet, daß der Garten 200 Personen fasse und mehr auch kaum erscheinen dürften. Hierauf erwiderte der Amtsvorsteher, daß er sich persönlich überzeugt habe, daß der Garten 200 Personen fassen kann. Doch, so fügt er hinzu, ist in demselben „weder für Wasser gesorgt, noch ein Abort vorhanden. Da ein Abort unbedingt notwendig ist, wird Ihnen anheimgestellt, einen solchen auf dem Platze zu errichten, und zwar für Männer und Frauen getrennt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß auch Frauen an der Versammlung teilnehmen. Falls nicht beabsichtigt wird, zur Regelung der Wasserfrage eine Pumpe zu bauen, ist mir mitzuteilen, ob und wie viel Gespanne zum Wasserfahren bestellt sind.“ — Es wurde ihm geantwortet, daß zwei Aborte und ein Brunnen auf dem Gehöft vorhanden seien. Der Amtsvorsteher versagte nun aber die Genehmigung zu der Versammlung mit der Begründung, daß „Reibungen“ zu befürchten seien und auch kein öffentlicher Weg zu dem Grundstück führe.

Trotz aller krampfhaften Bemühungen, Briesen vor dem Umsturz zu retten, hatte der konservative Amtsvorsteher weder Glück noch Stern. Die Versammlung fand zur festgesetzten Zeit in einem Wohnraum des Privathauses statt, die zahlreich erschienenen Besucher beschlossen laut § 8 des Vereinsgesetzes, die Versammlung in den anstoßenden Garten zu verlegen und dort konnte die Genossin Zietz-Berlin ungestört und ungehindert sprechen. Die Bevölkerung verzeichnet den Hereinfall des Herrn v. Stünzner und seines Gendarmen, der vergeblich den Weg zum Grundstück zu sperren versuchte, mit befriedigter Genugtuung.

Adel verpflichtet . . .

In der Prozeßaffäre der Frau Oberstleutnant Meersmann gegen den Generalmajor a. D. Freiherrn v. Gagern, über die wir gestern berichteten, stand am Donnerstag vor dem Landgericht I Berlin Termin an. Frau Oberstleutnant Meersmann klagt auf Erfüllung eines Pflegschaftsvertrages in Höhe von 120 000 M. Die Klägerin war persönlich zur Stelle.

Vor dem Eintritt in die Verhandlung schloß, wie wir dem B. T. entnehmen, der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Günsbruch die Oeffentlichkeit aus; der Anwalt des Beklagten beantragte gleichfalls Ausschluß der Oeffentlichkeit, „weil eine öffentliche Verhandlung die Interessen des Freiherrn v. Gagern schädigen könnte“. Rechtsanwalt Linnartz widersprach der Ausschließung der Oeffentlichkeit, da eine Gefährdung der Sittlichkeit in keinem Punkte des Prozesses zu befürchten sei. In der geheimen Sitzung beantragte Rechtsanwalt Linnartz als Rechtsbeistand der Frau Oberstleutnant Meersmann, den Beklagten zur Zahlung von 120 000 M. zu verurteilen; es liege ein Pflegschaftsvertrag, abgeschlossen zwischen dem Beklagten und der Mutter der Kinder, vor, nach dem v. Gagern die Kosten für die Erziehung der Kinder bezahlen will. Der gegnerische Rechtsanwalt führte im Namen des Freiherrn v. Gagern aus, daß nur eine Schenkung vorliege, die aber mangels notarieller oder gerichtlicher Beurkundung rechtsungültig sei.

Aus dem Laufe des Prozesses erfährt das B. T. weiter, daß Generalmajor v. Gagern der Schwiegersohn des mehrfachen Millionärs Rütgers ist und gegenwärtig in Bonn am Rhein wohnt. Freiherr v. Gagern besitzt ein großes nach Millionen zählendes Vermögen und bezieht auch als Aufsichtsrat der Rütgerswerke bedeutende Einnahmen. **V. Gagern erkennt auch die Kinder als die seinigen an, weigert sich aber hartnäckig, für den Unterhalt der Klägerin und seiner Kinder etwas zu zahlen,** weil er, wie er durch seinen Rechtsanwalt an Gerichtsstelle mitteilen ließ, „juristisch nicht dazu verpflichtet sei“. Frau Oberstleutnant Meersmann ist vollständig mittellos geworden und nur durch die Menschenfreundlichkeit ihres Rechtsanwalts, der den Prozeß unentgeltlich führt, ist sie in der Lage, zu prozessieren.

Ein Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die Pension des Generalmajors zu sperren, wurde in einem früheren Prozesse, der neben dem Hauptprozeß läuft, abgewiesen.

Das Urteil wurde gleichfalls in nichtöffentlicher Sitzung verkündet. Es lautete auf **Abweisung der Klage.** Das Gericht hat angenommen, daß nicht genügend juristische Gründe vorliegen, um die Klage gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Ansonsten wird mit besonderem Nachdrucke betont, daß Edelste und Beste und vor allem Offiziere ihre ganz „besondere“ Ehre hätten. Wie es um diese besondere Ehre bestellt ist, ersieht man deutlich aus dem Verhalten des beklagten Freiherrn und Millionärs. Die dreckigen Schlafstubengeschichten und die edelste und beste Sittlichkeit der Gesellschaftskreise, die in jenem Prozesse in Frage kommen, sind übrigens nach Allenstein und ähnlichen „Affären“ längst keine Ueberraschung mehr.

Die Konkurrenzklausel.

Ueber eine von der Reichsregierung geplante gesetzliche Regelung der Bestimmungen über die Konkurrenzklausel wird offiziös geschrieben: Dem Reichstag dürften in der nächsten Session zur Regelung der Frage der Konkurrenzklausel zwei Vorlagen zugehen, eine Novelle zum Handelsgesetzbuch und eine zweite zur Gewerbeordnung, in denen die jetzt für kaufmännische und gewerbliche Angestellte geltenden Vorschriften über den Gebrauch der Konkurrenzklausel neu geregelt werden sollen. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die Anwendung der Konkurrenzklausel bedingen, für den Handel und die Industrie verschieden sind, ist auch eine einheitliche Regelung für kaufmännische und technische Angestellte nicht in Aussicht genommen.

Die Vorschläge der Reichsregierung, die mit den verbündeten Regierungen vereinbart sind, beruhen nun auf dem Grundsatz der bezahlten Karenz; es soll ein Ausgleich zwischen den Interessen des Prinzipals und denjenigen des Angestellten erreicht werden, indem dem Angestellten für die Beschränkung, die ihm das Konkurrenzverbot auferlegt, der Anspruch auf eine angemessene Entschädigung zugestanden wird. Die Entschädigung soll so bemessen werden, daß dem Angestellten für das erste Jahr nach seiner Entlassung mindestens ein Viertel, für das zweite Jahr ein Drittel und für das dritte Jahr das volle zuletzt bezogene Gehalt bezahlt wird. Dabei ist für Handlungsgehilfen das Konkurrenzverbot auf drei Jahre beschränkt, während für technische Angestellte eine zeitliche Beschränkung nicht in Aussicht genommen ist. Auf die Entschädigung in voller Höhe des bisherigen Gehalts soll aber das Einkommen aus einer neuen Stellung in Anrechnung gebracht werden, im ersten und zweiten Jahre jedoch nur insoweit, als das neue Einkommen den Betrag von drei Vierteln bezw. zwei Dritteln des zuletzt bezogenen Gehalts übersteigt. Es ist ferner in Erwägung gezogen, einer zu ausgedehnten Anwendung der Konkurrenzklausel dadurch entgegenzuwirken, daß ihre Gültigkeit von gerichtlicher oder notarieller Beurkundung abgehängig gemacht wird. Ehrenwörtliche Versicherungen, durch die ein Angestellter sich einer Konkurrenzklausel unterwirft, sollen für nichtig erklärt werden. Diese Grundsätze der bezahlten Karenz sollen auch Anwendung finden, wenn der Angestellte sich einem Schweigegebot unterwirft, ohne daß ihm der Eintritt in ein Konkurrenzunternehmen verwehrt ist.

Es sind zunächst die Handelskammern und Kaufmannsgerichte um Aeußerungen zu diesen Vorschlägen ersucht worden.

Apostel der Kolonialherrlichkeit. Eine Propagandagesellschaft für die deutschen Kolonien ist soeben in Hamburg gegründet worden. **Der Zweck des Unternehmens ist es, die Kenntnis von den deutschen Kolonien durch Vorträge und ähnliche Veranstaltungen im deutschen Volke zu erweitern.** Von Hamburg aus sollen Vortragende durch das ganze Deutsche Reich gesandt werden, die in den einzelnen Städten Vorträge halten. — Wahrscheinlich besteht die Absicht, jene schöne Zeit des „Kolonialenthusiasmus“ wieder zum Leben zu wecken, mit dem Bülow und Dernburg, die beiden Blockhelden, Anno 1907 krebsen gingen.

Reformen in der Fürsorgeerziehung. Die amtliche Berliner Korrespondenz teilt mit, daß auf Veranlassung des preußischen Ministers des Innern eine Konferenz stattgefunden hat, die sich mit der Frage der Beschaffung geeigneter Kräfte für Fürsorgeerziehungsanstalten beschäftigte. Die Vorkommnisse in letzter Zeit hätten ergeben, daß das Erzieherpersonal nicht den Anforderungen entspreche, die an seine sittlichen und praktischen Fähigkeiten gestellt werden müßten. In dem Bericht über die Konferenz wird mitgeteilt, daß man die Ausbildungssorge künftighin auch ausschließlich geistlichen Erziehungsanstalten überlassen will. Ferner soll das Erzieherpersonal so bezahlt werden, daß es seine Posten als Lebensstellung ansehen kann und der jetzt so häufige Wechsel vermieden wird.

Uns will scheinen, daß die hier besprochenen und in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht geeignet sind, Skandale von der Art des Mielczinerer und des Kolanderschen künftighin unmöglich zu machen.

Gegen das Schleppmonopol. Die rheinischen Schiffer haben nach einer Meldung aus Köln an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der beantragt wird, die Errichtung des staatlichen Schleppbetriebes auf den Kanälen und öffentlichen Wasserstraßen aufzuheben bez. nicht zur Ausführung zu bringen. Sie treten im Verein mit zahlreichen Interessentengruppen gegen das Schleppmonopol auf, weil sie darin den ersten Schritt einer Wasserstraßenpolitik erblicken, die darauf hinaus will, die Wettbewerbstätigkeit der Wasserstraßen gegen die Eisenbahn zu untergraben und das bestehende Eisenbahnmonopol durch Angliederung eines Wasserstraßenmonopols zu einem allgemeinen Verkehrsmonopol zu erweitern. Im Auftrage der preußischen Regierung führt der Regierungspräsident von Düsseldorf die Verhandlungen mit den Rheinschiffern und den Schiffahrtsinteressenten. Die Regierung hat „wohlwollende Prüfung“ der Wünsche zugesagt.

Noch eine Aufreizung zum Klassenhaß hat die Staatsanwaltschaft in Dortmund mobil gemacht. Diesmal soll das Verbrechen durch den Abdruck der Gedichte: „Wie lange noch?“ und „Wenn des Elends Dämonen erwachen!“ in der Unterhaltungsbeilage der Dortmunder Arbeiterzeitung begangen worden sein. Zweimal ist die Staatsanwaltschaft allerdings mit ihren Aufreizungsanklagen hereingefallen; sie will zum drittenmal ihr Glück versuchen. Am Donnerstag fand die erste Vernehmung des Genossen Mehlich vor dem Untersuchungsrichter statt. Die Akten tragen den Vermerk: Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten von Berlin. Auch die mißglückte Aktion gegen das Dortmunder Liederbuch ging von Berlin aus.

Wegen Majestätsbeleidigung durch eine Aeußerung über die Erhöhung der Zivilliste des Kaisers wurde in Elberfeld der Schuhmachermeister Emil Stahl von Cronenburg zu **zwei Monaten Gefängnis** verurteilt. — Aeußerungen über die Erhöhung der Zivilliste werden also als unverkennbare Anzeichen von „Böswilligkeit“ angesehen, die nach dem „reformierten“ Majestätsbeleidigungsparagraphen nachgewiesen sein muß, um eine Verurteilung zu rechtfertigen.

Ausland.

England.

Staatliche Diäten für englische Abgeordnete.

lk. **London,** 17. August. Die Frage der Einführung der Abgeordnetendiäten liefert eine Illustration dafür, in welcher Weise die englische Regierung neuestens die Arbeiterpartei an der Nase herumführen zu können glaubt. Als am Anfang der Parlamentssession die Arbeiterpartei von der Regierung forderte, sie möge den durch das Osborne-Urteil herbeigeführten Rechtszustand beseitigen und das politische Betätigungsrecht der Gewerkschaften wiederherstellen, da wand sich der Premierminister um die Frage herum, meinte, sie sei eine schwierige Sache, in der die Meinungen sehr stark geteilt seien und deshalb erst einer eingehenden Prüfung bedürfe. Er deutete deshalb an, die Arbeiterpartei möge durch die Anstrebung der Einführung von staatlichen Diäten, der die Regierung nicht abgeneigt sei, einen Ausweg aus der durch das Osborne-Urteil geschaffenen Schwierigkeit suchen. Die Arbeiterpartei hatte aber schon vorher erklärt und wiederholte auch später, daß sie die Zahlung staatlicher Diäten, die eine langjährige Forderung aller englischen Arbeiterkongresse sei, selbstverständlich befürworte, daß sie aber diese Reform nicht als eine Lösung der durch das Osborne-Urteil geschaffenen Lage, d. h. der Frage der politischen Rechte der Gewerkschaften betrachten könne. Die beiden Angelegenheiten, erklärten sie, haben nichts miteinander gemein.

Nun, da die Finanzen der Arbeiterpartei unter den neuen Bedingungen sehr stark zu leiden beginnen, vertritt sie den Standpunkt, daß die baldige Einführung staatlicher Diäten die Lage für sie auch mit Rücksicht auf das Osborne-Urteil vorläufig erleichtern und damit ihrem Kampfe dagegen förderlich sein könnte. Der Abg. Shackleton hat deshalb namens der Arbeiterpartei die Anfrage an die Regierung gerichtet, welche Schritte sie zu der Verwirklichung der besprochenen Reform zu tun gedenke. Die Antwort, die der liberale Einpeitscher im Auftrage der Regierung auf diese Anfrage jetzt erteilt hat, zeigt in der deutlichsten Weise, daß die damalige Erklärung der Regierung purer Schwindel war. Jene Erklärung, schreibt jetzt der Regierungsvertreter, sei bloß ganz allgemein gehalten gewesen und hätte nichts Bestimmtes versprochen, und sich jedenfalls nicht auf das gegenwärtige Parlament bezogen. Das Versprechen von Diäten war also gut genug als Ausrede, um einer anderen Forderung zu entrinnen, aber nicht als ehrlich gemeinte Reform. Nach dem Zusammentritt der Herbstsession wird wohl darüber ein ernstes Wort mit der Regierung gesprochen werden.

Italien.

Wie Blutbäder entstehen.

ld. **Rom,** 18. August. Wie begreiflich, beschäftigen die Ereignisse von Bari, die eine hochindustrielle, 100 000 Einwohner zählende Stadt zum Schauplatze polizeilicher Gewalttaten gemacht haben, die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

öffentliche Meinung weiter. Genosse Pollini, der im Auftrage des Parteivorstandes eine Enquete vornimmt, hat bis jetzt die folgenden Tatsachen festgestellt: Die Nachrichten über Vandalismen der Demonstranten sind aus der Luft gegriffen, ebenso die Verdächtigung, daß sich unter der Menge Leute befunden hätten, die Waffen trugen. Steine wurden erst geworfen, als die Polizei ganz überflüssigerweise gegen Rufe, wie „Es lebe die Anarchie“, Einspruch erhob. Weiter hat Pollini feststellen können, daß die Karabinier, denen ein so verantwortungsvoller Dienst anvertraut war, seit angehend vier Wochen nicht aus den Kleidern gekommen sind und nur auf Stroh geschlafen haben. Es ist begreiflich, daß so überanstrengte Menschen geringe Selbstbeherrschung und Ruhe zeigten. Sehr erschwerend ist aber der Umstand, daß die Karabinier die Flüchtigen verfolgt und auf der Flucht verwundet haben, weiter, daß Karabinier, die nicht Dienst hatten, ohne Order ihre Kasernen verließen, um sich als „Freiwillige“ an dem Radau zu beteiligen.

Die Behörden von Bari scheinen dahinter gekommen zu sein, daß die Karabinier tatsächlich den Kopf verloren hatten, und alle zum Sicherheitsdienst an dem unglücklichen Tage Kommandierten werden unter die Lupe genommen, ob sie nicht etwa eine Verletzung durch die Menge erlitten haben. Außer ein paar blauen Flecken findet man aber nichts, während die Toten und Verwundeten unter den Demonstranten nur allzu authentisch und allzu leicht festzustellen sind. Und gegenüber solchen Ergebnissen beklagt sich die Militärzeitung Esercito Italiano über „die schwierige Lage, in der sich die bewaffnete Macht gegenüber dem Aufrührerpack befindet“, und fordert nichts Geringeres als das Verbot der öffentlichen Versammlungen, die „zu Rebellionen führen können“.

Die Arbeiterorganisationen haben ihre Protestaktion auf Volksversammlungen beschränkt die überall ruhig verlaufen sind. Von der Proklamierung des Generalstreiks hat man abgesehen.

Balkan.

Türkisch-bulgarische Einigung.

Sofia, 18. August. Zwischen der türkischen und bulgarischen Regierung ist ein Uebereinkommen über die Regelung der Flüchtlingsfrage getroffen worden. Die Pforte garantiert die bedingungslose Rückkehr der Flüchtlinge nach Mazedonien und trifft Maßnahmen zur Verhütung weiterer Mißhandlungen. Wie in amtlichen Kreisen verlautet, soll England die Vermittlerrolle übernommen und das Uebereinkommen zustande gebracht haben.

Hier fand ein von den hiesigen mazedonischen Emigranten einberufenes Protestmeeting gegen die Mißhandlungen von Bulgaren in Mazedonien statt. Die Versammlung war ziemlich besucht. Die Redner verurteilten die Politik der bulgarischen Regierung, die unentschieden und schwächlich sei; sie verlangten den Krieg gegen die Türkei sowie die Durchführung des Artikels 23 des Berliner Vertrages im Sinne der Autonomie Mazedoniens.

Persien.

Zwist im persischen Truppenkommando.

Teheran. 18. August. Wegen der Meuterei in der hiesigen Kosakenbrigade ist das Kosakenlager aufgelöst worden. Die Kosaken sind in die Stadtkaserne zurückgekehrt. Es erregt hier Besorgnis, daß zwischen dem Kriegsminister Kavan-es-Sultaneh und dem Polizeipräsidenten Jefrem ein Zerwürfnis entstanden ist. [illegible] Jefrem lieferte sämtliche Geschütze und Munition, die seit seiner Rückkehr von der Expedition gegen Rahim Khan unter seiner Verwaltung standen, an die Regierung ab. Die neue, heute nach Norden abgegangene Strafexpedition gegen den Aufrührer Reschid-es-Sultaneh, der sich mit seinen Anhängern bei Weramin aufhält, ist nicht von Jefrems Leuten begleitet, sondern von den immer noch als unzuverlässigen gewöhnlichen persischen Truppen.

Parteiangelegenheiten.

Aus den Organisationen.

Die Parteiversammlung für Reuß j. L., die am Sonntag in Gera tagte, war von 92 Delegierten besucht. Der Geschäftsbericht ließ eine sehr erfreuliche Entwicklung der Partei erkennen. In 19 Gemeinden sitzen 106 Parteigenossen in der Gemeindeverwaltung. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist von 4000 auf 4329 gestiegen. Sowohl das Parteiblatt, die Reußische Tribüne, als auch die Parteibuchhandlungen haben gute Fortschritte gemacht.

Am Sonntag den 14. August tagte in Kolmar i. P. der mit [illegible] Delegierten beschickte Parteitag für die Provinz Posen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß zurzeit in 13 Wahlkreisen der Provinz 1073 Mitglieder vorhanden sind, darunter 79 Frauen. Verbindungen bestehen jetzt in allen 15 Wahlkreisen. — Nach einem Referat des Genossen Lepiz über Kommunalwahlen sprach sich der Parteitag einstimmig für Beteiligung an den Stadtverordneten- und Gemeindewahlen aus. Nur drei Orte in der Provinz erheben ein Bürgerrechtsgeld. — Ein Antrag der Posener Genossen, den Sitz nach Posen zu verlegen, wurde nach langem Für und Wider von den Antragstellern für dieses Jahr zurückgezogen. Auf dem Parteitag kam zum Ausdruck, daß es auch im dunkelsten Osten, wenn auch langsam, vorwärts geht.

Die Parteikonferenz des Kreises Wiesbaden-Rheingau stellte einstimmig den jetzigen Vertreter des Kreises, Genossen Lehmann-Mannheim, wieder als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl auf.

In Breslau fanden zwei Parteiversammlungen statt, die sich mit der badischen Budgetfrage befaßten. Die zweite Versammlung war aber wesentlich schwächer besucht wie die erste. Es nahmen nur [illegible] Personen daran teil. Die Genossen Löbe, Dorf und Seibold sprachen für eine vermittelnde Stellung, die Genossen Albert, Schiller und Schütz scharf gegen die Badenser. Im ganzen waren vier Resolutionen eingegangen, von denen keine bei der Abstimmung die Mehrheit erhielt.

Auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Herford-Halle behandelte Genosse Hoffmann-Bielefeld die badische Budgetbewilligung. Er wünscht, daß die Angelegenheit möglichst ruhig behandelt und die Möglichkeit geschaffen werde, auch für das Budget stimmen zu können. Die Versammlung erklärte in der großen Mehrheit ihr Einverständnis. Eine Resolution wurde nicht beschlossen.

In der Generalversammlung des Wahlkreises Minden-Lübbecke vertraten sämtliche Diskussionsredner zur badischen Budgetbewilligung die Ansicht, die Frage nicht als eine solche des Prinzips, sondern der Taktik anzusehen. Es wird beschlossen, den Delegierten freie Hand zu lassen.

In einer Parteiversammlung der Frankfurter Genossen am Dienstag sprach Genosse Dr. Quarck über die Budgetfrage. Er meinte, man dürfe die Budgetfrage nicht nur vom Standpunkte des Disziplinbruches behandeln, sondern auch vom prinzipiellen Standpunkte. Die Badener Parlamentarier mögen in gutem Glauben gehandelt haben, ihre Taktik sei aber ganz falsch. Es müsse ein besserer Kontakt zwischen Nord- und Süddeutschland geschaffen werden. Es müßten süddeutsche Genossen mit in den Parteivorstand delegiert werden. Von einer Gewaltpolitik in Magdeburg rate er ab. — Genosse [illegible] führte aus, daß man mit der Nürnberger Resolution nicht weiter kommen werde. Die Genossen Löwenstein, Dr. Seckel, Albert und [illegible] sprachen im Sinne Quarcks, Genosse Albert möchte bald an dem [illegible] der Badenser verzweifeln. Es wurde eine vom Genossen Quarck eingebrachte Resolution angenommen, in der gegen die Budgetbewilligung und Hofgängerei Stellung genommen und in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Parteitag die irrenden badischen Genossen mit dauerndem Erfolg in die durch den unvermeidlichen Klassenkampf gegebene einheitliche Schlachtlinie des kämpfenden Proletariats zurückruft und sie vor ihren verhängnisvollen Fehlgriffen bewahrt, so daß sie wieder als disziplinierte Schar in Reih und Glied für die Befreiung der Arbeiterklasse von wirtschaftlicher und geistiger Knechtschaft mitkämpfen.

Im 7. württembergischen Wahlkreis wurde Genosse Steinmayer als Reichstagskandidat nominiert. Genosse Wasner-Stuttgart wurde als Delegierter zum Parteitag gewählt mit dem Auftrage, dort für die Aufhebung des Nürnberger Parteitagsbeschlusses einzutreten. Die Nichtachtung eines Parteitagsbeschlusses und die Hofgängerei wurden von der Versammlung aber einmütig verurteilt.

In der Parteiversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau-Land-Neumarkt geht Genosse Scholich-Breslau auf die Budgetfrage ein. Daß hier ein Disziplinbruch vorliege, daran sei kein Zweifel. Nach der Rechtfertigung der badischen Genossen ließe sich die Angelegenheit aber verstehen und entschuldigen. Aber nach den auf den Parteitagen zu Lübeck und Nürnberg gefaßten Beschlüssen durften die Badenser nicht für den Gesamtetat stimmen. Was die Hofgängerei betrifft, erklärt Scholich, sei es unter aller Würde eines Genossen, so etwas zu tun. Scholich bringt eine von den Berliner Genossen gefaßte Resolution zur Verlesung und empfiehlt diese als den besten Vermittlungsweg zur Annahme. In der nun folgenden Diskussion sprechen sich die Genossen Pabel, Gustav Scholz, Klose, Erowig, Fischer und Keschik dahingehend aus, daß sie die Budgetfrage von denselben Gesichtspunkte betrachten wie die badischen Genossen. Nur die Hofgängerei sei das Verwerfliche. Genosse Schulz empfiehlt die Hamburger Resolution. Die vom Genossen Scholich empfohlene Berliner Resolution wird angenommen.

Die Genossen in Bremen beschäftigten sich in drei aufeinanderfolgenden Parteiversammlungen mit der badischen Budgetbewilligung. Der Reichstagskandidat Genosse Henke legte als Konsequenz seines Referats die folgende Resolution vor, die auch von dem Genossen Pannekoek unterzeichnet war:

Die Versammlung fordert vom diesjährigen Parteitag:

a) Die Bestätigung der Nürnberger Budgetresolution;

b) daß er alle Genossen, welche erklären, dieser Budgetresolution nicht Folge leisten zu können, für ungeeignet erklärt, fernerhin mit dem Landtagsmandat betraut zu werden;

c) daß er beschließe, die Genossen haben sofort ihre Mandate niederzulegen, andernfalls sie aufhören, Mitglieder der Partei zu sein;

d) und endlich daß er den Parteivorstand beauftragt, in Baden und überall dort, wo es ihm notwendig erscheint, Einrichtungen zu einer prinzipiellen Durchbildung der Parteimitglieder zu treffen.

Nach umfassender Diskussion wurde die Resolution angenommen. Als Parteitagsdelegierte wurden gewählt: Henke, Pannekoek, Wellmann und Rauch. Die ersten beiden hatten im Sinne ihrer Resolution gesprochen, die letzten beiden hatten für Ausschluß der badischen Abgeordneten plädiert.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands in Köln a. Rh., den 13. und 14. September 1910.

Tagesordnung: 1. Bericht der Zentralkommission; 2. Bericht der Ausschußmitglieder des Verbandes. 3. Uebernahme der Tätigkeit der Zentralkommission durch die Sozialpolitische Abteilung der Generalkommission; 4. Antrag von Fürth: Die Rechtsprechung über das Arbeitszeugnis; 5. Antrag Stettin: Die Aufrechnung gegen den Lohn, § 394 B. G.-B.; 6. Anträge von verschiedenen Gewerbegerichten: Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte. Sind Prozeßkosten zulässig bei Unzuständigkeitserklärung?; 7. Beratung eines Musterstatuts; 8. Beschlußfassung von Satzungen für die Zentralkommission und die Obmänner; 9. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandstages; 10. Die Rechtsprechung an den Gewerbegerichten.

Die auf zwei Tage anberaumte Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer wird Dienstag den 13. September, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Severinstraße, in Köln a. Rh. eröffnet.

Im großen Saale des Volkshauses wird Montag den 12. September, abends von 8 Uhr an, eine zwanglose Zusammenkunft der Delegierten stattfinden. Die Kölner Genossen werden in Verbindung damit einen Begrüßungsabend veranstalten. Die Delegierten werden gebeten, sich alle einzufinden.

Das Empfangslokal befindet sich ebenfalls im Volkshaus, Severinstraße, wo das Lokalkomitee vom Sonntagmittag den 11. September an tagen wird, so daß etwaige Auskünfte daselbst jederzeit eingeholt werden können.

Von Sonntag den 11. September mittags an werden am Hauptbahnhof Führer, erkennbar an weiß-roten Rosetten, die Teilnehmer nach dem Logis oder nach dem Empfangslokal geleiten.

Die Delegierten werden gebeten, bei ihrer Ankunft den Bahnhof durch das Hauptportal zu verlassen, damit die Führer, welche auf den Bahnsteigen nicht in Verbindung mit den Delegierten treten könnten, sie am Hauptportal in Empfang nehmen können. Die per Schiff in Köln ankommenden Genossen können nur abgeholt werden, wenn die Zeit der Ankunft besonders gemeldet wird.

Um die Arbeit des Lokalkomitees zu erleichtern und allen Anforderungen zu entsprechen, werden die Delegierten dringend ersucht, sich um Beschaffung von Logis und den damit verbundenen Wünschen sofort nach ihrer Wahl an den Vorsitzenden des Lokalkomitees Franz Schildgen in Köln, Brüsseler Straße 95, zu wenden.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Beschickung von der Gemeinde oder dem Kartell bezw. mit einer Beihilfe von letzterem erfolgt und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder der anderen Seite bewilligt werden, sind nur an den Unterzeichneten zu melden.

Um den Delegierten die günstige Gelegenheit, welche sich von Köln aus bietet, die Brüsseler Weltausstellung zu besuchen, zu verwirklichen, ist die Zentralkommission mit einem Genossen in Verbindung getreten, nach Schluß des Verbandstages eine gemeinsame Reise nach Brüssel zu arrangieren. Der Preis für drei Tage beträgt mit Fahrt und Verpflegung 30 M. Dabei ist inbegriffen Fahrt (ab Aachen), Wohnung, Kost, Eintrittsgelder, Führung usw. Hierzu sind mindestens 30 Teilnehmer erforderlich. Um die weiteren Vorbereitungen zu treffen, werden die Delegierten, welche sich an dem Besuche der Weltausstellung beteiligen wollen, zu deren Abfahrt Sonntag der 18. September in Aussicht genommen ist, ersucht, sich sofort bei dem Unterzeichneten zu melden.

Alle Partei- und Gewerkschaftszeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Die Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.

J. A.: Richard Holz, Dresden-A., Am See 33.

Lokales.

Streik der Brauereiarbeiter im Plauenschen Lagerkeller.

Heute früh legten sämtliche Brauereiarbeiter mit Ausnahme der gelben Bundesgesellen und der Unorganisierten die Arbeit nieder, weil die Direktion sich weigert, den von dem Brauereiarbeiterverband mit dem Verbande der Brauereien abgeschlossenen Tarifvertrag ebenfalls anzuerkennen. Die Direktion der Lagerkellerbrauerei gebärdete sich von jeher äußerst organisationsfeindlich. Sie ist nicht im Verbande der Brauereien. Die Arbeiter werden um Solidarität ersucht.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus der Umgebung.

Der Streik der Dachdecker in Pirna.

Zu dem Streik der Dachdecker wird folgendes berichtet: Am Streik sind beteiligt 25 Gehilfen und 16 Hilfsarbeiter mit zusammen 51 Kindern. Der Lohn der Dachdecker betrug bis jetzt 51 Pf. pro Stunde, die Hilfsarbeiter erhielten 38 bis 40 Pf. Da der Lohn in Dresden für Gehilfen 66 Pf. und für Hilfsarbeiter 56 Pf. beträgt und die Lebensmittelpreise in Pirna unter Umständen noch höher als in Dresden sind, sahen sich die hiesigen Kollegen genötigt, eine Lohnforderung von 56 Pf. für 1911 und von 60 Pf. für 1912 für Dachdecker und für Hilfsarbeiter von 46 Pf. für 1911 und von 50 Pf. für 1912 an die Arbeitgeber einzureichen.

In einer am 11. August stattgefundenen Unterhandlung mit den Meistern wurde uns folgendes Angebot gemacht: Der Lohn für Dachdecker beträgt für 1911 53 Pf., für 1912 55 Pf. und für 1913 56 Pf., für Hilfsarbeiter steht der Lohn dem der Bauarbeiter gleich. In der am 13. August abgehaltenen Versammlung, in der Gauleiter Schreinert Bericht über die Unterhandlung gab und alles aufbot, die Sache auf friedlichem Wege zu regeln, wurde nach einer langen erregten Debatte gegen fünf Stimmen beschlossen, die Arbeit niederzulegen und dieselbe nicht eher wieder aufzunehmen, bis unsere Forderungen bewilligt worden sind. Ein großer Teil wird anderweit Arbeit erhalten. Arbeitswillig sind bis jetzt Herm. Hubald und Karl Buchmann, jedoch werden uns diese beiden Auchkollegen keinen großen Schaden tun. Die Stimmung der Streikenden ist eine gute. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Am 16. August wurde von der Firma Friedrich Hähnel-Copitz der neue Tarif ohne Abänderung durch Unterschrift bewilligt. Sämtliche dort bisher beschäftigten Kollegen nahmen die Arbeit am 17. Aug. wieder auf. Die Meister Triebe, Kretschmar, Philipp, Köchel und Kuhnla halten an ihren am 11. August gemachten Angeboten fest. Ein Teil der Streikenden hat anderwärts Arbeit erhalten, die anderen sind gewillt abzureisen, so daß Pirna bald ohne Dachdecker sein wird. Hoffentlich werden die Herren sich dann eines Besseren besinnen und die Beschlüsse des Dresdner Arbeitgeberverbandes der Dachdeckermeister beiseite legen.

Lohnbewegungen.

Wegen Lohnforderungen sind in den Westf.-Anhaltischen Sprengstoffwerken, Reinsdorf bei Halle, die Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Die Bewegung der Mühlenarbeiter in Wurzen ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet.

Der Kampf in der Bleistiftindustrie in Nürnberg dauert jetzt bereits sechs Wochen. Unter den Streikenden haben sich, trotzdem zwei Drittel Arbeiterinnen sind, Arbeitswillige nicht gefunden.

Neue Bewegungen der Tischler sind eingeleitet resp. die Streiks dauern fort in Cunnersdorf, Radeberg, Wilsdruff, Cuxhaven, Eutin, Frankfurt a. M. (Nagos-Union), Grabow, Greiz, Hameln, Krefeld (Firma Hain), Mittweida (Kunz u. Ko.), Stolp i. P., Weimar (Firma Hetzer), Ziegenhals. Für Stockarbeiter in Kassel, Bettenhausen. Für Drechsler in Lübben, Stolp, Kelbra und Frankenhausen.

Die Aussperrung der Tischler in Amorbach ist mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet. In Dahme wurde ein Vertrag mit der Innung abgeschlossen. In Peine ist die Lohnbewegung der Tischler nach zweiwöchigem Streik erfolgreich beendet. In Quakenbrück wurde eine Lohnbewegung der Bürstenmacher erfolgreich beendet.

In Barmen sind bei der Firma Wupperthaler Eisenhütte (G. u. J. Jäger) insgesamt 200 Former und Kernmacher in den Ausstand getreten.

Bei dem Aachener Ladewerk haben am Donnerstag sämtliche Arbeiter wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Letzte Telegramme.

Gegen den Fleischwucher.

München, 19. August. Das hiesige Gemeindekollegium hat den Dringlichkeitsantrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, sofort geeignete Schritte bei der Regierung zu tun, um einer drohenden Fleischnot vorzubeugen.

Französische Militäraviatik.

Paris, 19. August. Ein Vertreter des Matin hatte eine Unterredung mit dem Kriegsminister über die Aviatik. Dieser bestätigte die kürzlich vom Berichterstatter für das Kriegsbudget gemachten Mitteilungen und führte aus: Alle unsere Bestrebungen bezüglich der Aviatik werden dahin zielen, die Apparate zu vervollkommnen, besonders für den militärischen Gebrauch, und die Zahl der Apparate sowie die Zahl der aviatischen Offiziere zu vermehren, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel erlauben.

Christenverfolgungen.

Kanea, 19. August. Die zwischen den Christen und Muselmanen herrschende feindselige Gesinnung nimmt zu. Von Tag zu Tag mehren sich die Anzeichen kommender Verwicklungen. Die Muselmanen verübten mehrfach Gewalttätigkeiten. In Rethymo und Suda zündeten sie das Eigentum der Christen an, wobei einer der Besitzer bei lebendigem Leibe verbrannte. Aus Rache hierfür verübten die Christen mehrere Mordanschläge gegen die Muselmanen.

Der „bergische Schinderhannes“.

Elberfeld, 19. August. Der auch von den belgischen Behörden wegen Raubmordes gesuchte „bergische Schinderhannes“, der Schneider Roth aus Elberfeld, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen 17 verwegener Einbruchsdiebstähle zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Aviatik.

Mannheim, 19. August. Der Flieger Jeannin, der gestern seinen Apparat nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, von Sandhofen nach Frankfurt hatte zurückschaffen lassen, hat heute früh den Flug von Sandhofen nach Mannheim in drei Minuten ausgeführt. Die Landung erfolgte ohne Zwischenfall.

Zur Rettung von Unterseebooten.

Paris, 19. August. Aus Cherbourg wird gemeldet: Hier werden gegenwärtig zahlreiche Vorschläge zur Rettung von Unterseebooten geprüft, die seit dem Untergange des Pluviose eingegangen sind. Am meisten Beachtung erfährt die Einrichtung eines abnehmbaren Kiosk, in den sich die Besatzung des Unterseebootes flüchten kann, falls das Boot untergeht. Dieser Kiosk soll eine Schwimmfähigkeit besitzen, die groß genug ist, um mit der ganzen Mannschaft an die Oberfläche zu steigen. Auch die Versuche telephonischer Verständigung mit Glocken gehen vorwärts. Es ist gelungen beim Untertauchen auf eine Entfernung von vier Meilen Mitteilungen zu machen.

Von einer Welle fortgerissen.

Paris, 19. August. Aus San Sebastian wird gemeldet: An der Küste von Somarrostrow am Golf von Biscaya wurden zwei junge Mädchen und ihr Bruder beim Baden von einer Welle fortgerissen. Ein Mann versuchte sie zu retten, fand aber mit den beiden Mädchen den Tod, während der Knabe gerettet werden konnte.

Die Cholera.

Petersburg, 19. August. Nach amtlichen Angaben sind seit dem Auftreten der Cholera in diesem Jahre im ganzen Reiche 112 985 Personen erkrankt, von denen 50 287 gestorben sind.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Konsum-Verein Vorwärts

Sonnabend den 20. d. Mts., vormittags 8 Uhr, eröffnen wir in unserem Neubau **Königsbrücker Strasse 38** unser neu eingerichtetes

Manufaktur-, Konfektions- und Schuhwaren-Geschäft.

Wir bitten unsere werten Mitglieder, durch regen Besuch dieses neue Unternehmen unterstützen zu wollen.

Der Vorstand.

Fabrikarbeiter-Verband

Zahlstelle Mügeln und das Sächsische Schweizgebiet.

Sonnabend den 20. August, abends 8½ Uhr im **Gasthof Dobritz** in Dobritz und in **Wilhelms Restaurant** in Lockwitz

Zwei Mitglieder-Versammlungen

Tages-Ordnung:

1. Die Wirkung der Tätigkeit der Gewerkschaften im Dienste der Arbeiterklasse. 2. a) Stellungnahme zur Gaukonferenz und b) Wahl der Delegierten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen und eine rege Agitation für guten Besuch dieser Versammlungen erwartet **Die Verbandsleitung.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts", Gorbitz u. U.

Sonntag den 21. August im **Gasthof Reichsschmied**, Obergorbitz

3. Stiftungsfest

bestehend in

Kunstfahren, Gabenverlosung und Ball.

Mitglieder und deren Angehörige sind hierzu ergebenst eingeladen. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein Wanderlust Hintergersdorf und Umgegend.

Sonntag den 21. August im Gasthof zu Hartha

6. Stiftungsfest verbunden mit Sommerfest

Darbietungen: Von nachmittags 3 Uhr an **Garten-Freikonzert** und **allerlei Belustigungen für jung und alt.**

Von 8 Uhr an: **Reigenfahren des Vereins.**

Anfang 3 Uhr. **Eintritt 20 Pf.** Anfang 8 Uhr.

Hierzu werden alle Bundesgenossen, Freunde und Gönner höflichst eingeladen. **Das Fest-Komitee.**

„Pfauenauge", Deuben

Verein für Aquarien- und Terrarienkunde.

Von Sonntag den 28. August bis 4. September, im **Gasthof zum sächsischen Wolf**, Deuben

Erste grosse Ausstellung

exotischer und einheimischer Zierfische.

Eintritt 30 Pf. **Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.** **Schüler 10 Pf.**

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Gasthof Weesenstein

Direkt am Fuße des viel besuchten, jederzeit zu besichtigenden prinzlichen Schlosses. **Großer Ballsaal. Prächtiger Lindengarten.** Vorzügliche Bewirtung zu mäßigen Preisen. **Oskar Senf.**

Gruppe Plauenscher Grund der Freien Turnerschaft Dresden u. Umgegend

Sonntag den 21. August im **Gasthof zu Niederhäslich**

Großes Gruppenturnfest

bestehend in **Festzug. Massenfreiübungen. Geräteturnen. Sonder-Vorführungen und Spielen.**

Beginn des Festzuges mittags 1½ Uhr vom Gasthof Sächs. Wolf in Deuben. — Beginn des Turnens nachmittags 2½ Uhr auf den Wiesen des Gasthofes zu Niederhäslich.

Zur Belustigung für jung und alt sind aufgestellt: Burgmühle, Schaukel, Warenverlosung, Fischchenbuden u. v. a. m.

Von nachm. 5 Uhr an im gr. Saale des Gasth. zu Niederhäslich:

Großer Ball.

Eintritt zum Festplatz 10 Pf.

Einen genußreichen Tag versprechend, ladet die Einwohnerschaft des Pl. Grundes zu zahlreichem Besuche freundl. ein Der Gruppenvorstand.

W. Hagenbeck's

grösste Raubtier-Dressur-Schau der Erde.

Letzte Woche!

Unwiderruflich letzter Tag: Sonntag den 21. August

Heute Freitag den 19. August

abends 8¼ Uhr

Große Vorstellung.

Täglich vorm. von 10—12½ Uhr **Besichtigung der Stallzelte** sowie Beiwohnung der **Fütterung und Proben** gegen ein Entree von **30** Pf. für Erwachsene und **20** Pf. für Kinder gestattet.

Billett-Vorverkauf im **Warenhaus Herzfeld** (Verkehrs-Abteilung) und an der Tageskasse, Baireuther Strasse.

Morgen Sonnabend den 20. August, abends 8¼ Uhr

Gala-Ehrenabend

für Herrn Direktor Karl Hagenbeck jr.

II. Große Ausstellung

von

Aquarien, Terrarien

des Vereins Wasserrose-Dresden

im **Volkswohl-Saale**

Ostra-Allee, Eingang Trabantengasse

von Sonntag den 21. bis 28. August.

Selten **reichhaltige Kollektion aller Arten Zierfische,** unter anderem hier noch nicht gezeigte **Schmetterlings-Fische** (Pantodon Buchholzi), **prachtvolle Barbenarten** aus Indien, **siamesische Kampffische** u. a. m.

Täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. **Sonntags von 11 Uhr vormittags an.**

Eintritt 30 Pf. Kinder 15 Pf.

Dauerkarten 1.25 M.

Ausführliche Kataloge à 20 Pf. an der Kasse.

Gasthof „Zur Schanze" Hosterwitz

an der flieg. Fähre — Laubegast

in nächster Nähe des Wasserwerkes Hosterwitz.

Sonntag den 21. August 1910

Grosses Vogelschiessen

Dampf-Karussell.

Gasthof Birkigt.

Sonntag den 21. August der berühmte **Damenball.**

Sonnabend den 27. August: **Reingold-Sänger.**

Rest. Sängerburg

Dresden-Mickten, Kesselsdorfer Str. hält sich bestens empfohlen.

Franz Mätzes

Rest. zur Schmiedeherberge

Inhab., Ecke Röhrbeigasse.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Fleißner, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leutbold, Dresden-Mickten.
Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191. | Dresden, Freitag den 19. August 1910. | 21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Eine neue Aktion gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse.

Der Vorstand der Chemnitzer Ortskrankenkasse hatte bei der Kreishauptmannschaft Rekurs erhoben gegen eine Verfügung des Stadtrats, in der unter Androhung von Geldstrafen verlangt wurde, bis zum 1. Oktober 1910 erstens dem Reservefonds das vom Krankenversicherungsgesetz vorgeschriebene Zehntel des Jahresbetrags der Kassenbeiträge auf 1909 zuzuführen und den entfallenden Betrag nach § 40 des Gesetzes anzulegen und beim Stadtrate zu hinterlegen — unbeschadet der gleichen Verpflichtung für das laufende und der kommenden Jahre —, und zweitens die Verpfändung der zum Reservefonds gehörigen Papiere aufzuheben. Für den Fall, daß dieser Verfügung nicht oder nicht fristgemäß nachgekommen werden sollte, war die Strafe von 100 M. für jedes einzelne Vorstandsmitglied angedroht worden.

Wie andere Ortskrankenkassen, so hatte auch die Chemnitzer unter der letzten schweren wirtschaftlichen Krise sehr zu leiden gehabt und die Jahresrechnungen schlossen mit hohen Fehlbeträgen ab. Wie das in früheren Jahren, als der Kassierer der Kasse ein städtischer Beamter war, und wie auch andere Ortskassen es in Zeiten der Not getan haben, hat nun die Verwaltung der Chemnitzer Kasse zum Reservefonds gehörige Wertpapiere verpfändet und so Gelder zur Bestreitung der laufenden Ausgaben flüssig gemacht in der Absicht, in kommenden besseren Zeiten diese Gelder dem Reservefonds wieder zuzuführen, wie es früher schon geschehen war. Der Vorstand wollte in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges an eine Erhöhung der Beiträge nicht herantreten, ebensowenig an eine Minderung der über das gesetzliche Mindestmaß weit hinausgehenden Leistungen. Als nun eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintrat, hatte er eine Erhöhung der Beiträge um ¼ Proz. bei der Generalversammlung beantragt, die diese Beitragserhöhung gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter beschlossen hat. Sie trat am 1. Juni in Kraft und sollte neben anderen Maßnahmen — so der Aufnahme einer Hypothek auf das Verwaltungsgebäude in Höhe von 100 000 M. — die Sanierung der finanziellen Verhältnisse der Kasse herbeiführen.

Da kam nun die Verfügung der Aufsichtsbehörde und verlangte die Regelung der Verhältnisse bis 1. Oktober, eine Forderung, deren Erfüllung eine Unmöglichkeit war, denn alles in allem wären da über 500 000 M. zu schaffen gewesen. Dagegen und gegen die Aeußerung der Verfügung von „einer Mißwirtschaft, die die Verwaltung der Gemeinsamen Ortskrankenkasse mit dem Reservefonds seit Jahren getrieben hat", wendete sich der Rekurs. In der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht der Kreishauptmannschaft wurde festgestellt, daß der Vorstand auf vorgefundenen Verhältnissen weitergearbeitet hatte und daß der Stadtrat als Aufsichtsbehörde nie Anlaß zu Beanstandungen genommen hat. Das Verwaltungsgericht erkannte auch an, daß die Verfügung des Stadtrates Unmögliches verlange, daß zur Sanierung der Verhältnisse gangbare Wege gesucht werden müßten und empfahl dem Stadtrate, von seiner ersten Forderung zunächst abzusehen. Es brachte aber zum Ausdruck, daß es besser gewesen wäre, wenn die aufsichtsführende Behörde — ohne Strafandrohung — ehe eingeschritten hätte, und weiter, daß eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen herbeizuführen gewesen sei, als es sich zeigte, daß die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Das sei zwar beides nicht angenehm, aber das Gesetz verlange es. Keineswegs dürfe ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde der Reservefonds für die laufenden Ausgaben angegriffen werden. Auf Vorschlag des Kreishauptmanns, als Vorsitzender des Verwaltungsgerichts, das nur die rechtliche Seite bei einem Urteilsspruch zu prüfen hat, zogen die Rekurrenten ihren Rekurs und der Stadtrat seine Verfügung zurück. Die Parteien sollen nun geeignete Wege zur Sanierung der Verhältnisse suchen und der Kreishauptmann hat weites Entgegenkommen zugesagt.

Schiedlich-friedlich endete diese neueste Aktion gegen die Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Chemnitz, die auf Veranlassung von filzigen und unsozialen Unternehmern mit Hilfe der nationalliberalen Allgemeinen Zeitung eingeleitet worden ist. Nach der Generalversammlung der Ortskasse am 29. April, in der die Unternehmervertreter unter Führung des „freisinnigen" Fabrikanten Friedheim sich mit Händen und Füßen gegen die Erhöhung der Beiträge um ¼ Proz. wehrten, und die gegen ihre Stimmen beschlossen wurde, erschien das von Friedheim in der Versammlung Gesagte in einem Artikel in der Allgem. Ztg. gedruckt. In diesem wurde der Stadtrat als Aufsichtsbehörde in folgenden Schlußworten gegen die Kassenverwaltung gehetzt: „Trotz allem Wohlwollen wird die Aufsichtsbehörde nicht umhin können, dem Geschäftsbericht ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Vielleicht kommt sie dann auch zu der Ueberzeugung der Arbeitgebervertreter, daß eine plötzliche Erhöhung der Beiträge nicht nötig ist." Die armen Schäfer! Einen solchen Reinfall haben sie sich in ihrer Tapsigkeit nicht träumen lassen! Das Gegenteil ihrer Bestrebungen ist nun der Erfolg ihrer elenden Denunziation! Moralische Ohrfeigen gab es für sie außerdem die Menge. Der Kassenvorstand kann mit Genugtuung den Ausgang der Sache betrachten. Ist doch anerkannt worden, daß er im guten Glauben gehandelt, und sobald es möglich war, Wege zur Sanierung der Finanzen gesucht und gangbar gemacht hat, obwohl diese die Unternehmer- und Denunziantengesellschaft zu verrommeln versuchte. Diese Gesellschaft kann ihren großartigen Reinfall mit dem Trio Schubert-Raabe-Dr. Poesser, mit der gegen den Kassenvorstand gerichteten Zudelbroschüre, nicht verwinden. Deshalb sucht sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Kassenverwaltung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Die Arbeiterschaft und ihre Vertreter sind aber auf dem Posten und gegen jeden Angriff gewappnet. Ohne Prügel — moralische — kommen bei ihren Heldenstückchen die Arbeitsfeinde nicht weg!

Nationalliberale Charakterlosigkeit.

In den Amtsblättern des Reichstagswahlkreises Zschopau-Marienberg veröffentlichen die Nationalliberalen des dortigen Bezirkes folgende Erklärung:

Die nationalliberale Partei im 20. Wahlkreis hat in der am 12. Juni d. J. stattgefundenen Vorbesprechung in Marienberg öffentlich erklärt, daß sie bereit sei, mit der konservativen Partei über jede Kandidatur in Unterhandlung zu treten, mit Ausschluß der Kandidatur eines Reformers, die von den Nationalliberalen auf das entschiedenste bekämpft werden müßte und würde, da der verstorbene Reichstagsabgeordnete Zimmermann der nationalliberalen Partei bei der letzten Landtagswahl das gegebene Wort gebrochen. Hätte Herr Fritzsche diese offene, freimütige Erklärung der nationalliberalen Partei nicht in den Wind geschlagen, so hätte der 20. Wahlkreis heute eine einzige nationale bürgerliche Kandidatur.

Das ist ein skandalöses Dokument nationalliberaler Würdelosigkeit und Unanständigkeit. Sie sind danach jeden Augenblick bereit gewesen, mit den Konservativen denselben Handel abzuschließen, den sie schließlich mit den Freisinnigen vereinbart haben. Statt wie jetzt für Brodauf, hätten Stresemann und Konsorten für irgend einen konservativen Rittergutsbesitzer agitiert. Für die Freisinnigen ist das nationalliberale Geständnis übrigens blamabel genug. Sie sehen jetzt, daß sie von den Nationalliberalen nur deshalb als Bundesgenossen genommen worden sind, weil der Handel mit den Konservativen nicht perfekt wurde.

Monarchistenschmerzen.

Nach einer Mitteilung der Dr. N. gedenkt König Friedrich August am 29. Januar eine Reise nach Aegypten und Nubien anzutreten. Der Reiseweg dürfte, so heißt es in den Dr. N. wörtlich weiter, von Genua oder Neapel nach Alexandrien und von dort über Port Said durch das Rote Meer genommen werden. Se. Majestät gedenkt auf dieser Reise namentlich auch der Jagd obzuliegen. . . . Die Reise wird sich voraussichtlich bis in den Monat April ausdehnen. Se. Majestät würde demnach etwa 2½ Monate abwesend sein. Infolge dieser längeren Abwesenheit des Königs und der weiten Entfernung ist die Frage zu erörtern, ob auf Grund von § 9 der Verfassung eine Regierungsverwesung einzusetzen wäre.

Wir glauben kaum, daß die aufgeworfene Frage von großer Bedeutung für Sachsen werden kann. Das sächsische Volk wir die Frage sicher nicht bewegen, ob während des großen Jagdausflugs des Königs ein Regierungsverweser eingesetzt wird oder nicht. Die Aufregung des Dresdner Blattes ist recht überflüssig, ja geradezu komisch. Sogar die Personenfrage macht den Dresdner Nachrichten schon Schmerzen. Sie ernennen bereits Prinz Johann Georg zu Sachsens Regierungsverweser. Wie wäre es denn mit dem ungekrönten König in Medingen, der steht doch dem so besorgten konservativen Blatte wesentlich näher.

Die Staatsbahn im 1. Halbjahr 1910.

Unsere gestern in dem Artikel über die sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1909 ausgesprochene Ansicht, das 1910 voraussichtlich bessere finanzielle Ergebnisse aus dem Staatsbahnbetriebe zu erwarten seien wie im Vorjahre, wird jetzt durch eine Mitteilung des Dresdner Journals über die Verkehrseinnahmen in diesem Jahre bestätigt. Da heißt es:

Die vorläufig festgestellten Verkehrseinnahmen der Sächsischen Staatseisenbahnen im Monate Juli 1910 betragen 15 304 800 M. oder 1 050 400 M. mehr als im gleichen Monate des vergangenen Jahres, wovon 6 180 500 M. (495 000 M. mehr) auf den Personenverkehr und 9 128 800 M. (555 100 M. mehr) auf den Güterverkehr entfallen. Die Mehreinnahme aus dem Personenverkehr im Juli 1910 beruht auf einer allgemeinen Verkehrssteigerung und auf dem Umstande, daß in den Juli 1910 fünf Sonntage, in den Juli des Vorjahres aber nur vier Sonntage fielen. Die Mehreinnahme im Güterverkehr ist durch Verkehrszuwachs entstanden. Die Gesamteinnahmen der Sächsischen Staatseisenbahnen **vom 1. Januar bis 31. Juli d. J.** betragen nach vorläufiger Feststellung 92 498 218 M. **oder 5 630 251 M. mehr** als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hierzu trugen der Personenverkehr 33 339 694 M. (2 584 906 M. mehr) und der Güterverkehr 59 158 524 M. (3 045 255 M. mehr) bei.

Die Mehreinnahmen gewährleisten voraussichtlich auch wieder einen höheren Reinertrag und eine bessere Verzinsung.

Freisinnige und Nationalliberale.

Der Geschäftsführer des Nationalliberalen Vereins in Zittau erläßt eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß Vorstand, Vertrauensmänner und Hauptversammlung des Vereins einstimmig beschlossen hätten, bei der nächsten Reichstagswahl im 1. sächsischen Reichstagswahlkreise auf alle Fälle einen nationalliberalen Kandidaten aufzustellen. Der Kreis ist jetzt freisinnig vertreten. Die Erklärung richtet sich offenbar in erster Linie gegen die Freisinnigen, denen es die Lausitzer Nationalliberalen nicht verzeihen können, daß sie ihnen den Landtagswahlkreis Zittau mit sozialdemokratischer Hilfe abgenommen haben. Der liberale Zank wird aber ganz zwecklos sein, denn Zittau holen wir uns diesmal wieder.

Döbeln. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung mit Zustimmung des Stadtrats neue Vorschriften für die Vergebung städtischer Arbeiten beschlossen. Danach wird künftig bei öffentlichen Ausschreibungen die Auswahl unter den drei billigsten Bewerbern getroffen. An den Mindestfordernden sollen Arbeiten und Lieferungen in der Regel nur bei beschränkter Ausschreibung vergeben werden. Die wesentlichste Neuerung ist, daß die Eröffnung der Angebote nicht mehr geheim ist, sondern die Bewerber dazu einzuladen sind und ein Protokoll aufzunehmen ist. Den Innungen und sonstigen Handwerkervertretungen wird freigestellt, alljährlich Mindesttarife für Lieferungen und Arbeiten an den Stadtrat einzureichen. Mit letzterer Bestimmung soll erreicht werden, daß den wechselnden Preisen der Rohstoffe und dem Steigen der Löhne entsprechend möglichst genaue Voranschläge für die städtischen Arbeiten von den Beamten aufgestellt werden können.

Was in Döbeln beschlossen wurde, ist ein Mittelpreisverfahren in stark abgemilderter Form. Bisher hat sich erwiesen, daß jedes Schema bei Vergebung städtischer Arbeiten unzweckmäßig ist und zuweilen zu übertriebener Belastung der Gemeinden führt, während gleichzeitig die leistungsfähigsten Firmen ausgeschlossen werden müssen. Zweckmäßig bei Vergebung städtischer Arbeiten ist allein das Verfahren, wonach die Arbeit der Unternehmer bekommt, der die beste Ausführung bei angemessenem Preise gewährleistet.

Rochlitz. Die Bezirksschulinspektion hat den ihr unterstellten Schulvorständen aufgegeben, einen Nachtrag zur Lokalschulordnung aufzustellen, der den Fortbildungsschülern die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt. Die Mitgliedschaft und die Beteiligung an Veranstaltungen von Vereinen anderer Art wird von der einzuholenden Genehmigung der Bezirksschulinspektion abhängig gemacht. Reichsgesetzlich ist Personen unter 18 Jahren sowieso die Mitgliedschaft bei politischen Vereinen und der Besuch politischer Versammlungen untersagt, und man wüßte wirklich nicht, was die Bezirksschulinspektion mit dem ersten Teil des Nachtrags bezwecken wollte, wenn sie nicht ihren Antrag begründet hätte. Es sind die sozialdemokratischen Turnvereine und deren Zöglingsabteilungen, denen man mit diesem famosen Ausnahmegesetz wie anderwärts das Lebenslicht ausblasen will. Erfolg wird die Rochlitzer Bezirksschulinspektion mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterturnvereine und ihrem Versuche, die Jugend zu retten, so wenig haben wie anderwärts.

Bischofswerda. Hier erhängte sich der Stadtwachtmeister Kästner, der vorläufig bis zum 1. Oktober vom Dienste suspendiert war. Er hatte verschiedenen Frauen unsittliche Anträge gemacht. Auch liegen anderweitige Verfehlungen vor, die sich mit seiner Stellung nicht vereinigen ließen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht zum Donnerstag wurde Eibenstock von einem außerordentlich schweren Schadenfeuer heimgesucht. In dem alten Nehmerstadtteile sind 11 Wohngebäude, fast durchwegs alte Fachwerkbauten, niedergebrannt. Das Feuer brach gegen ¾4 Uhr in dem Hause des Bäckermeisters Bleyer aus und griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Die alten Gebäude boten dem Feuer reichliche Nahrung. Die Löscharbeiten waren äußerst schwierig. Die Entstehung des Feuers soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Durch das Feuer wurden 21 Familien obdachlos. — In Breitenbrunn bei Schwarzenberg gerieten zwei junge Leute, wovon der eine zum Militär einrücken muß, mit zwei Schutzleuten, die sie zur Ruhe verwiesen hatten, in Wortwechsel, wobei sie den Beamten mit Messern zu Leibe gingen und dem einen sieben und dem andern fünf Messerstiche beibrachten. Die Verletzungen des ersteren Schutzmanns sind ziemlich schwer. Die Raufbolde wurden an das Johanngeorgenstädter Amtsgericht abgeliefert. — Am Dienstag abend wurde in der Nähe des Annaberger Schlachthofes bei Buchholz ein in den 60er Jahren stehender Arbeiter von einem Geschirr überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb. — In der Nacht zum Donnerstag hat in Untertriebel der 42 Jahre alte Weber Robert Gerbeth seine 77 Jahre alte Stiefmutter mit einem Beil erschlagen und ist darauf geflüchtet. Die Tat soll auf Familienzwistigkeiten zurückzuführen sein. Der Vater des Mörders, der Weber Johann Gerbeth, liegt schwer krank danieder und hat von der Mordtat nichts gemerkt. — Ein Krümchen Brot wurde am Dienstag in Pirna bei einem 52jährigen Buchhalter zur Todesursache. Das Krümchen kam dem Bedauernswerten in die Luftröhre und verursachte einen Hustenanfall, der mit seinen Folgewirkungen nach kurzer Zeit den Tod herbeiführte. — Der unter dem Verdacht des versuchten Raubmords verhaftete Ziegelträger Max Schädlich in Auerbach spielt im Gefängnis den wilden Mann, so daß er in einer Tobsuchtszelle untergebracht werden mußte. — Aus dem Wasser eines Steinbruchs bei Reumtengrün wurden die zusammengebundenen Leichen eines 18jährigen Stickers und eines gleichaltrigen Mädchens, beide von dort, herausgezogen. Das Motiv des Doppelselbstmords ist Liebeskummer. — In Niederstriegis bei Roßwein versuchten mehrere Knaben Vogelnester auszunehmen, hierbei fiel der 7jährige Sohn des Handarbeiters Herrmann in die Mulde und ertrank. Die anderen Kinder liefen davon und verschwiegen den Unglücksfall. Der Knabe wurde später tot aus der Mulde gezogen.

Stadt-Chronik.

Die Klagen der Mittelständler.

Im Bericht der Dresdner Gewerbekammer werden steinerweichende Klagelieder über die Konkurrenten der Kleinhändler angestimmt. Es heißt da:

„Der Wettbewerb ist im allgemeinen in derselben Schärfe hervorgetreten wie im Vorjahre. Am zahlreichsten sind die Klagen über die Konsumvereine, Wareneinkaufsvereine, die Versandgeschäfte und Warenhäuser. Die bekannten Lockmittel und marktschreierischen, oft irreführenden Anpreisungen dieser Geschäfte verfehlen ihren Zweck bei der großen urteilslosen Menge der Käufer noch immer nicht. Durch diese Machenschaften wird den redlichen Gewerbetreibenden ein großer Teil der Kundschaft entzogen und dadurch der Verdienst nicht unwesentlich geschmälert. Sehr häufig verbleiben dem Handwerker nur noch die Ausbesserungsarbeiten an solchen Gegenständen, die in Warenhäusern und dergleichen gekauft worden sind. Auch über den Straßen- und Hausierhandel wollen die Klagen nicht verstummen. Sehr häufig ist berichtet worden, daß die Aufdringlichkeiten dieser Händler von Jahr zu Jahr schlimmer werden. Von verschiedenen Gewerbetreibenden wird als Mittel zur nachhaltigen Bekämpfung aller dieser Mißstände, sowie zur Förderung des redlichen Gewerbes vor allen Dingen eine hohe Besteuerung des Straßen- und Hausierhandels, eine hohe Sonderbesteuerung der Warenhäuser und Zweiggeschäfte und ein Vorgehen gegen die Beamtenkonsumvereine vorgeschlagen; auch ist ein Zusammenschluß der gleichartigen Kleinhandelsgeschäfte zur besseren Ausnutzung des Einkaufs im großen empfohlen worden."

Die letztere Absicht ist das Vernünftigste an allen diesen Lamentationen, die immer wiederkehren und die Hoffnungslosigkeit des kleinen Mittelstandes widerspiegeln. Daß die Konsumvereine mit Lockmitteln und marktschreierischer Reklame usw. arbeiten, ist eine kühne Behauptung, die mit der Wahrheit nicht in Einklang zu bringen ist. — Es wird aber noch weiter geklagt:

„Des weiteren sind von Angehörigen des Schlosser- und Klempnerhandwerks noch immer Klagen laut geworden über den Wettbewerb städtischer Gas- und Elektrizitätswerke, die gewerbsmäßig Installationsarbeiten ausführen und Handel mit Beleuchtungsgegenständen, Kochgeräten usw. treiben. Dadurch wird den am Ort befindlichen Installateuren ein großes Arbeitsfeld entzogen und den Händlern mit diesen Gegenständen viel Abbruch getan. Ebenso fühlen sich namentlich in größeren Städten die Schmiede, Stellmacher u. a. m. dadurch hart betroffen, daß die Stadtverwaltungen, sowie auch einzelne Großbetriebe vielfach Handwerksarbeiten in eigenen Werkstätten ausführen lassen. — Nicht zum mindesten endlich ist es auch der Wettbewerb aus den eigenen Reihen, der auf den Geschäftsgang vieler Gewerbtreibenden einen äußerst ungünstigen Einfluß ausgeübt hat. Wie oft übernehmen Handwerker Arbeiten, die eigentlich anderen Berufen zukommen, so der Tischler und Schmied Schlosserarbeiten, der Schlosser Klempnerarbeiten, der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Glaser Tischlerarbeiten usw.; wie oft kommt es vor, daß besonders auf dem Lande der Müller anfängt zu backen und mit Brot zu handeln, und in welchem Maße bereitet der Gastwirt dem Zigarrenhändler Wettbewerb! Mehrere Bauhandwerker haben auch ihrem Unwillen darüber Ausdruck gegeben, daß die Baumeister und sonstigen Bauausführenden sehr häufig den gesamten Bau übernehmen und die Schlosser-, Tischler-, Klempnerarbeiten usw. dann an die Fachleute weiter übertragen, wobei sie ein gut Teil des Verdienstes in ihre eigene Tasche stecken."

Die Gewerbekammer barmt über die ganze Welt, ohne sich die Mühe zu geben, eine vernünftige Erklärung für alle diese Dinge zu finden. Schließlich müssen auch noch die Arbeiter herhalten, die nicht zuletzt schuld sind an dem Elend des Kleingewerbes. Der Bericht sagt das in folgenden Sätzen:

„Was die Arbeiter- und Lohnverhältnisse anlangt, so ist eine wesentliche Aenderung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seit dem Vorjahre nicht eingetreten. Das Streben der Hilfskräfte nach Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit hat nicht aufgehört. Trotzdem diesen Wünschen viele Arbeitgeber stattgegeben haben, ist mehrfach beobachtet worden, daß die Gehilfen keine rechte Freude mehr an der Arbeit haben und wenig Lust zeigen, etwas Tüchtiges zu leisten. Namentlich von Bäckerei-Inhabern ist berichtet worden, daß die Gehilfen sich während ihrer Ruhestunden lieber kostspieligen Zeitvertreiben und Vergnügungen hingeben, als zu neuer Arbeit frische Kräfte zu sammeln. Die Folge davon sei, daß häufig der Beginn der Arbeitszeit nicht eingehalten und dadurch Zank und Zwietracht herbeigeführt werde. Vielen Gehilfen passe nicht einmal die Nachtarbeit mehr, weil sie dadurch von manchen Vergnügungen ferngehalten werden. . . . Die Lasten der Arbeiterversicherung machen sich bei den Handwerkern und Kleingewerbtreibenden, deren Lage vielfach nicht so gut und gesichert ist wie die ihrer Hilfskräfte, von Jahr zu Jahr drückender fühlbar, und es wird immer wieder der dringende Wunsch geäußert, daß in dem Ausbau der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung ein Stillstand eintreten möge, da sie den erhofften sozialen Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht herbeizuführen vermocht habe. Die Lasten werden von den Arbeitgebern um so drückender empfunden, wenn das betreffende Handwerk schon an und für sich daniederliegt. — Bezüglich der wirtschaftlichen Gesetzgebung sind verschiedentlich Wünsche auf Abänderung oder Aufhebung bestehender Gesetzesbestimmungen laut geworden, weil in ihrer Befolgung ein Nachteil für einzelne Gewerbe erblickt wird. So kehrten die Klagen über die Durchführung der Bäckereiverordnung in den Kreisen des Bäckerhandwerks wieder. Einer großen Anzahl von Betriebsinhabern sind durch diese Verordnung erhebliche Unkosten verursacht worden. Häufig ist ein vollständiger Umbau der Arbeitsräume notwendig gewesen, der bisweilen sogar, um Kosten zu ersparen, zu einer Verkleinerung des Betriebes geführt hat. Leider ist eine rücksichtsvolle Handhabung dieser Verordnung nur selten beobachtet worden. — Ferner empfinden die Bäcker das in dem Kinderschutzgesetz enthaltene Verbot, Kinder zum Austragen des Frühstücksgebäcks in die Wohnung der Kunden anzustellen, als eine äußerst lästige Beschränkung, da die Verwendung von Frauen zu diesem Zwecke eine erhebliche Erhöhung der Geschäftsunkosten mit sich gebracht hat."

Da hat man den kleinbürgerlichen Unternehmerstandpunkt in Reinkultur. Alles was irgendwie nach Verbesserung der Lage der Arbeiter aussieht, erschwert die Konkurrenz des Kleinmeistertums, deshalb müssen die Arbeiter darauf verzichten. Daß die Kleinmeister und Kleinhändler die wehrlosen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft sind, wie die sozialistische Theorie klar und richtig feststellt, das werden diese kurzsichtigen Leute wohl sobald nicht einsehen. Sie sollten aber wenigstens unterlassen, die Arbeiter dafür verantwortlich zu machen, denen es ja noch viel schlechter geht.

Für die Gewerbegerichtswahl

im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt wird amtlich folgendes bekannt gemacht: Die Amtsperiode der Gewerbegerichtsbeisitzer läuft am 30. September 1910 ab. Es findet daher Montag den 29. August eine Neuwahl der Beisitzer statt, und zwar nur für die Arbeitgeber vormittags von 9 bis 12 Uhr. Es haben zu wählen die gewerblichen Arbeitgeber aus ihrer Mitte 20 Beisitzer. Die Wahl erfolgt, nachdem § 8 des Statuts für das Gewerbegericht durch Beschluß der Bezirksversammlung vom 18. November 1909 dahin geändert worden ist, daß die Amtsdauer der Beisitzer anstatt drei künftig sechs Jahre beträgt, auf die Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1916. Für die Wahl werden folgende Wahlstellen eingerichtet: Pabenau: Rathaus, Tharandt: Rathaus, Briesnitz: Gasthof, Cossebaude: Wustlichs Gasthof, Deuben: Gasthof zum sächsischen Wolf und Wagners Gasthof, Döhlen: Angermanns Gasthof, Hainsberg: Füsseis Gasthof, Leubnitz-Neuostra: Gasthof zum alten Kloster, Zitterseе: Balkes Gasthof, Niedersedlitz: Rathaus, 2. Stock, Niedergorbitz: Schumanns Gasthof, Potschappel: Gasthof zum deutschen Haus und Gasthaus zur frohen Schicht. Die Wahl darf nach Belieben an jeder der oben genannten Wahlstellen, jedoch nur einmal vorgenommen werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder entsprechender Haft bestraft. Auf Verlangen des Wahlvorstandes hat sich jeder Wähler über seine Person und Wahlberechtigung auszuweisen. Hierzu genügt die Bescheinigung über die Anmeldung des Gewerbebetriebes.

Stimmberechtigt sind als Arbeitgeber: selbständige Gewerbtreibende, die, sei es das ganze Jahr oder zu gewissen Zeiten des Jahres, regelmäßig mindestens einen gewerblichen Arbeiter beschäftigen, desgleichen ihre Stellvertreter, dafern dieselben nicht als Arbeitnehmer zu gelten haben, vorausgesetzt, daß dieselben 25 Jahre alt sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, im Gewerbegerichtsbezirk Wohnung oder Beschäftigung und die Fähigkeit zur Bekleidung des Schöffenamtes haben. Hausgewerbtreibende wählen, wenn sie selbst mindestens einen gewerblichen Arbeiter beschäftigen, mit den Arbeitgebern. Wählbar ist jeder Stimmberechtigte, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, im Gewerbegerichtsbezirke seit mindestens zwei Jahren wohnt oder beschäftigt ist, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet hat. Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das Wahlrecht ist in Person und durch Stimmzettel auszuüben. Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein, darf kein äußeres Kennzeichen an sich tragen und ist von dem als stimmberechtigt Anerkannten zusammengefaltet in die Wahlurne zu legen. Die Stimmabgabe hat für eine der oben angegebenen Vorschlagslisten zu erfolgen dergestalt, daß nur solche Stimmzettel als gültig angesehen werden, bei denen mindestens zwei Drittel der Namen mit den Namen einer dieser Vorschlagslisten übereinstimmten. Bei Feststellung des Wahlergebnisses werden von den zu vergebenden 20 Sitzen jeder Vorschlagsliste soviel Sitze zugeteilt, als dem Verhältnisse der auf die Liste entfallenden Stimmenzahl zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entspricht.

Da von den Arbeitern nur eine Vorschlagsliste, und zwar von dem Gewerkschaftskartell Dresden und Umgend, Zweigstelle Plauenscher Grund, eingereicht worden ist, so erübrigt sich eine besondere Wahl der Beisitzer aus dem Kreise der Arbeiter. Es gelten vielmehr die aufgeführten Vertreter der Arbeiter auf Grund von § 11 Abs. 4 des Gewerbegerichtsstatuts als gewählt.

Für die Wahl der Arbeitgeberbeisitzer sind zwei Listen eingereicht. Eine vom Gewerkschaftskartell, die andere von den Gewerbevereinen der Amtshauptmannschaft und vom Verband der Industriellen im Plauenschen Grunde.

Die Vertreter der Arbeiter sind für die nächste Periode nach der Liste des Gewerkschaftskartells: Nietschel, Robert, Tischler, Zauckerode; Schmieder, Oswald, Porzellanmaler, Niederhäslich; Reichel, Edmund, Maschinist, Coßmannsdorf; Rentsch, Hermann, Steindrucker, Groß-Zschachwitz; Gehmlich, Oskar, Stuhlbauer, Rabenau; Dicke, Johannes, Brunnenarbeiter, Gittersee; Zimmermann, Bruno, Lederarbeiter, Deuben; Tauscher, Ernst, Fabrikarbeiter, Deuben; Brühl, Robert, Fabrikarbeiter, Zauckerode; Weschke, Max, Former, Potschappel; Ulbricht, Emil, Metallarbeiter, Deuben; Lippert, Paul, Metallarbeiter, Kesselitz; Steglich, Otto, Former, Leuben; Ortmann, Theodor, Zimmerer, Deuben; Harzer, Max, Bauarbeiter, Zschiedge; Stelzer, Willi, Glasarbeiter, Deuben; Burkhardt, Hermann, Brauereiarbeiter, Coschütz; Thiele, Richard, Fabrikkonditor, Leuben; Bode, August, Zigarrenarbeiter, Deuben; Puder, August, Mühlenarbeiter, Deuben.

Kostenansätze und Krankenversicherungsgesetz.

Für eine gemäß § 58 des Krankenversicherungsgesetzes ergangene Entscheidung einer Amtshauptmannschaft als Aufsichtsbehörde einer Ortskrankenkasse waren 5 M. Kosten angesetzt worden. Diesen Kostenansatz hat das Oberverwaltungsgericht für nicht gerechtfertigt erklärt, vielmehr in seinem Urteile ausgesprochen, daß derartige Entscheidungen kostenfrei zu erfolgen hätten. Es führt hierzu des näheren folgendes aus: Das Krankenversicherungsgesetz enthält keine Bestimmung darüber, ob die Aufsichtsbehörden berechtigt sind, für ihre auf Grund von § 58 ergehenden Entscheidungen den Beteiligten Kosten zu berechnen. Es beschränkt sich darauf, im § 78 auszusprechen, daß bei Streitigkeiten über Unterstützungsansprüche die versicherten Personen vom Kostenvorschusse befreit sein sollen. Für die Beantwortung der Frage, ob ein Kostenansatz überhaupt zulässig ist, sind hiernach die Vorschriften des geltenden Landesrechts maßgebend. Für Sachsen kommt in dieser Hinsicht nur die Ziffer 3 des Gebührenverzeichnisses zum Verwaltungskostengesetz vom 30. April 1906 in Betracht, nach welcher für Amtshandlungen, die „ausschließlich im Privatinteresse eines Beteiligten" vorgenommen werden, die dort vorgesehenen Gebühren zu erheben sind.

Nun kann zwar zugegeben werden, daß Versicherte und deren Arbeitgeber, die sich an die Aufsichtsbehörde wegen Unterstützungsansprüchen oder wegen Feststellung des Versicherungsverhältnisses wenden, dies, wenn auch nicht regelmäßig, so doch in vielen Fällen, zunächst in ihrem persönlichen Interesse tun. Daß aber die Entscheidung ausschließlich im Privatinteresse der Betreffenden erfolgt, vermag das Oberverwaltungsgericht nicht anzuerkennen. Denn an der ordnungsgemäßen Durchführung der Krankenversicherung ist auch das öffentliche Interesse zweifellos in sehr erheblichem Maße beteiligt, nicht bloß wegen der in tatsächlichem Erfolge damit verknüpften Verminderung der Armenlast, sondern vor allen Dingen wegen des sozialpolitisch so wichtigen Zweckes der Arbeiterversicherung, den Kreis der von ihr umfaßten Personen bei Erkrankungen vor wirtschaftlichem Verfalle und vor der Gefahr zu schützen, die öffentliche Armenfürsorge mit allen ihren nachteiligen Folgen in Anspruch nehmen zu müssen. Noch viel weniger treffen aber die Voraussetzungen in Ziffer 3 des Gebührenverzeichnisses zu, wenn die aufsichtsbehördliche Entscheidung von einem der Träger der Krankenversicherung angerufen wird. Bei ihnen handelt es sich ausnahmslos um Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht nach eigenem Ermessen darüber befinden dürfen, ob jemand von der Mitgliedschaft oder der Beitragspflicht befreit werden soll. Sie müssen vielmehr dafür sorgen, daß jeder, bei dem die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, der Krankenversicherung unterworfen wird und die vorgeschriebenen Beiträge entrichtet. Hierbei handeln sie jedoch nicht in ihrem „Privatinteresse", sondern in Ausübung einer ihnen gesetzlich auferlegten öffentlich rechtlichen Pflicht, zu deren Erfüllung sie nach Befinden von der Aufsichtsbehörde angehalten werden können. Das gleiche gilt auch — und zwar in noch stärkerem Grade — bei der Geltendmachung von Erstattungsansprüchen auf Grund von § 50 des Krankenversicherungsgesetzes.

Unfall. Ein Zusammenstoß zwischen einer mit drei Personen besetzten Droschke und einem Straßenbahnwagen trug sich am sogenannten Hasenberge zu. Der Straßenbahnwagen fuhr die den Hasenberg hinabfahrende Droschke mit voller Wucht an und warf sie auf das Pflaster. In der Droschke befand sich ein hiesiger Weinhändler mit Frau und Tochter. Der Herr erlitt einen Bruch des rechten Arms und wurde nach Anlegung eines Notverbands ins Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. Seine Frau und Tochter kamen mit dem Schrecken davon.

Ladenschluß der Apotheken. Die Apotheker Dresdens und der Umgegend haben kürzlich beschlossen, den ortsüblichen Geschäftsschluß gleichfalls einzuführen und ihre Geschäftsräume abends 8 Uhr zu schließen. Außerdem soll mit Genehmigung des Ministeriums des Innern und im Einverständnisse mit den städtischen Behörden der wechselweise Sonntagsdienst in der Weise eingeführt werden, daß die Hälfte der Apotheken an Sonn- und Feiertagen von mittags 1 Uhr an bis zum anderen Morgen vollständig geschlossen wird.

Viktoria-Salon. Die Leitung des Orchesters im Viktoria-Salon, der Sonnabend den 27. August mit einer großen Jubiläumseröffnungsvorstellung seine diesmalige Saison beginnt, liegt in den bewährten Händen des königlichen Musikdirektors H. Reh, der als Kapellmeister diesem Orchester bereits 28 Jahre ununterbrochen vorsteht und der schwierigen Aufgabe jederzeit gewachsen war. — Die Eröffnung des Tunnels findet am Abend vorher, am Freitag, statt, und zwar mit einem Kunstreiteensemble, an dessen Spitze der in Wien, Berlin und Leipzig rühmlichst bekannte und gefeierte originelle Exzentrikkapellmeister A. Pamer steht.

Der rumänische Zirkus Sidoli, ein seit 55 Jahren bestehendes Unternehmen großen Stils, trifft am 1. September mittels Extrazuges von Hannover, wo er zurzeit Vorstellungen gibt, hier ein. Der Billettvorverkauf befindet sich im Havanna-Haus Wolf in der Seestraße und den Filialen. Am Freitag den 2. September finden die ersten zwei Vorstellungen statt.

Vermischte Nachrichten. In einer Wohnung im Grundstück Schnorrstraße 50 explodierte vorgestern abend eine Spiritusglühlichtlampe. Dadurch gerieten die Gardinen eines Fensters in Brand und einige Möbelstücke erlitten Beschädigungen. Bei Ankunft der Feuerwehr war die Gefahr von Hausbewohnern bereits beseitigt worden. — Eine erregte Szene spielte sich auf der Rabenauer Straße ab. Ein ungefähr neunjähriger Schulknabe entriß im Vorbeirennen einem Schulmädchen das Geldtäschchen und lief davon. Mehrere Herren nahmen sofort die Verfolgung auf; aber es war nicht möglich, den jugendlichen Dieb, der inzwischen das Geldtäschchen weggeworfen hatte, zu erfassen. — Eine junge radfahrende Dame, die auf der Hamburger Straße mit einem Fleischerwagen zusammenstieß, konnte sich durch ihre Geistesgegenwart vor größerem Schaden bewahren. Das Rad wurde jedoch zertrümmert.

Aus der Umgebung.

Kaitz-Leubnitz. Umständehalber kann die für den 20. August geplante Bezirksversammlung erst Sonnabend den 27. August im Gasthof zu Kaitz stattfinden. Die Genossen mögen dies beachten. — Sonntag den 28. August Familienausflug mit den Plauenschen Genossen nach der Eutzschitzer Mühle, Bannewitz, Prinzenhöhe. Abmarsch um 2 Uhr vom Talschlößchen in Kaitz. Zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen wird erwartet.

Somsdorf. Der jetzt vom Postamt in Tharandt aus begangene Ort Somsdorf wird zum 1. September dem Landbestellbezirk der Postagentur in Coßmannsdorf (Amtshauptmannschaft Dresden) zugeteilt. Briefsendungen aus Tharandt nach Somsdorf unterliegen von diesem Zeitpunkte an der Fernlage.

Deuben. Der hiesige Verein „Pfauenauge" veranstaltet vom 28. August bis 4. September seine erste große Ausstellung in Aquarien und Terrarien, fremden und einheimischen Zierfischen, Reptilien, Amphibien, Schmetterlingen, Präparaten usw.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

In krankhafter Erregung beleidigte der ehemalige Schutzmann und jetzige Arbeiter Friedrich Max Richard Müller die Schutzleute Wiederanders und Findeisen in zwei Fällen. Zu dem Schutzmann Wiederanders, der sich weigerte, wegen einer M. gegebenen Ohrfeige einzuschreiten, sagte er: „Wenn ich Dir nun ein paar Schellen geben würde, dann würdest Du mich gleich anzeigen. Du hast auch erst beim Militär schreiben gelernt. Geh' nur nach Hause und leg Dich ins Bett." Dem Gendarm Findeisen machte er den Vorwurf, daß dieser nicht energisch genug auf eine Anzeige hin eingeschritten sei und drohte, anderen hierüber Mitteilung zu machen. Der Angeklagte will nichts von den beleidigenden Aeußerungen und seiner darauf erfolgten Sistierung nach der Wache wissen. Er ist durch den Trunk in seiner Gesundheit heruntergekommen und kam gleich nach diesen Vorfällen wegen eines schweren Nervenleidens ins Krankenhaus. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse billigt ihm das Gericht mildernde Umstände zu, erkennt aber trotzdem noch auf 12 Tage Gefängnis.

Hausfriedensbruch auf der Vogelwiese. Der 1875 in Nürnberg geborene Geschäftsführer Franz Schmidt kam vergangene Vogelwiese zu dem Inhaber des anatomischen Museums und machte eine Lohnforderung geltend. Er war vor zwei Jahren bei dem Inhaber in Stellung gewesen. Da es zu Tätlichkeiten kam, verbot ihm der Budenbesitzer das fernere Verweilen. Dieser Aufforderung wollte Schmidt nicht eher Folge leisten, bis er sein Geld habe. Den Schutzmann, der ihn mit Gewalt wegbringen wollte, würgte er am Halse und schlug ihn auf den Kopf. Die Geschichte bringt ihm 8 Monate und 1 Woche Gefängnis ein, wovon 1 Woche als verbüßt gilt.

Für ihr Kind. Die Kellnerin Johanna Christine Wilhelmine Engelhardt sah mit Bangen der Zukunft entgegen. Sie stand kurz vor der Entbindung und hatte nicht das notwendigste für sich und ihr Kind. Zu den Eltern wollte oder durfte sie nicht gehen, wo sollte sie also Geld und Wäsche usw. hernehmen? Da stahl sie bei Gelegenheit mehrere Sachen im Gesamtwerte von etwa 60 M. nach und nach von ihrer Wirtin und einer Kollegin. Sie ist wegen Diebstahls schon vorbestraft und wird deshalb zu 2 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt, wobei man noch ihre Notlage berücksichtigt hatte.

Tröpfelbier. Wegen vorsätzlicher Nahrungsmittelfälschung hatten sich die Schenkwirtin Marie Selma Fritzsch und ihr Sohn Oskar Friedrich Fritzsch zu verantworten. Die Angeklagten betreiben das Restaurant zum Anker in Tolkewitz und sollen seit 1909 fortgesetzt das den Gästen verabreichte Bier mit Tröpfelbier vermischt, ja sogar das Tröpfelbier verschiedener Sorten zusammengegossen und dem Biere zugegossen haben. Sie geben nur zu, daß sie Emaillenäpfe unter die Bierhähne gestellt und — wenn das Bier recht schäumte und überlief — das übergelaufene Bier wieder mit verwendet haben. Sie werden mit je 15 M. Strafe verurteilt.

Neues aus aller Welt.

Nach der Katastrophe.

Brüssel, 18. August. **Die Zahl der Arbeitslosen,** die in den vernichteten Abteilungen beschäftigt waren und nun brotlos geworden sind, ist **außerordentlich groß.** Le Peuple schätzt ihre Zahl auf 5000. Es sind hauptsächlich Wächter, Kellner, Kellnerinnen sowie Verkäuferinnen und Verkäufer. Eine umfassende Hilfsaktion ist geplant.

Die Direktion der Oper des Théâtre de la Monnaie wird zu diesem Zweck in der nächsten Woche auf dem Gelände von Alt-Brüssel eine Opernaufführung im Freien veranstalten. Es soll dafür eine längst verschollene Oper ausgegraben werden, die sich mit der Geschichte der Stadt Brüssel beschäftigt. Ferner ist ein Massenkonzert sämtlicher großer Gesangvereine Belgiens geplant.

Auch den nicht versicherten Ausstellern, die großen Schaden erlitten haben, will man zur Hilfe kommen. Zur der Gazette wird heute vormittag von einem Finanzmann der Vorschlag gemacht, eine Bank zu gründen mit einem Kapital von 2 bis 3 Millionen, um den kleinen Leuten Kredite zu bewilligen, damit sie sich an der Neuaufrichtung der Ausstellung beteiligen können. Man glaubt, daß die Regierung dieser Bank einen Garantiefonds zuweisen wird, damit ganze Arbeit gemacht wird.

Der Schaden einzelner Aussteller ist recht beträchtlich. So spricht man davon, daß das bekannte Magazin Bon Marché in Brüssel seine Waren im Effektivwerte von 1¼ Million Fr. nur für 50 000 Fr. versichert hatte. Viele Aussteller, namentlich in der Bijouterieabteilung, wurden von den Versicherungsgesellschaften nicht versichert, weil sie die Unvorsichtigkeit begangen haben, ihre Waren in den Etalagen zu belassen, statt sie den Bestimmungen gemäß in Kassenschränken unterzubringen. Auf diese Weise wird eine ganze Reihe von Firmen Konkurs anmelden müssen. Den Wert der vernichteten großen Industriehalle schätzt der Peuple auf etwa 1 800 000 Fr., zusammen mit den Verlusten Frankreichs und Englands an Immobilien auf 2½ Millionen.

Auffallend sind die hohen Prämien, die die Aussteller den Versicherungsgesellschaften zahlen mußten. Einzelne Aussteller mußten bis zu 15 pro Mille, andere wieder nur 3—5 pro Mille zahlen. Die wenigen Versicherten in Brüssel-Kermes haben ganz außerordentlich hohe Prämien bezahlt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Brüssel, 18. August. Italien hat seine Abteilung gestern wieder eröffnet. Die Abteilungen der Nationen waren in kleinen Ausstellungen in der großen Halle dem Publikum bereits wieder zugängig gemacht worden. „Alt-Brüssel" war geöffnet, trotzdem kaum noch ein halbes Dutzend Häuschen stehen. In dem Pavillon der vereinigten Glashütten werden die belgischen Juweliere ihre wiedergefundenen Schätze wieder ausstellen. Fast alles ist in den feuerfesten Kassengewölben unversehrt geblieben. Das Brüsseler Katzenhaus in Brillanten, ein seltenes teures Kunstwerk der Goldschmiede, ist zwar oxydiert und angeschwärzt, kann aber wieder hergestellt werden. Beim Hinabstürzen einiger Kassenschränke sind wertvolle Vasen, in denen sich Perlen befanden, zerbrochen; aber der Inhalt blieb unversehrt.

Brüssel, 18. August. **Frankreich** ließ den Generaldirektoren der Ausstellung mitteilen, daß der Aufbau der vernichteten Teile der französischen Abteilung nur dann erfolge, wenn ein besserer Löschdienst organisiert werde. Die Ausstellungskommission beschloß die Anschaffung einer Dampfspritze und die Errichtung eines Feuerwehrkorps von 60 Mann mit Tag- und Nachtdienst. Morgen wird mit dem Aufbau der Fassade des Haupteingangs begonnen.

•

Aviatik.

Frankfurt a. M., 18. August. Der Aviatiker Walter v. Mumm wollte heute früh zum Ueberlandflug auf seinem Antoinette-Apparat starten. Er erhob sich auch bald bis zu einer Höhe von 15 Metern, als plötzlich der Apparat ins Schwanken geriet und zu Boden stürzte. Die Propeller und Holzteile des Apparats wurden zertrümmert, während der Motor unversehrt blieb. V. Mumm wurde nicht verletzt. Da er einen zweiten Apparat zur Verfügung hat, wird er sich mit diesem an der Konkurrenz beteiligen.

London, 18. August. Moisant setzte heute früh seinen Flug von Manchester aus fort. Er mußte noch einmal bei Bromley landen, ist aber mittags 12 Uhr in Cristall Palace **angekommen**. Die Menge, die ihn hier seit 7 Uhr erwartete, begrüßte ihn mit frenetischem Jubel und trug ihn auf den Schultern zum Hauptgebäude, wo er ein Glas Milch, die erste Nahrung seit gestern, zu sich nahm. Er hat entzündete Augen, wegen des starken Windes auf der Fahrt.

• •
•

Berlin, 19. August. Heute nacht schoß auf dem Hansaplatze ein junges Mädchen seinen Liebhaber in den Kopf und **verwundete** ihn schwer. Die Täterin richtete darauf den Revolver gegen sich selbst und brachte sich eine **lebensgefährliche Verletzung** bei. Die Persönlichkeiten konnten noch nicht festgestellt werden.

Berlin, 18. August. Eine Revolverschießerei, bei der ein Unbeteiligter erheblich verletzt wurde, hat sich in Zehlendorf ereignet. Der 18 Jahre alte Glockengießer Collier war mit dem Vater seiner Braut, dem Arbeiter L., in Streit geraten, in dessen Verlauf er einen Schuß auf den Schwiegervater abgab, ohne jedoch zu treffen. Um seinen Verfolgern zu entgehen, schoß Collier in die Menge, wobei er einem vierzehnjährigen Knaben eine schwere Wunde am Bein beibrachte.

Saßnitz, 18. August. Die Ermittlungen wegen des Saßnitzer Doppelraubmordes haben den Verdacht erheblich verstärkt, daß Karl **Mohr** selbst als Täter in Frage kommt. Es ist ermittelt, daß ein früher dem Pastor gehöriger Ueberzieher einige Tage später von Mohr einem Hausdiener in Saßnitz für einige Mark verkauft worden ist. Auch ein selber Spazierstock aus dem Besitz des Pastors wurde monatelang bei Mohr gesehen.

Hannover, 18. August. Bei dem Offiziersrennen im Sennelager ist Rittmeister Papen von den 5. Ulanen tödlich verunglückt. Er stürzte und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Leutnant Hoensbroech von den 4. Kürassieren wurde schwer, aber nicht **lebensgefährlich** verletzt.

Bochum, 18. August. Im Stadtteil Hamme stürzte das 7jährige Töchterchen eines hiesigen Zimmermeisters von einer 10 Meter hohen Eisenbahnbrücke herab auf die Schienen der Strecke Bochum-Wanne und **verstarb** nach einigen Stunden.

Elberfeld, 18. August. Auf dem Bahnhof Unterbarmen sind um 3 Uhr nachts zwei Güterzüge **zusammengestoßen**. Beide Maschinen und sechs Wagen wurden **erheblich beschädigt**. Der Zugführer Kellermann wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Unfalls ist angeblich auf Erlöschen des Signallichts zurückzuführen.

Frankfurt a. M., 18. August. Im Zusammenhang mit der Affäre der Niederdeutschen Bank steht die heute morgen erfolgte Verhaftung des Dr. jur. August Rolden, Direktors der Gummiwaren-Aktiengesellschaft Frankfurt, früher Göschicht-Niederrad. Rolden war auch Direktor der Motor- und Lastwagen-Aktiengesellschaft Aachen und auch sonst als Gründer und Verwaltungsmitglied im Konzern der Niederdeutschen Bank vielfach tätig.

Karlsruhe, 18. August. In Bürchau wurde die allein wohnende Witwe Bechtel **ermordet** aufgefunden. Der mutmaßliche Täter wurde verhaftet. — In Warmbach in Baden fand man den Bahnwärter Mutter tot im Keller seines Hauses auf. Seine drei Kinder scheinen verdächtig, den Tod des Vaters verschuldet zu haben; sie wurden verhaftet.

•

Zürich, 18. August. An der **Jungfrau** ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein neues schweres Bergunglück passiert. Unterhalb des Rottalsattels wurden gestern im Schnee drei Gletscherpickel aufgefunden, wahrscheinlich von einer führerlosen Partie von drei Personen, einem Herrn und einer Dame aus Zürich und einem zweiten Herrn, einem Deutschen. Bergführer von Lauterbrunnen sind unterwegs, um nach den Leichen zu forschen.

Reichenberg i. B., 18. August. Zugunsten der Errichtung einer tschechischen Realschule in Reichenberg wurde kürzlich in Prag ein tschechisches Fest abgehalten. Nunmehr stellt sich heraus, daß **der ganze Reinertrag verschwunden** ist. Die **Mitglieder des veranstaltenden Ausschusses**, meist Prager Studenten, sind „**nicht mehr aufzufinden**".

Paris, 18. August. Die kirchliche Trauung der **Baronin Vaughan**, der Geliebten des belgischen Leopold, mit ihrem Gutsverwalter Durieux hat heute nachmittag in der Kirche von Arionville stattgefunden.

Rom, 18. August. Die Cholera fordert in Apulien zahlreiche Opfer. Bis jetzt hat die Epidemie 50 weitere Opfer gefordert.

London, 18. August. (L.-A.) Bei der hiesigen japanischen Botschaft sind folgende Einzelheiten über die Ueberschwemmungen in Japan eingetroffen: 16 Präfekturen waren überschwemmt, 800 Personen sind umgekommen, 190 wurden verletzt, 500 werden vermißt, 3700 Häuser sind vollkommen zerstört oder fortgeschwemmt, 2200 sind teilweise zerstört, 338 000 standen unter Wasser. In Tokio allein sind 200 000 Personen hilfsbedürftig. Das schwerste scheint überstanden zu sein; das Wetter wird wieder normal.

Versammlungen.

Dachdecker. Am 10. August fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Quartal wurde für richtig befunden. Ueber die Frage der Beitragserhöhung entspinnt sich eine längere erregte Debatte. Verschiedene Kollegen kritisieren die unregelmäßige Beitragszahlung, vor allen Dingen sei dies mit der Entnahme der Lokalfondsmarke der Fall. Sie verweisen auf den Opfermut der Kollegen anderer Filialen. Die Versammlung beschließt einstimmig, den Wochenbeitrag ab 1. September auf 80 Pf. zu erhöhen mit Wegfall der Lokalfondsmarke. Mehrere Kollegen teilen mit, daß bei einigen Meistern Ueberstunden gemacht werden. Dieser Umstand wird aufs schärfste verurteilt. (Eing. 12./8.)

Groß-Oelsa. Am 12. August fand hier eine zahlreich besuchte Einwohnerversammlung statt. Ueber: Wie stellen sich die hiesigen Einwohner zu dem Beschluß des Gemeinderates wegen Erbauung einer Kirche in Groß-Oelsa? sprach Genosse Redakteur Dübell. Er kennzeichnete in scharfen Worten das Verhalten und die Entschuldigung des Seifersdorfer Pfarrers, der „wegen Zeitmangels" nicht erschienen war, und uns gleichzeitig das Recht abspricht, den Satz „Der Pfarrer ist zu dieser Versammlung eingeladen" auf die Handzettel drucken zu lassen. Der Referent wies darauf hin, daß nur der Wunsch des Superintendenten nach stärkerer Beteiligung am Abendmahl das Kirchenbauprojekt veranlaßt habe. Genosse Hofmann rügte das Verhalten des Gemeinderats, da man hier ohne weiteres 10 000 M. bewilligt und auf der anderen Seite wegen Mangels an Geld an der Straßenbeleuchtung sparen will und den sehr notwendigen Brückenbau sowie die Beschleusung zurücksetzen mußte. Die vom Bureau eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 12. August 1910 im Gasthof Groß-Oelsa tagende und von 250 Personen besuchte öffentliche Einwohnerversammlung **widerspricht mit aller Entschiedenheit dem vom Gemeinderat beschlossenen Kirchenbau**, weil ein solcher der schon übermäßig belasteten Gemeinde neue schwere Lasten aufbürden würde. Außerdem sind die Versammelten einmütig der Meinung, daß es eine durchaus falsche Auffassung ist, durch einen kostspieligen Kirchenneubau werde etwa das kirchliche Leben gestärkt. Die Versammelten erwarten als Wirkung ihres Protestes, daß der Gemeinderatsbeschluß wegen des Kirchenbaues rückgängig gemacht wird." (Eing. 15./8.)

Wetterbericht von der Wettersäule an der Carolabrücke.
vom 19. August, mittags 12 Uhr.
Barometer 750. Veränderlich.
Thermometer + 25° R.
Thermometergraph. Min. + 12. Maxim. + 23.
Hygrometer 40 %.
Wasserstand — 137. Wasserwärme + 16°.

E. PASCHKY.

Große Fischfänge kleine Fischpreise!

Von lebensfrischen Dampferzufuhren eingetroffen:

Schellfisch portionsgroß . . . . . Pfund
Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen . . . . . Pfund
Goldbarsch ohne Kopf fest wie Karpfen . . . . . Pfund
15 Pf.

Kabljau ohne Kopf mit Fleisch . . . . . Pfund **18** Pf.

Schellfisch 1–2pfündig . . . . . Pfund
Schellfisch ohne Kopf in blanken großen Fischen . . . . . Pfund
Austernfisch ohne Kopf hochdelikat, zum Braten usw., in Fischen. Pfund
20 Pf.

Grüne Makrelen, prachtvolle Qualität Pfund **25** Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Neue Vollheringe Shetland Largefull, zart und fett, das Beste, was es gibt . . . . . 2 Stück **15** Pf.
10 Stück **35, 40, 50** und **65** Pf.
100 Stück **300, 375, 475** und **600** Pf.

Neue mehlige Kartoffeln 10 Pfund **28** Pf.

„ breitschalige Tafel-Senfgurken ½ Pfund **20** Pf., Postdose **200** Pf.

Große neue saure Gurken 5 Stück **10** Pf., 100 Stück **310** Pf., in Original-Tonnen mit etwa 400 Stück das Hundert **300** Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Robert Weber, Grossenhainer Str. 35
Weinhandlung und Obstweinkelterei, empfiehlt **Obst- und Beerenweine** eigener Kelterei.
Leichter **Bowlenwein**, Literflasche 90 Pf.
Weiss-, Rot- und Südweine, Wermutwein sowie **Kognak, Rum** usw.
Johannisbeerwein und **Heidelbeerwein**
zu haben in den Verkaufsstellen der Konsumvereine **Vorwärts** und **Vielchen** sowie **Potschappel u. Umg.**

Arbeiter-Verein Radfahr. Dresden
Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität".
Sonntag den 21. August
Gruppen-Nachmittagstour
zur
Bezirks-Versammlung
im **Gasthof Dobritz.**
Abfahrt nachmittags 1 Uhr von den Gruppenlokalen.

Reichshallen
Palmstr. 13, 1 Min. vom Fostplatz
Täglich
Gr. Konzert.

Vogelwiese Kötzschenbroda!
Tütsch'Schank- und Kaffee-Zelt
Täglich
Großes humorist. Konzert.
Um gütigen Besuch bittet **D. O.**

Georg Kayser
Fleischermeister
Kronprinzen- Ecke Sachsdorfer Str.
Empfehle mein Wurst- und Aufschnittgeschäft bei jedem Bedarf. Bestellungen per Telephon 10232. Schnelle Lieferung von Platten bei Familienfestlichkeiten.
Kühlanlagen im Hause.

Gute, getragene Herren- und Damenkleider,
Frack- und Gehrock-Anzüge verkauft und verleiht billigst
E. Näther, Frauenstr. 10
früher Gr. Brüdergasse 9.

Tischler u. Polierer
für bessere elektrotechnische Holzwaren sucht
Holzwarenfabrik u. Kunsttischlerei
Aug. Koppermann, Wilkau i. Sa.
Schriftliche Meldungen sind unter Angabe von Alter und letzter Tätigkeit an obige Firma zu richten.

Naturheilverein Radeberg u. U., E. V.
Sonnabend den 20. August
Mondscheinpartie nach Erkmannsdorf
zu Mitglied Müller.
Ab 7¼ Uhr Raffers Rest., Güterbahnhofstr. — Bei starker Beteiligung ev. ein Tänzchen.
Zahlr. Beteiligung erwartet **D. V.**

Restaurant
Saxonia
4 Rähnitzgasse 4
empfiehlt seine freundl. Lokalitäten
Täglich Konzert.
Vorzügl. Speisen und Getränke.
Edmund Richter u. Frau.

Rest. Sternhof
Dresden-Mickten, Lößnitzstr., hält sich bestens empfohlen.

Restaurant Teutonia
Dürerstraße 13, Ecke Pestalozzistr. hält sich der geehrten Arbeiterschaft empfohlen. — Gr. Vereinszimmer.
Gustav Risch u. Frau.

Paul Hauptvogels
Restaurant und Fleischerei
Vorwerkstrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch u. nur erstklassige Biere.
Sonnabend: Schweinefleisch Pfund 75—80. Kalbfleisch Pfd. 85, derbes Rindfleisch Pfd. 90, ff. Pökelfleisch Pfd. 85, hausschlachtene Wurst Pfd. 90 Pf., im ganzen billiger.

Frauen-Tee
Paket 75 Pf.
R. Freisleben
Postplatz.

Ein tüchtiger
Glasschleifer
auf Klingergläser als Vorarbeiter nach auswärts per bald gesucht. Off. unt. **B. G. 907** an Rudolf Mosse, Dresden.

Betonmeister
zum sofortigen Antritt für dauernde Beschäftigung gesucht. Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche unter **Beton No. 214** an **Rudolf Mosse** (J. Rund jr.), **Gleiwitz**, erbeten.

Vogelwiese! Kötzschenbroda!
Feen-Palast
Täglich: Konzert und Künstler-Vorstellung.
ff. Speisen und Getränke.
Um gütigen Besuch bittet **Bruno Hofmann.**

Dr. M. Cohn
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Prager Strasse 25
von der Reise zurück.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. wie a. neuen H.- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen usw. zu verleihen **10 Gr. Brüdergasse 10, 2.**

Militärstiefel und -schuhe
Berg- und Touristenstiefel billig
R. Nicolai, Kl. Kirchgasse 1

Gebrauchter
Kinderwagen
Gummireifen, gut erhalten, für **12 M.** zu verkaufen. **Rudolfstraße 12b, 1.** Mitte.

Ofensetzergeschäft
gut gehend, ist sofort billig zu verkaufen. Offerten unter **U. B.** an die Expedition d. Bl.

Menstruations-tropfen „Gloria" geg. Periodenstörung a Fl. 2.50, in doppelstark. Qual. 5,— M. Viele Anerkennung s. d. schnelle Wirkung des Mittels **Frau Heusinger, am See 37, Ecke Dippoldiswalder Platz.**

Todesanzeige.

Hierdurch die schmerzliche Mitteilung, daß am 17. Aug. mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, der Lackierer

Paul Albin Rühle

nach langem Leiden sanft verschieden ist.

Die trauernde Witwe
Frida Rühle nebst Kind.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, Oberpesterwitz 49, aus statt.

6. Reichstagswahlkr. Bezirk Löbtau.

Am Dienstag ist nach längerem Leiden unser werter Parteigenosse, der Glasschleifer

August Glowka

im Alter von 40 Jahren verschieden. — **Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!**

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 5 Uhr von der Halle des Löbtauer Friedhofes aus. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist erwünscht. **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher
Zahlstellen des Plauenschen Grundes.

Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. August unser Kollege, der Lackierer

Alwin Rühle

nach langer Krankheit im Alter von 34 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 4 Uhr auf dem Oberpesterwitzer Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit zur letzten Ruhestätte ersucht **D. V.**

Für unsere geehrten Abonnenten von Löbtau und Umgegend liegt der heutigen Auflage ein Prospekt des Schuhwarenhauses **Jäschke**, Löbtau, Kesselsdorfer Straße, bei, auf den wir hierdurch noch besonders hinweisen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reklame-Tage.

Enorm billige Preise.

400 Stück prima Damen-Wäsche, etwas angestaubt.
Damen-Hemden, prima Stickerei, garniert
Damen-Beinkleider mit breiter Stickerei, Kniefasson usw.
Hochelegante Untertaillen
Hemden mit Madeira-Passen
frühere Verkaufspreise 2.25 bis 3.25 . . . . jetzt Reklamepreis **1.65** M.

300 Kinder-Schürzen, beste Stoffe **78** Pf.
20 Fassons — Kimono-, Schleifen-, Reform- usw. — mit Volants, ohne Rücksicht auf frühere Preise . . . . Reklamepreis Stück
Kleiderschürzen, Blusenschürzen
Miederschürzen, Zierschürzen
Kinderschürzen für 8 bis 13 Jahre . jetzt Reklamepreis **1.10** M.

Bettvorlagen, imitiert Smyrna, Stück **97** Pf.
Seiden-Reste für Blusen . . Meter **65** Pf.
Waschstoffe, Organdy, Musseline Meter **13** Pf.
Zephir, neueste Streifen . . . Meter **33** Pf.
Kinder-Strohhüte, neueste Fassons Stück **45** Pf.
Sportmützen mit Abzeichen . Stück **25** Pf.
Käppis, rot und marine . . . Stück **25** Pf.
Kieler Mützen . . . . . Stück **75** Pf.
Wasch-Unterröcke 2.25, 1.75, **95** Pf.

Riesenposten Socken und Strümpfe
Ringel-Socken, hochelegant
Normal-Socken
Schweiß-Socken
Wert bis 60 Pf., jetzt Reklamepreis . jedes Paar **27** Pf.
Mako-Damenstrümpfe
Ringel-Damenstrümpfe
Durchbrochene Damenstrümpfe
Wert bis 75 Pf., jetzt Reklamepreis . jedes Paar **37** Pf.

9/4 **Stangenleinen** } für Oberbetten, ohne Naht Meter **87** Pf.
9/4 **Bett-Damast**
6/4 **Stangenleinen** } Kissenbreite, gute Ware Meter **53** Pf.
6/4 **Bett-Damast**
6/4 **buntes Bettzeug** . . . Meter **29** Pf.
6/4 **Linon** für Leibwäsche . . . Meter **34** Pf.
3 Stück prima **Drellhandtücher** . . . **1.00**
6 Stück große **Wischtücher** **1.00**
3 Stück altdeutsche **Küchenhandtücher** **1.00**

300 Fenster abgepasste englische Tüll-Gardinen
creme und weiß
Wert bis 6 Mark das Fenster
jetzt Reklamepreis 1 Fenster 2 Schals **3.50**

500 Fenster abgepasste englische Tüll-Gardinen
creme und weiß
Wert bis 12 Mark das Fenster
jetzt Reklamepreis 2 Schals 1 Fenster **5.35**

Tennis-Stoffe, Reklame-Preis . . Meter **37** Pf.
Köper-Barchent für Negligé-Zwecke Meter **33** Pf.
Köper-Barchent, prima, ungebleicht, Meter **29** Pf.
Linon-Taschentücher, gesäumt 1/2 Dutzend **75** Pf.
Linon-Taschentücher, feinfädig u. gesäumt, 1/2 Dtzd. **95** Pf.
Bunter Hemden-Barchent . Meter **31** Pf.
Schwerer Militär-Hemden-Barchent Meter **42** Pf.

Maschinisten-Jacken . . . .
Maschinisten-Hosen . . . .
Gestreifte Männerblusen, Stck. **95** Pf.

Reinwoll. Cheviot, doppelbreit . Meter **75** Pf.
Wollene Reste, von 3—7 Meter, jetzt Meter **65** Pf.
Wollene Blusenstoffe, elegante Streif., Meter **95** Pf.

Hocheleg. Damen-Gürtel **37** Pf.
in Leder — Seide — Seidengummi, hochelegante Schlösser . . . . . Stück

25 hocheleg. Damen-Roben **27.00**
beste Konfektion, auf Seide gearbeitet, nur für mittlere und große Figuren
frühere Verkaufspreise **75** bis **175** M., jetzt

Schlafdecken, Tigermuster . . . . Stück **95** Pf.
Imit. Kamelhaar-Decken . . Stück **95** Pf.
Gr. Barchent-Bettücher, bunt . Stück **95** Pf.
Gr. Plaid-Tücher, schottischkariert . Stück **95** Pf.

Elegante **Lammfell-Kinderjacken** **95** Pf.
in weiß, rot und marine . . . . Stück

Grosse Militär-Männer-Nessel-Hemden . . **95** Pf.
Gummi-Hosenträger, nur beste Qualität. **95** Pf.
Marktiaschen in Wachstuch . . . . . **95** Pf.

Heinemann

Webergasse
gegenüber d. Bärenschänke
Wettinerstrasse
Ecke Reinhardstrasse
26

Krebsartige Geschwüre, Lupus
Flechten, Ausschlag, alte Fussgeschwüre, Knochenfrass, Gewächse verschiedener Art, Muttermale sowie Geschlechtskrankheiten behandelt seit über 30 Jahren nur persönlich, nicht schriftlich: **P. Semerak,** Niederlößnitz bei Dresden, Bahnstation Weintraube, Zillerstraße 3.
Sprechzeit täglich von 10—4 Uhr.

Meine Landbutter, Stück **60** Pf.
sehr fest und gut, besser wie Molkereibutter
Oskar Tischer, Große Brüdergasse 31, nahe Postplatz.

Achtung! Gunnersdorf bei Medingen!
Wegen vorgerückter Saison verkaufe **neue und gebrauchte Herren- und Damenräder** zu jedem annehmbaren Preis. Fahrradhandlung **Koch.**

Mit Erfolg wird angewendet bei Blasenleiden, Ausfluß rc.
Männer-Tee
(Kein Geheimmittel)
pro Paket 1 M. nur echt zu haben bei
R. Freisleben
Postplatz.
Diskreter Versand.

Weisse Mäuse, Meerschweinchen
kauft jeden Posten Zoolog. Handlung, Gr. Zwingerstr. 4, früher 27.

Rad Freilauf, elegant, wie neu, verhältnissch. selt. bill. verk. Reisewitzer Straße 22, 1. L.

K. Dittrichs Kinderwagen

Sport-, Sitz- u. Liegewagen sind die besten. Viel billiger wie im Laden od. großem Konkurrenz-Reklamegesch. Jeder überzeuge sich vor Ankauf.
Liliengasse 8, pt.
zunächst dem Postplatz und Am See.
Größtes Geschäft Dresdens.

Schuhwaren
kauft man am billigsten u. besten bei
Michel
Rosenstraße 3.

Frisch geschossenes
Hirsch- u. Rehwild
a Pfund von 60 Pf. an
Rind- u. Schweinefleisch
eigener Schlachtung, a Pfund von 70 Pf. an, empfiehlt
Joh. Suchy, Pillnitzer Strasse 30
Fernsprecher 3356.

fr. Sülzenfleisch 3 Pfd. 1 Mk.
ff. Schinkenfett, Pfd. 90 Pf.; ff. Wurstfett, Pfd. 50 Pf.; Wurst, Pfd. 60, 80, 85 Pf.; Speck, Pfd. 75, 65 Pf.
Nicolai-, Ecke Schumannstraße 31.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible]
... Ueber den hat sich der Dichter Klinger eine Welt großer Symbole geschaffen, in denen er nicht immer der verständliche Nachzeichner des Allgemeinen bei verwandten Rängen. Die Umlegung des Gedanklichen ins Bildliche ist nicht auf allen Blättern restlos gelungen; es bleibt, wie beim Herrscher und beim Krieg, eine Menge unverständliches literarisches Beiwerk, das die Einheitlichkeit der Komposition stört. Wo er aber aus einer tiefen und reinen Vision seines Geistes geschöpft hat, wie beim Philosophen, entstehen doch Blätter von überwältigender Bildwirkung. Daß viele durch die Sprödigkeit, Herbheit und Steifheit seiner Zeichnung abgeschreckt werden, beweist nichts gegen die Größe des Gesamteindrucks, den Klinger nun in einem Werk zu Ende geführt hat, dem in der neuen deutschen Phantasiekunst wenig anderes an die Seite gestellt werden kann. Der Zyklus Vom Tode II ist als Ganzes ein Höhepunkt in dem reichen, geistig so weit gespannten Werke Max Klingers. **Haber.**

Technisches Flugmaschinen-Ausstellung. Im Ausstellungspalast, Ostseite, Eingang Stübelallee, ist jetzt bis Ende des Monats Jaspers Aeroplan zu sehen. Es ist dies ein Eindecker, der sich vor allem durch seine angenehme äußere Erscheinung auszeichnet, die den Eindruck eines riesigen Vogels hervorruft. Der ganze Körper ist äußerst leicht und stabil gebaut. An dem langen und schmalen Mittelteil, der im Querschnitt wie ein auf der Spitze stehendes Dreieck konstruiert ist, sitzt vorn die aus Holz gefertigte Luftschraube, während hinten das Höhen- und Seitensteuer angebracht ist. Der Motor befindet sich hinter der Schraube, und der Fahrer kann von seinem Sitze aus, der im Mittelkörper zwischen den beiden Flügeln angebracht ist, bequem den ganzen Apparat überschauen. Die leichtgeschwungenen Flügel haben je einen Flächeninhalt von zehn Quadratmetern. Das Gesamtgewicht des Aeroplans beträgt 180 Kilogramm und seine Luftschraube macht in der Minute bis zu 148 Umdrehungen. Er braucht einen Anlauf von 30 bis 40 Metern, um sich in die Luft zu erheben. Trotz seines immerhin nicht geringen Gewichts setzt er sich doch schon nach schwachem Handdruck in Bewegung, und man hat das Gefühl, daß er sich in die Lüfte erheben möchte. Mitte September will der Besitzer mit dem Apparat Schauflüge in Dresdens Umgebung unternehmen. Hoffentlich nehmen diese einen recht guten Verlauf, damit Dresdens Bevölkerung nicht wiederum enttäuscht wird. — Interessenten, die den Aeroplan sich gern vorher in aller Ruhe besichtigen möchten, haben jetzt eine günstige Gelegenheit.

Bibliothekswesen Der Stadtbibliothek sind im neuen Rathause drei schön gelegene große Zimmer eingeräumt worden. Sie liegen im ersten Stockwerk direkt über dem Hauptportal an der Ringstraße. Den Eingang nimmt man durch Tür 161. Von hier gelangt man zuerst in das Verwaltungszimmer. Nach [illegible] schließen sich dann die Lesesäle an. Diese sind in ihrer Ausstattung freundlich und ruhig gehalten. Das Weiß der Rahmendecke und der Lampenschirme versucht den Räumen noch etwas mehr Licht zu geben, als durch die etwas niedrigen Fenster eindringen kann. Die allerdings praktischen eichenen Tische klingen leider mit diesem Weiß nicht zusammen. Übereinstimmend mit den in einem anderen Holze ausgeführten, bequemen Polsterstühlen. Diese etwas unharmonische Gesamtwirkung scheint dadurch hervorgerufen zu sein, daß man, um den Räumen genügend Licht zu geben, gezwungen war, möglichst viel Weiß anzuwenden. Es zeigt sich eben auch hier, welch folgenschwerer Fehler es ist, wenn man Gebäude nicht konsequent von innen nach außen baut, sondern umgekehrt. Es ist doch logisch: Je tiefer ein Zimmer ist, desto höhere Fenster braucht es. Besonders, wenn man darin in seiner ganzen Tiefe etwas sehen will, wie es hier der Fall ist.

Im Übrigen ist die Einrichtung sehr bequem und praktisch. Die Bücherregale laufen rings um den Raum an der Wand hin. Die Bücher, aus denen man sich selbst auswählen kann, was man braucht, sind nach den einzelnen literarischen Gebieten geordnet. Nur wäre es wünschenswert, daß diese Gebiete im Interesse einer schnelleren Orientierung durch Tafeln an den einzelnen Fächern gekennzeichnet würden. Ein Haupterfordernis jeder derartigen Bibliothek ist, daß die Einrichtung so getroffen ist, daß sie alle Veranlassungen zu gegenseitigen Störungen der Leser aus dem Wege räumt. Dem ist hier anscheinend in ausreichendem Maße Rechnung getragen. Die Tische sind groß und breit und stehen vollkommen frei, so daß kein Leser durch den anderen bewegt wird.

Unter den vorhandenen Büchern sind naturgemäß am stärksten jene vertreten, die staats- und kommunalpolitische, sowie rechtswissenschaftliche Fragen behandeln: Gesetzbücher, Werke über Staats- und Gemeinderecht, Sozialpolitik, Chroniken, ferner die Entscheidungen des Oberlandesgerichts und des Reichsgerichts, die Verhandlungen des Deutschen Reichstages usw. Aber auch das große Gebiet allgemeiner Kunst- und Kulturgeschichte ist durch zahlreiche Werke vertreten. Wenn man die Bücherschätze übersieht, die hier für die geistige Weiterbildung aller Bürger aufgestapelt sind, so möchte man wünschen, daß sie recht eifrig benutzt werden, damit die finanziellen Mittel der Gemeinde, die in dieser Bibliothek stecken, sich recht bald zinstragend in ein erhöhtes geistiges Leben von Dresdens Bewohnern umsetzen. Die Bibliothek ist der freien öffentlichen Benützung geöffnet von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, Sonnabends nur von 9 bis 3 Uhr. ma.

[illegible] Mitteilungen Bisher hatten die Chinesen kein Abendblatt. [illegible] seit kurzem erscheint in Peking ein Abendblatt der Zeitungsbote. Das neue Blatt hat ein besonderes Merkmal: es ist ganz in rot gedruckt, der Lieblingsfarbe der Chinesen, die immer als glückverheißend gilt. Auch in der Art der Einführung der neuen Zeitung schließen sich die Chinesen dem amerikanischen Muster an, da der Zeitungsbote einen ganzen Monat gratis an die Bewohner von Peking verteilt wird.

Die Turner-Gallery in London, die sich an die Tate-Gallery anschließt, ist nunmehr fertiggestellt und soll in diesen Tagen dem Publikum geöffnet werden. Die Galerie, eine Stiftung des verstorbenen Kunsthändlers J. Duveen, enthält fünf Säle und mehrere kleine Kabinette. Der größte Teil der jetzt in der Londoner Nationalgalerie befindlichen Werke Turners soll jetzt hierher übergeführt werden.

In Besançon ist anläßlich einer Reise des Präsidenten der Republik ein Denkmal des kleinbürgerlichen Anarchisten Proudhon enthüllt worden. Die Festrede hielt der Arbeitsminister Viviani, der sich hauptsächlich bemühte, Proudhons sentimentalen Gerechtigkeits-Sozialismus gegenüber Karl Marxens „Gottlosem" herauszustreichen. Immerhin zeigt die Rede des Exgenossen Viviani denn doch ein ganz anderes Gedankenniveau, als die Ausführungen gewöhnlicher Staatsmänner über den Sozialismus. In einer Bankettrede feierte auch Herr Fallières in Wendungen von vorsichtiger Allgemeinheit die Verdienste des Anarchisten Proudhon um die Demokratie. Der Dichter Maurice Boulay ließ in einem zu dieser Gelegenheit verfaßten Gedicht das Volk dem Denker ein rotes Nelkensträußchen darreichen. Die ganze Veranstaltung war aber schon sehr in [illegible] gehalten.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 20. August. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Fidelio. Oper in zwei Akten. Musik von L. van Beethoven. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Zapfenstreich. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Goldstern. Anfang 8 Uhr.

Residenztheater. Am Sonnabend wird Zapfenstreich und am Sonntag Alt Heidelberg gegeben.

Zentraltheater. Sonnabend den 20. August wird zum letzten Male Goldstern, Operette in drei Akten von F. Burg und M. [illegible] aufgeführt. Sonntag den 21. August wird nachmittags 3½ Uhr bei ermäßigten Preisen Die blaue Maus gegeben. Abends 8 Uhr geht bei gewöhnlichen Preisen Der dunkle Punkt in Szene.

Augustusbrücken-Ausstellung. Vielfachen Wünschen entsprechend wird die gegenwärtig im Heimatkundlichen Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins, Sedanstraße 19, gebotene Ausstellung: Das Werden und Vergehen der Augustusbrücke und der Bau der König-Friedrich-August-Brücke nicht nur Mittwoch und Sonnabends von 9 bis 4 Uhr, sondern auch Sonntag den 21. und 28. August von 11 bis 1 Uhr zu unentgeltlichem Besuche geöffnet sein.

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden. Sonntag den 21. August: 1. Tagestour: Krippen, Kohlbornstein, Kohlmühle, Großer Schirnstein (Rast), Zirkelstein, Kaiserkrone, Schöna. Abfahrt früh 6 Uhr vom Hauptbahnhof bis Krippen. — 2. Halbtagstour: Tharandt, Stille Liebe, Tharandter Wald, Grillenburg, Coßmannsdorf (Badeanzug mitbringen). Abfahrt nachmittags 12.30 vom Hauptbahnhof, 12.37 von Plauen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Dresden. Zentralorganisation aller Arbeitersänger und -sängerinnen. Für den Männerchor jeden Mittwoch und für den Frauenchor jeden Donnerstag, abends von 9 bis 11 Uhr, in der Zentralhalle, Fischhofplatz, Gesangsprobe und Aufnahme neuer Mitglieder. Wochenbeitrag 10 Pfennig.

Sonntag den 21. August Dampfschiffspartie mit Musikbegleitung nach Königstein und dem Pfaffenstein. Abfahrt früh 7 Uhr.

VVK **Volksvorstellung im Residenztheater** Sonntag den 21. August, nachm. 3¼ Uhr, findet die vorletzte Volksvorstellung der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege statt. Zur Aufführung kommt „Der heilige Rat" von Ganghofer. Zu dieser Vorstellung sind noch Karten zu haben im Sekretariat, Ritzenbergstraße 4, I., in der Expedition der Volkszeitung, Zwingerstraße 14 und bei den Genossen Berndt, Materniistraße 1 (Konsumverein) und [illegible], Kiefern Straße 2, I. Der Preis der Karte beträgt inklusive Garderobe, Theaterzettel und städtischer Billettsteuer 65 Pf. Das Stück wird nur einmal gegeben.

Jugendausschuß

Die Sitzung am 22. August fällt aus und findet dafür am 29. August statt.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Gruppe Döhlen, Weißig. Sonnabend Mitgliederversammlung im Gasthof zu [illegible].

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 191 Dresden 19. August 1910

Südamerikanische Reisebilder

I.

Von Bahia Blanca nach Buenos Aires.

Wie hinfällig das Malthusische Wort ist, daß es für alle Zeiten nur einer beschränkten Zahl von Menschen möglich sei, an der reichgedeckten Tafel der Natur zu genießen, kam mir so recht zum Bewußtsein auf meinen Reisen, zum Beispiel in Südamerika, wo ungeheure fruchtbare Länderstrecken noch der Kolonisierung harren und Abermillionen von Menschen eine Heimat, eine auskömmliche Existenz gewährleisten.

Südöstlich von Buenos Aires (d. h. gesunde, gute Luft), in den weiten, baumlosen Ebenen war es, wo vor einigen Jahrzehnten die letzten, erbittertsten Kämpfe zwischen Argentiniern und Indianern stattfanden. Der damalige Kriegsminister und spätere Präsident, General Roca, führte die zivilisierten Barbaren, trieb die Indianer ein und ließ das Präriegras anzünden. Ein großer Teil der [illegible] Landes mit dem [illegible] verteidigenden Ureinwohner fand dabei den Flammentod. — Barbaren war Ruhe. Eine Indianergrenze wurde festgesetzt, wer darüber hinaus kam, war vogelfrei.

Die vordringende weiße Rasse konnte nun ungehindert Besitz ergreifen von den zum Teil überaus fruchtbaren Gefilden. Der Raubbau, der fruchtbare Länderstrecken des Mittelländischen Meeres, Ägypten u. a. der Verödung, dem Untergange weihte, setzte ein. So wird zum Beispiel fünf Jahre Weizen gebaut, ohne zu düngen, dann bleibt das Land einige Jahre als Weide liegen, dann wird es wieder einige Jahre bebaut. Früher oder später muß diese unrationelle Wirtschaftsweise zum Ruin führen. Auch diesem im Urzustande befindlichen, mit einer dicken Humusschicht bedeckten Boden versagt schließlich die Kraft.

Ausgeschlossen von einer Bebauung, wenigstens für absehbare Zeit, ist die Pampa Central. Wochenlang kann man reiten, ohne eine menschliche Niederlassung zu finden. Ringsum tiefe Einsamkeit. Einen endlosen, graubraunen Teppich zu Füßen, den heiteren, tiefblauen Himmel über sich, ist's doch in aller Einförmigkeit ein erhebendes Bild. Salz, Salpeter, Alkali und dergl. chemische Substanzen, die im Erdboden abgelagert sind, spotten einstiger Urbarmachung. Hin und wieder entspringt ein Quell dem ausgedörrten Boden, um einige Fuß weiter zu versiegen — ohne Spur.

Die Argentiner befassen sich in der Hauptsache mit Viehzucht, die bei geringem Aufwand an Arbeitskraft verhältnismäßig am ertragreichsten ist. Sie gehören zu den vorzüglichsten Reitern der Welt. Von Kind auf mit Pferden verwachsen, mit den Eigentümlichkeiten des Landes bis ins Kleinste vertraut, kennen sie kein anderes Bedürfnis, als zu Pferde die endlosen Grasflächen zu durchqueren. Sie dulden nicht die Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit.

Die bewohnteren Landstriche werden von einer Reihe Eisenbahnen durchquert, die fast ausnahmslos von Engländern erbaut wurden. Heut sind sie zum Teil von der argentinischen Regierung angekauft, so auch der große, modern angelegte Hafen von Buenos Aires.

1906 war es, als ich mit einem englischen Dampfer Bahia Blanca (Weiße Bai) anlief. Dieser Naturhafen liegt südlich von der Hauptstadt. Vieh und Getreide sind die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel. Auch diese Hafenanlagen wurden von englischem Gelde erbaut, modern und zweckmäßig. Dort am Strande liegt eine kleine Ansiedlung; [illegible] und auf Pfählen etwa einen Fuß über der Erde errichtet, denn bei regnerischem Wetter bleibt man im zähen Schlamm fast stecken. Diese Ansiedlung ist nach dem die Hafenanlagen ausführenden Ingenieur White benannt. Bahia Blanca liegt etwa 7 Kilometer landeinwärts. Eine Anzahl Fischerboote tummelten sich in der Bai bei auflaufender Flut. Fische und Krebse waren in ungeheuren Mengen vorhanden.

Dies Land hatte den Reiz der Neuheit für mich und ich beschloß, der argentinischen Republik für unbestimmte Zeit Kopf und Arme zur Verfügung zu stellen. Ein deutscher Schachtmeister bot mir Arbeit an, und ich griff ohne Zaudern zu. Am andern Morgen setzten wir uns auf einen Güterzug und fuhren stundenlang in die Welt hinein. In einsamer Gegend verließen wir den Zug. Die Station bestand nur aus einem kleinen Bretterhäuschen und in weiter Ferne tauchten etwa drei, vier [illegible] oder Ranchos am Horizont auf. Wir setzten zu Fuß unsere Reise fort, den Schienenstrang entlang. Am Ziele befanden sich drei Zelte, unser Heim.

Die Bahn war noch im Bau begriffen, und unsere Arbeit war es, zu beiden Seiten Gräben auszuwerfen. Stießen wir auf Stein, so wurde mit Pulver gesprengt. Unsere Kolonne bestand aus neun Mann. Ungarn, Italien, Deutschland und das internationale Judentum waren vertreten. Täglich fuhr nur ein Zug vorbei, und in voller Fahrt warf man uns einige große Stücken Fleisch in die Gräben. Der sonstige Proviant: Reis, Makkaroni, weiße Bohnen und eine Art Brötchen von Weizenmehl, die aber steinhart war, sowie Tee war in Menge vorhanden. Dieser Tee, Mate Yerba, ein grünes Gewächs, wird von Südbrasilien und Paraguay bezogen. Ganze Waldungen werden dort rücksichtslos niedergeschlagen, obwohl man nur Blätter und die dünnen Stengel verwendet.

Als ich das erstemal im Hafen von Buenos Aires Schiffern beim Genusse dieses Tees zusah, mutete es mich recht sonderbar an. Die Leute saßen vereinzelt oder in größerer Zahl im Kreise, und einer hielt eine Tasse oder ein ähnliches Gefäß in der Hand, das von einem zum andern wanderte. Ein schwaches Röhrchen von Silber oder anderem Metall, je der sozialen Stellung des Besitzers entsprechend, hatte an einem Ende eine Verdickung, die mit zahlreichen kleinen Löchern versehen war. Dies Ende wurde in die Tasse getaucht, während am anderen Ende gesogen wurde. Ab und zu wurde Tee und kochend heißes Wasser nachgefüllt. Darum befindet sich in Argentinien, wie vielfach auch in Sachsen, ständig ein Kessel heißen Wassers auf dem Herde, und unzählige Male geht täglich diese Saugmaschine von Hand zu Hand.

Hier am Bahnbau erkannte ich erst die Bedeutung des Teetrinkens. Bei dem übermäßigen Fleischgenuß wirkte der Tee äußerst vorteilhaft auf die Verdauung. Allerdings dürfte der Schaden, der den Verdauungsorganen durch den heißen Genuß zugefügt wird, kein geringer sein.

Auffallend war mir bereits bei der Eisenbahnfahrt die unvergleichlich klare Luft im Lande. Ein Deutscher, der da meinte: „Wer mit einer halben Lunge nach Argentinien kommt, wird wieder gesund", hatte wohl so unrecht nicht, und in späteren Zeiten gehen vielleicht die Lungenkranken unter unseren Nachkommen auf [illegible] nach den nordargentinischen Hochebenen, nach Ägypten, oder dem südamerikanischen Hochland und finden dort Genesung. — In hygienischer Beziehung sind die städtischen und anderen Verwaltungen wie die Menschen im einzelnen sehr rückständig. So weisen die Städte Mendoza und Cordoba bei einem prächtigen Klima eine verhältnismäßig hohe Sterblichkeitsziffer auf.

War es auch manchmal sehr heiß, so wehte doch beständig Wind, der sehr oft in der Richtung wechselte. Die Nächte waren kühl, so daß man am Morgen [illegible] erwachte.

Wohltätig für das Auge wirkte das Grün der wenigen Laubbäume, die sich um die vereinzelten menschlichen Niederlassungen befanden. Allerdings verdankten die Bäume ihre Existenz schaffender Menschenhand — eine Kalksteinschicht, die stellenweise zutage trat, mußte erst durchbrochen werden, ehe der Baum Wurzel fassen konnte.

War unsere Arbeit an einer Stelle beendigt, so wurden die Zelte abgebrochen, auf eine Lore geladen, ein Gaul davor gespannt, und eine Stunde weiter wurde wieder Halt gemacht. Betten gab es natürlich nicht. Ein einfaches Gestell, der Länge des Menschen entsprechend, mit Segeltuch überspannt, und einige Decken vervollständigten das einfache Nachtlager. — Auf die Sonntage freute ich mich besonders. Dann machten wir größere Streifzüge in die Umgebung. Unsere Bewaffnung bestand aus einem einen Meter langen [illegible], dessen wir uns gegen Schlangen bedienten, und einem großen Messer, das immer bei der Hand war. Viele der verschieden großen Löcher waren von Vierfüßlern, Spinnen, Schlangen und anderen Tieren bewohnt. Vor einem kleinen Loche im Erdboden fanden wir einmal fünf bis sechs [illegible] tote Vögel. Wir [illegible], da kam eine große giftige Vogelspinne heraus, die den Lohn für ihre Vampirarbeit erhielt. Besonderes Vergnügen machten uns die Viscachas, eine Art Dachs. Sie wohnten zu Dutzenden beisammen und hatten die Erdoberfläche völlig unterminiert. Bei Sonnenuntergang saßen sie in Scharen vor den Löchern, die zahlreiche Ausgänge hatten. Krochen wir auf allen Vieren, so konnten wir uns der neugierigen Gesellschaft bis auf wenige Schritte nähern. Verwundert guckten sie uns an, dann flohen sie, teilweise in wilder Hast, in ihre Höhlen und steckten den Kopf heraus. In Gegenden, wo Ackerbau betrieben wird, geht man den drolligen Tieren mit einem Radikalmittel zu Leibe. Sämtliche Löcher einer solchen Kolonie werden verstopft bis auf eins, durch das man mittels Ventilator den Rauch von Pferdedünger treibt — und die Insassen sind der sicheren Vernichtung geweiht.

An Vögeln waren viele Arten vertreten; Singvögel habe ich jedoch nicht bemerkt. Zwei Arten, von der Größe der Stare, deren eine sich durch eine schöne gelbe Brust und die andere durch eine purpurrote Brust auszeichneten, waren zu Tausenden vertreten. Auch eine Art Rebhühner, die ein schneeweißes Fleisch hatten, waren in Scharen vorhanden. Vereinzelt gab es auch Füchse und Wölfe.

Eines Tages wäre uns ein solcher Ausflug bald schlecht be-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/9
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] ... Wir waren in die Beobachtung einer ... vertieft und übersahen so das Herannahen der Herde Rinder, ... bis von einem mächtigen Stier gefährdet wurde. Langsam zogen wir uns in eine flache Böschung zurück, dann ging es im Laufschritt der Bahn zu. Bereits traten wir aus der Senkung heraus — und standen dicht vor derselben Herde. Wir hatte uns den Weg abgeschnitten, als hätte sie gewußt, daß uns daran gelegen war, die Bahnstrecke, die mit einem Drahtzaun eingefaßt war, zu gewinnen. Zum Glück fiel es den Tieren nicht ein, in Galopp überzugehen. Wir wandten uns rückwärts, und nach manchem Kreuz und Quer gelangten wir nach einer tollen Hetzjagd über den Zaun.

Eines Tages sah ich eine Eule fortwährend aus der Luft auf die Erde niederstoßen, und als ich hinzu kam, sah ich, daß der Gegenstand ihres Angriffs ein Vierfüßler war. Er war schwarz, mit weißem Unterleib und glänzenden langen Haaren. Der buschige Schweif war so lang wie das Tier selbst. Kreuz und quer lief es, um den wütenden Hieben der Eule auszuweichen. Sie ließ nun davon ab, da ich die Verfolgung aufnahm. Plötzlich hob das Tier das Hinterteil und schleuderte einen Strahl flüssigen Kotes nach mir, der einen pestilenzialischen Geruch verbreitete — faule Eier riechen im Vergleich hierzu wie Kölnisches Wasser. Ich nahm schleunigst Reißaus; das gute Tier hatte mich empfindlich beleidigt. Ein Kamerad kam herzu und rief: Das ist ja ein Stinktier! Nach dem Geruche zu urteilen, konnte er schon recht haben.

In nächster Nähe der Hütte verschwand das Tier in einer Höhle. Der Meister ließ einige Eimer Wasser hineingießen, da er sich durch den Geruch beleidigt fühlte. Wir gruben jedoch das Tier aus und fanden noch vier Junge vor. Für tot ließen wir sie liegen — am anderen Morgen waren sie aber verschwunden. Sie siedelten sich auf der anderen Seite des Bahnstranges an. Ich traf die Alte noch öfters, doch gingen wir einander aus dem Wege — aus guten Gründen.

Es war kurz vor Weihnachten, und um Neujahr begann die Weizenernte. Ich war nebst meinen Kollegen willens, in der Ernte zu arbeiten. Es drängte uns noch ein anderer Grund, die Arbeit zu verlassen. Uns war zu Ohren gekommen, daß die Unternehmer nach Beendigung des Bahnbaues den Lohn nicht auszahlen würden. Früher war bereits ein Aufstand entstanden aus gleichem Grunde. Die Regierung sandte den Unternehmern bereitwillig Truppen, und eine große Zahl Tote und Verwundeter bedeckte die Arbeitsstätte. Nun, wir erhielten unseren Lohn; wäre dies nicht der Fall gewesen, wäre ja sofort auf der ganzen Bahnlinie die Arbeit eingestellt worden.

Ich ging vorsichtiger nach Colonel Suarez, einem kleinen Orte an der Südbahn, und quartierte in einer Fonda. Hier wurde ich mit einem Magdeburger bekannt, mit dem ich in der Folge längere Zeit zusammenblieb. Er war acht Jahre in Buenos Aires gewesen und beherrschte die spanische Sprache vollkommen. Er nahm, wie ich, das erstemal an der Ernte teil. Er war von großer Statur, breitschulterig und hatte einen martialischen schwarzen Schnurrbart.

Täglich langten Scharen von Erntearbeitern an, besonders Italiener, und darunter besonders Neapolitaner. Sie kampierten meist unter freiem Himmel an der Station. Estancieros und Chacareros kamen täglich an und holten sich Leute zur Ernte. Es war ein förmlicher Menschenmarkt.

In der Nähe des Ortes befanden sich auch drei Russenkolonien. Diese Leute waren Nachkommen von Sachsen, Bayern, Hessen, die ehemals unter Katharina der Grausamen nach Rußland auswanderten, da ihnen einige Vorrechte gewährt wurden. In neuerer Zeit wurden ihnen diese genommen, so daß eine große Zahl das Wolgagebiet verließ und nach Brasilien auswanderte, wo sie jedoch den Anforderungen der Kolonisierung nicht gewachsen waren. Schließlich trieben sie auf Kosten der argentinischen Regierung zu Schiff dorthin ab. Wie früher im Wolgagebiet, so lebten sie auch hier abgeschlossen unter sich, und das rächte sich. Es waren keine anziehenden Gestalten, diese Deutschrussen (russisch sprechen konnten nur wenige). Bei vielen malte sich der Stumpfsinn, oft auch das Viehisch-Rohe, in den Gesichtszügen. Ich war öfters Zeuge barbarischer Handlungen, die sie an Menschen und Tieren verübten. Das hinderte sie jedoch nicht, gute Katholiken zu sein und die am Orte befindliche Kirche fleißig zu besuchen. In jener Fonda wo ich logierte, kehrten viele Russen ein. Sie kamen mit Pferd und Wagen, holten ihre Bedürfnisse für den Kamp — alles auf Kredit — und nahmen Leute zur Ernte mit. Einen großen Affen brachten sie sämtlich als Angebinde für die Frau mit nach Hause.

Bei einem solchen Russen nahm ich nebst dem Magdeburger Arbeit. Wir waren fast die letzten, welche die Station verließen. Uns war es um Erzielung eines möglichst hohen Lohnes zu tun.

Tr.-Wilrisen. G. Preher.

---

24)

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer

Und manchmal kam ihr sogar die Angst, ob die Leute nicht recht haben könnten, ob's am Ende wirklich nicht gut ausgehe.

Aber sie hatte nun einmal den Narren dran gefressen, daß der Philipp etwas Extraes werden sollte.

Sie ging eines Tages zur alten Lisbeth und schüttete der ihr Herz aus.

[illegible] „Ja, Klar, du mußt es ... einem Buben haben wie du bist, oder willst ihn haben, wie du dir's gedacht hast, was Besseres. Dann mußt du auch auf dich nehmen, daß dir's weh tut. Denn wenn sich einer nur auf eine Treppenstufe höher stellt, so guckt er halt schon herunter auf den, der drunten steht. Das ist so. Das hat noch kein Mensch geändert und wird keiner ändern. Bloß — du hast's in der Hand — du kannst deinen Philipp wieder von der Treppe herunter nehmen. Das kannst du tun. Die Wahl hast du. Ob du dann recht tätst — man hebt doch niemand in die Höh, um ihn wieder fallen zu lassen. Das tut weher, als gar nit gehoben."

„Und ich?"

„Und du? Ja, was denn, und du? Wo er anfängt, hast doch du schon aufgehört. Oder meinst du, er wär für dich da? Ja auch, 's kein Mensch für sich allein da. Aber 's ist doch jeder Mensch zuerst für sich da."

„Ich versteh euch nit, Lisbeth."

„Du hast was angefangen, Klar, führ's aus. Das ist, was du von dei'm Buben hast. Weiter gar nichts. Rechnen nit auf später. Du hast was angefangen, du hast's ausgeführt. Kein Mensch lohnt und dankt dir's — aber deshalb gilt's doch, was es gilt. Und dann trag, was es mit sich bringt. Ärger, Kummer, Feindschaft, Herabsetzung. Es is natürlich in unserer engen Gass' was Besonderes — und auch für Leut wie uns — wenn's aber nichts Besonderes wär, so hättst du auch nichts dabei zu ertragen — und den Leuten täßt nit zählen — und der Philipp tät in der Letterkaut stehen und wüßt nit weiter und wollt nit weiter."

„Ihr meint, Wahern?"

„Ja, ich mein. Nur nit gleich ein Verdienst und Dankesmich haben wollen. Wenn man das will, kriegt man's nie. Was man tut, das tut man, weil man's so will und weil's ei'm freut. Weil man selbst eine Freud dran hat. Man muß an allem in der Welt eine Freud haben. Dann geht einem die Welt gar nichts mehr an. Dann kann man ganz still für sich sein. Und dann hat man alles und braucht gar nichts zu erwarten."

„So meint Ihr?"

„Ja, Klar."

„Und 's wär gut so?"

„Es is ganz natürlich so. Es tut ei'm freilich weh, wenn einer was Besseres will, als man selber ist. Aber man muß doch seine Freud dran haben."

„Na, wenn Ihr meint," sagte die Klar. Dann ging sie und behielt nur, daß sie sich freuen sollte. Das sagte sie sich beständig vor. Da war's ihr wirklich, als wär's ihr ganz hell. So ein bißchen wie Sonntag draußen im Feld. Wenn's so still ist. Grad als ob der liebe Herrgott selber sich am Bach an einen Weidenstumpf gesetzt hält und guckte dem Wasser zu und hätt seinen Spaß dran, wie's läuft.

Als am Nachmittag dieses Tages der Philipp von der Schule heim durch die Gasse ging, stand die Lisbeth an ihrem Hoftörchen und wartete auf ihn. Sie hielt einen großen Milchtopf in der Hand. Sie fragte den Philipp, ob er ihr Milch holen möchte.

Er wurde rot. Und er betrachtete den großen Topf, den man beim Tragen gar nicht verbergen konnte. Er hätte gern nein gesagt. Aber er sagte doch ja. Er nahm den Topf und ging. Zum Schnellbachs Michel. Auch noch.

„Nit wo anders?"

„Nein," rief ihm die Lisbeth nach, „dort hab ich die Milch bestellt."

Sie ging ins Haus und schmunzelte.

Als der Philipp zurück kam, sah sie ihn freundlich an.

„Gelt," fragte sie, „hast's nit gern getan?"

„Nit beis Schnellbachs Michel."

„Er kann dich nit leiden?"

„Er ist ein Esel. Ein dummer Bauer."

„Aber gebissen hat er dich nit?"

„Nein."

„Hast ihm grad in die Augen gesehen?"

„Ganz grad."

„Er veracht dich, weil du arm bist — du verachtst ihn, weil er dumm ist. Willst du da noch was heraus haben?"

„Weil er ein Esel ist, und ich nur arm bin!"

„Das gibt dir kein Recht mehr, weil's eine Unrecht ist wie's andere. Nur — du mußt zeigen, daß er Unrecht hat. Du mußt was Tüchtiges lernen und leisten, und nit hochmütig dabei werden. Denn Hochmut ist Dummheit."

„Ich bin aber nit hochmütig."

„Du hast aber auch noch nichts den anderen Leuten voraus. Wer was voraus hat, das ist nur deine Mutter, die ihr [illegible]"

Der Philipp sah sie mit großen Augen an. Sie beugte sich auf ihrem Stuhl ein wenig vor und stützte die beiden Arme auf den gerade und steif hingestreckten Holzfuß.

„Ja, deine Mutter, Bub, siehst du, die darf stolz sein. Was die tut, tut keine andere. Und was die will, will keine andere. Darum sollst du auch stolz sein auf sie. Das ist kein Hochmut, das ist richtiger Stolz. Und wenn du so viel einmal geleistet hast, wie sie jetzt für dich tut, dann darfst du auch stolz auf dich selbst sein. Stolz muß jeder Mensch haben. Aber Hochmut kommt vorm Fall."

Und sie nahm seine Hand und sagte ihm, wie seine Mutter arbeite für ihn und wie sie's gut meine mit ihm, und wie er nicht von oben herab auf sie sehen dürfte, wenn er nun auch schon mehr gelernt habe, wie sie, und nicht verschaffte Hand habe, wie sie, und bessere Kleider trüge, und all das. Wie er lieb zu ihr sein müßte und sie achten müßte und gern bei ihr sein müßte.

Nicht zu viel Worte. Dann brach sie ab. Sie nahm seine Hand.

„Gelt," sagte sie, „es hat dich doch geniert, mit dem großen Milchtopf über die Straße?"

Er lächelte verlegen, und dann nickte er.

„Hast dich für zu fein dafür gehalten?"

Er antwortete nicht.

„Aber man ist zu keiner Arbeit zu fein, wenn sie ehrlich ist. Und was wir auch tun, der eine dies, der andere das — es ist all notwendig. Denk nur, 's tät mal jemand ganz aufhören, seine Arbeit wär ihm zu gering. Denk alle Ziegeler. Dann tät's uns bald an den Dächern hereinregnen. Und wir könnten sehen, was die Ziegelerarbeit wert ist."

Er lächelte.

„Nit überheben, Bub. Nit über die Menschen, nit über ihren Stand. Und was man tut, ganz offen und grad und ehrlich tun. Dann kann ei'm niemand verachten. Was dir die Gass' einmal is, die kleinen Häuschen hier und die geringen Leut, später, das kannst noch gar nit wissen. Wer weiß, was die dir all mal gelten — und wer weiß, ob du was Schöneres noch findst, als du jetzt hast. Vergiß nit, daß du dazu gehörst. Dann stoßen sie dich nit ab, wenn du sie nötig hast. Und man weiß nie, ob man nit auch den Geringsten einmal nötig hat."

Damit entließ sie ihn. Seine Gedanken gingen einen seltsamen Weg — Krafft — Lisbeth — Lukas — Dukas — Schlüssel — Eulenmühle — Krafft — und dann war er auf einmal bei der Mutter. Und dann war er auch zu Hause. Er legte seine Bücher ab und setzte sich an den Tisch, seinen Kaffee zu trinken. Die Mutter wollte hinausgehen. Er rief sie zu sich und bat sie, sich an den Tisch zu setzen. Und er erzählte ihr. Von der Schule. Zwischen das Kauen und Trinken hinein. Und dann zeigte er ihr mit dem Zirkel, wie man ein Fünfeck in den Kreis legt. Er schlug noch einen größeren Kreis um den erst gezogenen. Dann zog er im Fünfeck die Diagonalen. Die Mutter guckte ihm verwundert zu. Dann nahm er seine Farbstifte und legte den Stern mit Farben an. Die sieben Regenbogenfarben. Und als er fertig war, reichte er's der Mutter hin.

„Da, Mutter, das ist für dich!"

„Was soll ich damit?"

„Dann hängen wir's auf!"

Und er heftete die Zeichnung an die Wand.

Dabei gingen seine Gedanken beständig ihren Weg hin und her — und kehrten immer wieder zur Mutter zurück. Dann sah er sie an. Aber er kam nicht dazu, sich über seine Empfindung eine Rechenschaft zu geben.

Die Mutter war verlegen, sie lächelte halb wehmütig, halb freudig. Und auf einmal tropfte eine Träne aus ihren Augen. Sie schämte sich der Rührung und schneuzte sich.

Auf einmal sagte der Philipp: „Mutter, ich mach jetzt meine Aufgaben und bleib dann daheim. In der Eulenmühle können sie mal ohne mich spielen."

„Wenn du hingehen willst —"

„Nein, ich bleib heut bei dir."

„Was hast du bei mir?"

„Na, halt —"

Er blieb dann still, bis auf einmal die Mutter sagte:

„Ja, tu's, bleib mal daheim heut."

Und so geschah's. Der Philipp besuchte zwar in Zukunft seine Freunde wie früher — aber es war etwas anders geworden. Die Mutter war eingeschaltet in diese Besuche. Das spürte sie, obgleich es nie zwischen ihnen gesagt worden. Und auch der Philipp spürte es, ohne darüber klar zu sein. Aber es war schöner so.

Die Klar sah wieder nach dem hellen Giebel der Eulen- [illegible] ... Wahrheit gesagt hatte — und es ist doch zu schön, sie zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Die Vollendung von Klingers Totentanz

Max Klinger hat seinen großen Radierungszyklus Vom Tode II mit drei soeben im Handel erschienenen Blättern abgeschlossen. Ein Vierteljahrhundert liegen die Anfänge des großen Werkes zurück. Das im Entwurf wahrscheinlich älteste Blatt trägt heute den Vermerk: 1885 April 1889. Den ersten Zyklus hatte Klinger in Rom 1889 abgeschlossen und erscheinen lassen; gleichzeitig und kurz danach entstanden die im Format und Inhalt größer angelegten Blätter des zweiten Teils. Trugen die Blätter des ersten Teils mehr novellistischen, das alte Totentanzthema mit modernen realistischen Zügen variierenden Charakter, worüber eigentlich nur das monumentale Schlußblatt: Der Tod als Heiland, durch die Größe der Idee hinausragte, so ist der zweite Teil von vornherein mehr aus allegorisch-visionären Vorstellungskreisen geschöpft und trägt einen ganz anderen Stilcharakter. In ungehemmter Weise überließ sich hier Klinger seinen literarisch-philosophischen Ideen, die in anderen Werken, zumal der späteren Zeit, sein malerisches und plastisches Empfinden oft auf Abwege geleitet haben. In der Griffelkunst, die von jeher der Aussprache tiefer Gedanken gedient hat, fand der Künstler das geeignete Feld, seine dichterisch empfangenen Phantasien und denkerisch gefundenen Ideen über Tod und Menschenschicksal zum Ausdruck im Bilde zu bringen. Er sieht den Tod als die Vernichtung, aus der doch neues Leben keimt; Krieg, Krankheit, Elend vermögen die Menschheit nicht zu vertilgen, die sich mit einem stolzen „Und doch!" aus dunklem Tale ins ewig neue Sonnenlicht emporreckt, aber vor der unergründbaren Größe der Natur erschauernd ihr Gebet „An die Schönheit" stammelt.

Die drei neu vollendeten Blätter: Der Herrscher, Der Philosoph, Der Krieg, sind zum Teil schon in den Anfängen des ganzen Zyklus entworfen. Der Herrscher eröffnet sich am wenigsten unmittelbar dem Verständnis und ist auch technisch und in Hinsicht der Raumkomposition am wenigsten befriedigend. Die nicht allzu majestätisch aussehende Gestalt des Königs, dem der Tod im Wickelformat liegend auf einem Kissen die Insignien der Macht überreicht, scheint vom Jubelruf der Soldaten angetrieben zu werden, entgegen der Abmahnung der vor ihm hoch aufgerichteten Gemahlin und der höfischen Umgebung des jungen Gebieters, sich für Krieg und Eroberungszug zu entscheiden. Daß auf dem anderen Blatte der Krieg durch Napoleon, der inmitten seiner auf der Flucht verwirrten Heerscharen reitet, symbolisiert wird, liegt nahe und ist leicht verständlich. Zum Ueberfluß aber liegt im Hintergrund der seltsam stilisiert anmutende, schwerfällige Kriegsgott, einen Reiserbündel über den Knien, hingestreckt auf verwüsteten Städten und Ländern. Mit der Geschlossenheit dieser Gestalt (die an den Mars im rechten Seitenbild des Christus im Olymp erinnert) verbindet die dramatische Lebendigkeit des Vordergrundes mit dem sich aufbäumenden Pferde und dem Knäul fliehender Soldaten.

Diese beiden Blätter stehen in der Strichelmanier der Ausführung, in der kleinlichen Durchführung der Einzelheiten, in ihrer ganzen Formensprache dem früheren Stile der Klingerschen Griffelkunst nahe und vermögen nicht unmittelbar den Betrachter zu ergreifen, sondern erhalten Sinn und Tiefe erst aus dem Zusammenhange des Gedankens in der ganzen Folge. Ein Blatt aber, das in voller Größe für sich bestehen kann und meinem Gefühl nach sich den besten und tiefsten Griffelschöpfungen Klingers einreiht, ist Der Philosoph. Es scheint bestimmt, das früher veröffentlichte Blatt des gleichen Motivs zu ersetzen, auf dem der Philosoph als ungeschickter Gelehrter auf dem Eis eines Gletschers ausgerutscht daliegt und nach der verlorenen Brille sucht. Der bissige und ironische Humor dieses Blattes schädigte etwas die Größe des Gedankens, den das Thema für sich beanspruchen darf, während die neue Konzeption als ein großes und würdiges Sinnbild wirkt.

An der Leiche eines Weibes steht ein Mann und tastet vorsichtig hinauf an die Wand des Raumes, die als endlose Spiegelfläche sein nacktes Bild wiedergibt. Da tastet beim ersten Erschauen des tiefsten Rätsels, des Todes, der Mensch nach der Lösung und findet sie nur in einem virtuellen Bilde, nur im Widerschein des eigenen Denkens, dem nichts Wirkliches entsprechen mag, nur in einem Reflex seines Hirnes, der ihm vorspiegelt, die Erklärung der Welträtsel zu bedeuten. Im Grunde findet der philosophierende Mensch nur immer sich wieder bei dem Versuche, die Welt um sich herum durch Denken zu begreifen. „Daß wir nichts wissen können", dieser Verzweiflungsschrei Fausts scheint aus dem eindrucksvoll und groß erdachten Bilde zu tönen.

Auch technisch zeigt dieses Blatt ganz andere Werte. Es ist flächig mit tiefen Tönen behandelt, voll einer dämmerigen Verteilung von Licht und Schatten, die eine ahnungsvolle, geheime Stimmung erzeugt. Jedes kleinliche Detail ist vermieden und das Zeichnerische hält sich in scharfen, sicheren Formen und Linien. Es steht in dieser Art ziemlich vereinzelt im ganzen Zyklus, technisch am ehesten vielleicht mit dem Blatte „Und doch!" verwandt. Seinem Gehalte nach dürfte es zu den gedankenvollsten und zugleich am reifsten malerisch erdachten Radierungen Klingers gehören.

Seine Griffeldichtung verlangt nun einmal ein liebevolles

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191. | Dresden, Freitag den 19. August 1910. | 21. Jahrgang.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer.

(Fortsetzung.)

Volksschullasten.

Immer unerträglicher wird der Druck der Volksschullasten in den ärmeren Gemeinden; sie brechen fast darunter zusammen und können doch nicht das Nötigste für ihre Schulen aufbringen. Dieser Krebsschaden im sächsischen Volksschulwesen, der nicht nur die Gemeindefinanzen gefährdet, sondern auch die Entwicklung des Volksschulunterrichts lähmt, veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion, einen Vorstoß gegen diese unhaltbaren Zustände durch folgenden Antrag zu unternehmen:

Die Kammer wolle beschließen:

1. Die Regierung zu ersuchen dem nächsten Landtage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach die Staatsunterstützung für die Volksschulen unter Wegfall der jetzigen Zuwendungen nach folgenden Grundsätzen geregelt wird:
   1. Jede Gemeinde hat einen Betrag in Höhe von 25 Prozent des Staatseinkommensteuersolls ihrer Einwohner für die Volksschulen selbst aufzubringen; den darüber hinausgehenden Aufwand hat der Staat zu übernehmen.
2. Die Erhebung von Schulgeld ist den Gemeinden nicht mehr gestattet.

Durch Verwirklichung dieses Antrags wäre eine völlige Beseitigung der harten Ungerechtigkeit erreicht worden, die die verschiedene Belastung der Gemeinden durch ihre Volksschullasten darstellt. Jetzt müssen arme Arbeitergemeinden bis zu 300 Prozent und darüber ihres Staatseinkommensteuerbetrages für die Volksschulen aufbringen, reiche Gemeinden dagegen nur 15 bis 50 Prozent. Diese krasse Ungerechtigkeit, die in vielen Gemeinden schwer empfunden wird, sollte durch den Antrag vor allen Dingen beseitigt werden. Wenn sich die Fraktion darauf beschränkte, verzichtete sie selbstverständlich nicht auf die anderweiten Schulforderungen, wie Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Schulkinderspeisung, Beseitigung der Prügelstrafe und des Religionsunterrichts in den Schulen. Diese Forderungen sind in der letzten Session beim Volksschuletat durch den Genossen Nitzsche ebenfalls vertreten und geltend gemacht worden, doch werden sie zweckmäßiger in Form von Anträgen erst bei der Beratung der in Aussicht gestellten Volksschulreform eingebracht werden.

Der Antrag wurde in der Sitzung am 19. April durch die Genossen Lange und Nitzsche begründet, wobei die heutigen unhaltbaren Zustände beleuchtet und die Wirkung des Antrags durch Beispiele illustriert wurde. Kultusminister Dr. Beck beschäftigte sich sehr eingehend und zum Teil auch sachlich mit dem sozialdemokratischen Antrage und der Begründung, die Genosse Nitzsche schon bei der Beratung des Volksschuletats dafür beigebracht hatte. Dabei versuchte er, die Kammermehrheit vor allem mit der „gewaltigen Steigerung der Ausgaben“ und der Vermehrung der Beamten grausig zu machen. Sogar die Beeinträchtigung der Gemeindeautonomie auf dem Gebiete des Schulwesens malte er an die Wand. Dann warnt der gelehrige Schüler Rügers vor einer Ueberlastung der Einkommensteuer auf Kosten der besitzenden Klasse und malt den Popanz der aus dem Lande flüchtenden reichen Steuerzahler an die Wand. Das letztere Argument zerpflückte Genosse Fleißner in nichts, während Genosse Nitzsche dem Minister die Rückständigkeit seines Standpunktes in dieser Frage vor Augen führte.

Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten neben unseren Genossen nur die Freisinnigen; er wurde daher, da er in sofortige Schlußberatung genommen worden war, ohne Deputationsberatung mit 46 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Die Konservativen und Nationalliberalen haben dadurch bewirkt, daß sie gemeinsam mit der Regierung den ärgsten Krebsschaden im sächsischen Gemeinde- und Schulwesen, die Ueberlastung der ärmeren Gemeinden mit Ausgaben für den Volksschulaufwand, ungemildert bestehen lassen wollen.

Wahlrecht und Beseitigung der Ersten Kammer.

Unmittelbar nach Zusammentritt des Landtags brachte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag ein:

Die Kammer wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen, noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre an mit Anwendung des Verhältniswahlsystems eingeführt wird.

Dieser Wahlrechtsantrag ist nicht zur Beratung gekommen. Der Grund ist in der verfrühten Festsetzung des Landtagsschlusses durch die Regierung zu suchen, wodurch sich in den letzten beiden Monaten die Arbeiten so häuften, daß von uns alles aufgeboten werden mußte, die sozialpolitischen Anträge, die der Rechenschaftsdeputation überwiesen worden waren, zur Erledigung zu bringen. Zu Beginn des Landtags aber lag zu energischen Mahnungen an das Direktorium, wo wir ja auch keine Vertretung hatten, kein Anlaß vor. Zur Zeit aber, wo der Wahlrechtsantrag eine verspätete Sache wurde, fanden unsere Erinnerungen aus dem schon angeführten Grunde keine Berücksichtigung mehr.

* * *

Die von freisinniger und nationalliberaler Seite gestellten Anträge auf eine Reform der Ersten Kammer wurden von uns mit Einbringung folgenden Antrags beantwortet:

Die Kammer wolle beschließen:

die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, der Ständeversammlung noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Erste Kammer aufgehoben wird.

Er kam gleichzeitig mit den von nationalliberaler und freisinniger Seite gestellten Anträgen am 17. Februar 1910 zur Vorberatung. Von den beiden anderen Anträgen forderte der freisinnige eine Vertretung aller größeren Berufsgruppen in der Ersten Kammer, während die Nationalliberalen vor allem für Industrie, Handel und Gewerbe ein ihrer Bedeutung entsprechendes verfassungsmäßiges Recht auf Vertretung forderten.

Wir beschlossen, von vornherein gegen beide Anträge zu stimmen, die nur eine Reform der Ersten Kammer verlangten, doch wandten wir uns nicht gegen die Ueberweisung sämtlicher Anträge an die Gesetzgebungsdeputation.

Bei der Vorberatung vertraten die Genossen Fleißner und Riem den sozialdemokratischen Standpunkt, indem sie darauf hinwiesen, daß die Erste Kammer wie die ganze sächsische Verfassung veraltet sei. — Die Regierung äußerte sich unentschieden zu dem nationalliberalen Antrage, er könne höchstens so weit verwirklicht werden, wie das die Regierung schon 1905 durch ihren damaligen Gesetzentwurf angestrebt habe. Der freisinnige Antrag wurde kaum erwähnt und der sozialdemokratische als in Widerspruch zur Verfassung stehend bezeichnet und daher als undiskutabel abgelehnt; daß die Verfassung auch geändert werden kann, daran schien der Minister Vitzthum v. Eckstädt in diesem Augenblick nicht gedacht zu haben.

In der Gesetzgebungsdeputation legte die Regierung durch den Minister des Innern ihren ablehnenden Standpunkt wiederholt dar. Sie müsse erst abwarten, was bei der Sache überhaupt herauskomme. Doch scheiterte die ganze Geschichte schon daran, daß für keinen der Anträge eine Mehrheit zustande kam, weil gegen den sozialdemokratischen Antrag geschlossen Nationalliberale und Konservative stimmten, der nationalliberale Antrag aber gemeinsam von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Konservativen abgelehnt wurde, gegen den freisinnigen Antrag aber außer dem einen Freisinnigen die Vertreter aller Parteien stimmten. Die Sozialdemokraten folgten dabei der Erwägung, daß sie nicht die Reform einer Ersten Kammer hindern könnten, deren Beseitigung sie auf Grund des Programms fordern müssen.

So verlief der Versuch, eine Reform der Ersten Kammer herbeizuführen, wie das Hornberger Schießen.

Maßregelung der Chemnitzer Eisenbahner.

Am 19. März hatte die Betriebsdirektion der Staatsbahn in Chemnitz 13 Eisenbahner entlassen, weil sie eine Versammlung besucht hatten, in der der Landtagsabgeordnete Wirth über den Eisenbahnetat referierte. Die Entrüstung darüber war nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch in anderen Bevölkerungskreisen allgemein. Dieser terroristische Akt war zugleich auch eine Provokation der linken Seite der Zweiten Kammer, die kurz zuvor die Maßregelung durch die Staatsbahnverwaltung anläßlich einer Petition entlassener Werkstättenarbeiter einer scharfen Kritik unterzogen und volle Koalitionsfreiheit auch für die Eisenbahnangestellten gefordert hatte. Durch folgende Interpellation brachte die sozialdemokratische Landtagsfraktion diese Maßregelung im Landtage zur Erörterung:

1. Ist der Königlichen Staatsregierung bekannt, daß am Sonnabend den 19. März 1910 von der Staatsbahnverwaltung in Chemnitz dreizehn Eisenbahnwerkstättenarbeiter plötzlich die Entlassung erhielten, weil sie an einer öffentlichen Versammlung der Eisenbahnarbeiter teilgenommen haben?
2. Was gedenkt die Königliche Staatsregierung zu tun, um ihre Angestellten in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu schützen?

Genosse Sindermann begründete die Interpellation und geißelte scharf das provokatorische Verhalten der Staatsbahnverwaltung. — Der Finanzminister Dr. Rüger verfocht auch bei dieser Sache wieder den alten reaktionären Standpunkt. Er bestritt, daß die Eisenbahner ein Koalitionsrecht hätten. Der Besuch jener Versammlung sei den Eisenbahnarbeitern und -angestellten verboten worden. Die Zuwiderhandlung sei grober Ungehorsam gewesen, der nur mit Entlassung gesühnt werden konnte. Lebhafte Entrüstung, die durch kräftige Zwischenrufe zum Ausdruck kam, löste diese Erklärung, die wie eine neue Provokation wirkte, aus.

Bei der Besprechung der Interpellation kamen die Nationalliberalen nach einem sonderbaren Eiertanz zu einer Billigung der Maßregelung. Die Konservativen verteidigten durch Opitz das Schwingen der Hungerpeitsche durch die Staatsbahnverwaltung bedingungslos. Von den bürgerlichen Vertretern mißbilligten nur die Freisinnigen die Chemnitzer Maßregelung. Ihr Redner, Dr. Roth, bemerkte unter anderem, der 19. April sei für die Staatsbahnverwaltung ein unglücklicher Tag gewesen.

Den Terrorismus des Finanzministers und das Verhalten der Nationalliberalen und Konservativen kennzeichnete Genosse Fleißner in längeren Ausführungen scharf. Darauf erwiderte der Finanzminister kurz; dabei kündigte er gleichzeitig an, daß durch einen Nachtragsetat unter anderem über 3 Millionen Mark für Lohnerhöhungen an die Eisenbahner gefordert würden. Damit wollte die Regierung offenbar den Unwillen der Bevölkerung über die Chemnitzer Maßregelung paralisieren. Die Bereitstellung der Mittel ist später auch, wie an anderer Stelle noch erwähnt, erfolgt. So ungenügend die Zulage auch ist, es wäre auch das Wenige ohne das Vorgehen der Sozialdemokraten, die die ungenügende Bezahlung der Eisenbahner mehrfach beleuchteten, wohl kaum gewährt worden.

Bauarbeiteraussperrung.

Die am 15. April von den organisierten Bauunternehmern inszenierte Bauarbeiteraussperrung, die in Sachsen besonders scharf durchgeführt wurde, gab der Fraktion Veranlassung, eine Interpellation in der Zweiten Kammer einzubringen.

Kurz vor Schluß des Landtags, am 11. Mai, kam die Interpellation zur Verhandlung. Genosse Castan, der sie begründete, kennzeichnete die Aussperrung als eine brutale Machtprobe des Unternehmertums.

Für die Regierung erklärte der Minister des Innern, Graf Vitzthum, die Regierung werde, wenn die Parteien an sie heranträten, gewissenhaft prüfen, ob die Ermittlungen Erfolg hätten. Was die Arbeiten auf Staatsbauten anbelange, so sei der Regierung noch kein Fall bekannt, daß die Verträge nicht eingehalten oder um Vertragsverlängerung nachgesucht worden wäre. Sollte das eintreten, werde die Regierung gewissenhaft prüfen, ob eine Nachfrist bewilligt werden solle. Man war also unter Umständen auch bereit, dem aussperrenden Unternehmertum entgegenzukommen.

Sonstige Anträge und Interpellationen.

In großer Zahl haben Freisinnige Anträge eingebracht, aber auch die Nationalliberalen und Konservativen sind in dieser Hinsicht nicht untätig geblieben. Es können jedoch hier die Anträge der anderen Parteien in der Hauptsache nur insoweit behandelt werden, wie die sozialdemokratische Fraktion dazu Stellung genommen hat.

Einige dieser Anträge und Interpellationen, wie der über die Aufnahme einer Statistik über die letzten Landtagswahlen, die Schiffahrtsabgaben, die Reform des Beamtenrechts und Vereinfachung der Staatsbahnverwaltung, riefen keinerlei Meinungsverschiedenheiten wach. Der Antrag für Reform der gesamten Verwaltung zeitigte insofern Differenzen, als die Erste Kammer sich dagegen aussprach, daß Männer aus allen Parteien in den Ausschuß berufen werden sollten. Im Einigungsverfahren zwischen der Ersten und Zweiten Kammer kam eine Einigung über den Wortlaut zunächst nicht zustande, weil die sozialdemokratischen Vertreter auf einer Form des Beschlusses bestanden, die auch eine Berufung von Sozialdemokraten in den Ausschuß garantiere. Der Antrag erhielt sodann eine Fassung, wonach die Berufung in den Ausschuß ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit erfolgen sollte, doch erklärten die der Gesetzgebungsdeputation angehörenden Genossen, die an den Einigungsverhandlungen beteiligt waren, diese Fassung für zu unbestimmt. Schließlich gab der Minister des Innern v. Vitzthum eine Erklärung zu Protokoll, die besagt, die Regierung würde sachverständige Personen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit in den Ausschuß berufen, auch wenn sie der sozialdemokratischen Partei angehören. Da mehr nicht zu erzielen war, mußten sich unsere Genossen damit bescheiden. Es muß abgewartet werden, in welcher Weise die Regierung ihre Zusage verwirklicht.

Ein Antrag der Nationalliberalen forderte die Aufhebung des Epiphaniasfestes. Dafür erklärte sich der größte Teil der Konservativen und die Freisinnigen, die sozialdemokratische Fraktion nahm jedoch eine ablehnende Haltung ein, weil sie sich nicht damit einverstanden erklären konnte, daß den Arbeitern ein Ruhetag ohne jeden Ersatz weggenommen wird. Die Regierung nahm vorwiegend aus kirchlichen Gründen eine ablehnende Haltung zu dem Antrage ein.

Ein von freisinniger Seite gestellter Antrag (Brodauf) forderte eine Aenderung der Bestimmungen über die Ruhe an Sonn- und Feiertagen und über die geschlossenen Zeiten. Durch die jetzigen gesetzlichen Vorschriften werden besonders Saalinhaber und Musiker benachteiligt, weil danach an Abenden vor Sonn- und Feiertagen alle Vergnügen um 12 Uhr nachts beendet und mehrere Wochen vor Ostern und Weihnachten überhaupt keine solchen Veranstaltungen stattfinden dürfen. Der Antrag bezweckte eine Einschränkung der sogenannten geschlossenen Zeiten und eine längere Ausdehnung der Vergnügungen an Sonnabenden zu ermöglichen. Die Sozialdemokraten bekundeten durch den Genossen Fräßdorf, daß sie den Anträgen nicht nur zustimmen, sondern überhaupt eine Beseitigung der geschlossenen Zeiten forderten. Bei den Deputationsberatungen wurde auch ein dahingehender Antrag von unserer Seite gestellt, aber abgelehnt. Unsere Genossen stimmten sodann für die weitgehendsten Anträge, wonach die Vergnügungen an Sonntagen bis früh 6 Uhr ausgedehnt und die geschlossenen Zeiten zu Ostern auf eine Woche und zu Weihnachten auf die Zeit vom 21. Dezember bis 1. Weihnachtsfeiertag beschränkt werden sollten. Für den ersten Teil des Antrags bildeten Sozialdemokraten, Nationalliberale und Freisinnige eine Mehrheit gegen die Konservativen, die die Vergnügungen an Sonnabenden nur bis 2 Uhr ausgedehnt wissen wollten. Bei der Schlußberatung, wobei Genosse Niem den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat, wurde der Mehrheitsantrag zwar angenommen, später aber von der Ersten Kammer auf den der konservativen Minderheit reduziert.

Ein ebenfalls von den Freisinnigen herrührender Antrag forderte eine Entfernung der unsozialen Bestimmung aus dem Feld- und Forststrafgesetz. Bei der Vorberatung dieses Antrags übte Genosse Uhlig an dem Feld- und Forststrafgesetz eingehend scharfe Kritik und wies nach, daß es den agrarischen Sonderinteressen entsprechend gestaltet worden sei und sich gegen die ärmere Bevölkerung richte. In der Gesetzgebungsdeputation, der der Antrag überwiesen wurde, kam eine aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit für Aufhebung des Waldverbots zustande, während die Konservativen gegen jede Aenderung dieses agrarischen, volksfeindlichen Gesetzes waren und lediglich Erhebungen angestellt wissen wollten. Ein sozialdemokratischer Antrag, der auch das Einsammeln von Beeren, Pilzen und anderen Waldfrüchten freigeben wollte, wurde sowohl in der Deputation wie bei der Schlußberatung im Plenum abgelehnt. Die Regierung nahm einen glatt ablehnenden Standpunkt gegen alle Abänderungsanträge ein, auch die Erste Kammer lehnte alles, auch den Beschluß der Zweiten Kammer, ab, wonach das Waldverbot aufgehoben und Beerensammeln nur dann bestraft werden sollte, wenn dabei wissentlich gegen ein Verbot gehandelt werde. Dabei war der ganze Antrag ohne ein Ergebnis gezeitigt zu haben, an dem von agrarischen Wünschen beeinflußten Widerstande der Konservativen, der Regierung und der Pairs gescheitert.

Der Mittelstandsköderung dienten zwei konservative Anträge, die auch von Nationalliberalen und Freisinnigen unterstützt und angenommen wurden. Nach dem ersten wurde 1 Million für die gewerblichen Genossenschaften gefordert, durch den zweiten 20 000 M. für eine Submissionszentrale, einer phantastischen Idee des Mittelstandsbundes. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte beide Anträge ab.

Neben dem schon an anderer Stelle behandelten Antrage auf Einsetzung von Ausschüssen für Arbeiter und Beamte im Staatsdienste, der schon an anderer Stelle behandelt worden ist, hatten die Freisinnigen auch einen Antrag eingebracht, wodurch die Mitwirkung von Arbeitern bei Ausübung der Gewerbeinspektion gefordert wird. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte durch den Genossen Heldt ihre Zustimmung zu dem Antrage, der der Rechenschaftsdeputation überwiesen wurde, die einen Antrag an die Kammer brachte, wonach die Regierung ersucht wird, den 1912 an die Anzahl der Gewerbeinspektionsbeamten in der Weise zu vermehren, daß für jeden kreishauptmannschaftlichen Bezirk möglichst zwei aus dem Arbeiterstande zu entnehmende Hilfskräfte angestellt und daß diese neuen Hilfskräfte den gewerbetechnischen Räten bei den Kreishauptmannschaften unterstellt werden, sowie die dafür nötigen Mittel im nächsten Staatshaushaltetat einzustellen, ferner für den Fall, daß nochmals eine Vermehrung der Gewerbeinspektionsbeamten erfolgt, weitere neue Hilfskräfte auch aus dem Arbeiterstande zu entnehmen.

Genosse Linke vertrat als Mitberichterstatter die Forderung, der Arbeiterschaft das Vorschlagsrecht für die zu wählenden Arbeiter-Assistenten einzuräumen. Auch die Arbeiterinnen müßten berücksichtigt werden. Ferner sei die Anstellung von Gewerbeärzten in Sachsen dringend nötig. — Der Konservative Schreiber erklärte zwar, daß seine Partei dem Antrage sympathisch gegenüberstehe, doch schlug er gleichzeitig ein Lamento darüber an, daß heute der Betriebsunternehmer der meist beaufsichtigte Staatsbürger sei. Der Nationalliberale Dr. Löbner, der Chemnitzer Oberbäckermeister Biener und der konservative Fabrikdirektor Hofmann eiferten gegen den Antrag der Deputation und gegen jede Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbeinspektion. Ihnen dienten die Genossen Heldt Fräßdorf, Riem und Linke. Schließlich wurde der Deputationsantrag mit 39 gegen 22 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten mehrere Nationalliberale sowie die Konservativen außer den Abgeordneten Dr. Spieß, Schreiber, Schönfeld und Sieber.

Alljährliche Landtagstagungen forderte ein freisinniger Antrag. Er wurde schließlich abgelehnt, da nur Freisinnige und Sozialdemokraten geschlossen dafür eintraten.

Schließlich seien noch zwei freisinnige Interpellationen erwähnt. Eine davon betraf die hohen Fleischpreise.

Den Anlaß zu der zweiten freisinnigen Interpellation hatte das Vorgehen des Amtsrichters Schmidt in Oelsnitz gegeben, der in einem Prozesse einen Einwohner aus Schöneck bei einer zeugeneidlichen Vernehmung danach gefragt habe, wem er bei der Wahl seine Stimme gegeben, und für den Weigerungsfall das Zeugniszwangsverfahren in Aussicht gestellt hatte. Das Verhalten dieses Amtsrichters in diesem Falle wie bei anderen Anlässen beleuchtete Genosse Müller. Der Justizminister verschanzte sich hinter eine Reichsgerichtsentscheidung, auf die sich der Oelsnitzer Amtsrichter bei seinem Verstoße gegen das Wahlgeheimnis stützen könne.

(Fortsetzung folgt.)

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.

k. Hamburg, 17. August 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Geschäftsbericht füllte auch noch einen Teil der heutigen Sitzung aus. Die Ausführungen der Redner bewegen sich in demselben Rahmen wie gestern. An der Tätigkeit des Vorstandes werden wie in der vorausgegangenen Diskussion im allgemeinen keine Ausstände gemacht. In der Tariffrage — Abkommen der Hauptvorstände — kommen auch wieder verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Die große Mehrheit der Delegierten dürfte aber mit der Stellung des Vorstandes in der Tariffrage voll einverstanden sein. Der von dem Wiesbadener Delegierten ausgesprochene Wunsch auf Anstellung einer weiblichen Agitationskraft hat sich unterdessen zu einem zahlreich unterstützten Antrag verdichtet. Weitere während der Debatte eingegangene Anträge verlangen, daß der Vorstand beauftragt wird, mit dem Abav in Verhandlungen zu treten, um die Frage des Heimarbeiterzuschlages und der Lieferung der Zutaten einheitlich zu regeln; daß der Vorstand ferner recht bald eine Konferenz der Wäschearbeiter einberuft, damit diese die Taktik sowie die Grundzüge zwecks Erlangung einheitlicher Tarifforderungen usw. aufstellt; weiter soll, wie im Herbst 1908, eine allgemeine Agitationstour mit vorhergehender Flugblattverbreitung in die Wege geleitet werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100819/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Durch Schlußantrag wurde die Debatte schließlich geschlossen.

In seinem Schlußwort ging Stühmer ausführlich auf die erhobenen Einwände ein. Ein Schiedsspruch könne nicht allen Wünschen Rechnung tragen, daß jede Filiale mit ihm zufrieden sei, werde man nie erleben. Man dürfe nicht vergessen, daß zwei Parteien um jede einzelne Position ringen. Der Schiedsspruch sei eine Einigung auf der mittleren Linie, man könne da nicht von Diktatur reden. Tarifverträge müßten unter allen Umständen gehalten werden. Es gehe nicht wie die Stuttgarter zu sagen, die Unternehmer haben die Verträge schon oft gebrochen, da können wir dies auch tun. Da schließen wir lieber keine Tarife ab. Freilich, wenn die Unternehmer an einem Orte wiederholt den Tarif brechen, dann können die dortigen Kollegen erklären, der Vertrag gilt nun für uns nicht mehr, er ist aufgelöst. Das muß aber gleich geschehen! Bezüglich der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen wird der Vorstand mit dem Abab in Unterhandlung treten, dieser werde wohl mit sich reden lassen. Stühmer besprach dann die Furnituren- und Betriebswerkstättenfragen. Er bittet, sich in diesen Punkten nicht durch Beschlüsse festzulegen. Redner wendet sich auch gegen die Wünsche auf Abschaffung des Gauleiter- und Einführung des Bezirksleitersystems. Man solle höchstens einige Gaue teilen.

Dann gab noch Frau Lippa-Wien, die Vertreterin der österreichischen Wäschearbeiter und -arbeiterinnen — der durch den Schlußantrag vorher das Wort abgeschnitten war —, ein interessantes Bild der Verhältnisse in der Wäscheindustrie, die zu wenig bekannt seien. In warmen Worten trat sie sehr wirkungsvoll für die Anstellung einer weiblichen Agitatorin ein, die besonders für die Wäscheindustrie nötig sei. In Berlin seien die Löhne in der Wäschebranche bedeutend geringer als in Wien. Die Oesterreicher hätten deswegen ein starkes Interesse, daß auch in Deutschland eine starke Organisation für die Wäschearbeiter geschaffen wird. Eine Agitatorin würde sicherlich gute Erfolge erzielen. Man solle sich in diesem Punkte nicht von der Kostenfrage leiten lassen. Nicht nur eine Agitatorin, sondern mindestens zwei seien allein für die Wäscheindustrie nötig.

Stühmer erwidert darauf, daß in Berlin schon eine Kollegin für die Wäschebranche angestellt ist, es aber trotzdem nicht vorwärts geht. Auch sonst werde viel für die Wäscheindustrie getan.

Der Verbandstag nimmt nun den Kassenbericht entgegen, den Heilmann-Berlin gibt. Wir haben die wichtigsten Zahlen schon gebracht. Heilmann betont, der Kassenbestand sei der höchste, wie er je erreicht worden sei. Wolle man aber großen Kämpfen gewappnet gegenüberstehen, dann müsse er noch erhöht werden. Mit der Staffelung der Beiträge und Selbsteinschätzung in die einzelnen Klassen — auf dem letzten Verbandstage beschlossen — habe man einen guten Griff gemacht, da sich das Gros der Mitglieder in die höchste Klasse eingeschätzt habe.

Den Ausschußbericht erstattet Strübig-Hamburg. Der Ausschuß habe sich nur mit sieben Beschwerden zu beschäftigen gehabt. Das sei gewiß ein Zeichen, daß die Vertretung der Verbandsinteressen bei dem Vorstand in guten Händen gewesen sei.

Für die Hauptkassenrevisoren berichtete Stoltenberg-Berlin. Kasse und Bücher seien in bester Ordnung gefunden worden. Er beantragt, den Kassierer zu entlasten.

Den Bericht der Preßkommission gibt Mier-Berlin. Die Leitung der Fachzeitung sei in guten Händen, da nur zwei Beschwerden eingegangen seien. Die Gesamtmitgliedschaft dürfte mit der Haltung und Redigierung der Fachzeitung voll einverstanden sein.

Redakteur Sabath-Berlin beschränkt sich in seinem Bericht auf einige Bemerkungen.

An diese Berichte schließen sich Erörterungen, die aber in der heutigen Sitzung noch nicht zum Abschluß kamen.

Die Verhandlungen wurden vertagt; die Nachmittagssitzung fällt aus, da der Verbandstag eine Hafenrundfahrt macht.

Briefkasten.

G. H., Trachenberger Straße. Die freiwillige Mieterversi[…]rung ist in allen solchen Fällen zu empfehlen, zumal der Bei[…] gering ist. — Rückerstattung der Beiträge können Sie nicht me[…] beanspruchen.

M. R., Kaiser-Wilhelm-Platz. Eine derartige Verpflichtun[…] besteht für das Publikum nicht.

O. P. Wir haben Ihnen bereits geantwortet, daß uns de[…] nicht bekannt ist, und daß Sie es beim Vorstand der Schützengi[…] sicher erfahren können.

P. G., Weißig. Ein Rechtsanwalt braucht nicht Dr. zu se[…]

E. B., Gambrinusstraße. Ihre Zuschrift deckt sich mit de[…] was wir bereits veröffentlichten.

H. W., Radebeul. Um solche Angelegenheiten können w[…] uns nicht kümmern. Wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft oder a[…] das Arbeitersekretariat.

Vereinskalender für Sonnabend.

Metallarbeiter. Abends ½9 Uhr Branchenversammlung der Be[…] zeugmacher, Mechaniker und des Gelbmetalls im Volkshaus.

Bezirk Gittersee-Coschütz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung [...] der Rehbockschänke.

Bezirk Gorbitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gas[…] Oberpesterwitz.

Bezirk Briesnitz-Leutewitz. Abends 9 Uhr Mitgliederversamml[…] im Gasthof zur Höhe.

Keil's Zigarren-Geschäft Kesselsdorfer Stra[…] Ecke Kronprinzenst[…] empfiehlt sein assortiertes Lager in Zigarren u[…] Tabaken bestens. — Beste Bezugsquelle für Wiederv[…]

Zum Staunen
— für Herren und Damen —
Strapazier- und Sonntags-**Stiefel**
zum Einheitspreis
pro Paar **6.75** sind unübertroffen
Box Chevr. und Lackleder

Kinderstiefel, Hausschuhe und Ballschuhe besonders billig.
Schuhhaus „Modern"
Wilsdruffer Str. 30, part. u. 1. Et.

Gemeinde-Sparkasse Naundorf
bei Kötzschenbroda
ist geöffnet an jedem Werktage von 8—12 Uhr vorm. und 2—5 nachm., sowie an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8—½3 Uhr. Der Zinsfuß für Einlagen beträgt **3½ Prozent** und es werden die am ersten und zweiten Werktage eines Monats eingehenden Einzahlungen auf diesen Monat voll verzinst.
Die Sparkassen-Verwaltung.

Auf Kredit! Möbel Anzüge!
und alle anderen Waren liefert in altbekannter Güte und preiswert
Merkur
44 Pillnitzer Str. 44.
Anzahlung von 3 Mk. an. Abzahlung von 1 Mk. an.
Kinderwagen.
Am Boykott der Dresdner Volkszeitung nicht beteiligt, da nicht Mitglied der Vereinigung d. Dresdner Kreditgeschäfte.
Nachdruck verboten!
10 Proz. Rabatt erhält jeder, der seine Zahlung regelmässig selbst bringt.

Nur für Herren
welche Wert auf elegante Garderoben legen, wird Gelegenheit geboten, sich mit wirklich gutsitzender, moderner Kleidung zu versehen. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavalieren nur wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, in Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

	Serie I	Serie II	Serie III	
Maß-Anzüge	10 M.	14 M.	20 M.	usw.
Maß-Paletots	8 M.	12 M.	18 M.	usw.

Frack- u. Gesellschafts-Anzüge werden v. Mk. 1.50 an verliehen.
Kaufhaus für Monats-Garderoben
Dresden, Pragerstraße 26.
Abteilung II: Elegante neue Garderoben.
Streng reelles Geschäft.
Größtes Spezialhaus für Monats- und Abonnements-Garderoben.

Kein Laden.
Reste
Teppiche und Gardinen
Gardinen
gr. Posten, haltbare Qualit[…] Meter von 30 Pf. bis […]
Abgepasste Fenster
das Fenster v. 1.80 bis […]
Teppiche
von 4.50 bis 120 M.
Chaiselongue-Decken
in Gobelin und Plüsch von 5 bis 30 M.
Portieren
3teilig, von 3 bis 15 M.
Tischdecken
in Filztuch, Tuch u. Plüsch von 90 Pf. bis 15 M.
Sofa-Bezüge
der ganze Bezug v. 5—20 M.
Schlafdecken
von 80 Pf. bis 5 M.
Kamelhaardecken
von 8 bis 18 M.
Steppdecken
von 3 bis 15 M.
Bett-Vorlagen
von 90 Pf. bis 4 M.
Läufer-Stoffe
Meter 40 Pf. bis 3 M.
Starers
Teppiche, Portieren, Tisch-Decken
Wilsdruffer Str. 33, I. u. II.
Kein Laden.

Grammophone u. Sprechapparate
die neuesten, trichterlosen in jeder Preislage.
Auch gegen Teilzahlung bei Wochenraten von M. 0.50 an.

Zonophonplatten, 25 Zentimeter doppelseitig, M. 2.00.
Volle Garantie für jeden Apparat. Umtausch alter Apparate und Platten unter kulanten Bedingungen. Vorführung ohne Kaufverpflichtung. Ausführl. Katalog, Nr. 21, gratis und franko.
Grammophon-Zentrale Dresden-A.
Trompeterstrasse 8.

Monats-Garderobe!
Elegante, wenig getragene Herren-Anzüge, Paletots, Hosen usw., beste Stoffe, nur gute Maßarbeit, von Kavalieren, Doktoren, Studenten u. besseren Herrschaften, zu staunend billigen Preisen. Ferner sind ein großer Posten neue Herren- u. Kinder-Anzüge (Mustersachen), sowie zirka 400 Paar einzelne Hosen angekommen, die, um schnell zu räumen, spottbillig verkaufe. Herren-Anzüge schon von 7.50 M. an, Jacketts 2 M., Kinder-Anzüge aus besseren Stoffen von 4 M. an. Westen 50 Pf. Schwarze Gehröcke werden verkauft und verliehen, sowie Schuhwerk und Normalwäsche in größter Auswahl.
Reich Dresden-A. Gr. Brüdergasse 5 I.

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu
H. Lorenz
nur Schöffergasse Nr. 4 neben Herzfeld
vom Altmarkt aus rechte Seite wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl und in allen Preislagen.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. hygien. Frauen-Artikel
Preisliste gratis. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
37 Am See 37, Ecke Dippoldiswaldaer Platz. […]
Man achte auf die Fi[…]

Nur für Herren
welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit nur Breitestraße, zur billigen 12. Maßanzüge v. Herrschaften, wenig getragen, 8, 12, 18 M. usw., Maßpaletots 6, 10, 16 M. usw., auch für starke Pers., ein Gelegenheitspost. in Musteranzügen für Burschen und Herren, große Auswahl in weiß u. bunt. Westen, schw. Rock-, Frack- u. Smoking-Anzügen, Radf.-Hosen, getrag. Herren-, Damen- u. Kinderschuhe v. 1.50 M. an, einz. Stoffhosen, Jacketts v. 2 M. an, Westen v. 25 Pf. an, Frack- und Gehrockverl., verkauft staun. bill. Wähler, nur Breitestraße 12. Kunden von auswärts Fahrtvergütung.

Hygien.-chirurg.
Gummiwaren
Kataloge gratis.
R. Freisleben
Postplatz

Achtung! Ausschneiden!
Ca. 850 Paar Damen- und Herrenstiefel, nur gute Qualitäten, z. T. echt Chevreau, jetzt jedes Paar **6.50 Mk.**
Ferner:
Ca. 350 Knaben-Anzüge
Ca. 600 Paar Sandalen
Ca. 250 Mädchen-Jacketts;
ferner Pelerinen, Sportstiefel, Sportkostüme usw. werden, um zu räumen, zu den denkbar billigsten Preisen verkauft.
Man berufe sich auf diese Annonce.
E. Schröter
Dresden, Frauenstraße
Ecke Schössergasse.

Zigarren eigenes Fabrikat
Zigaretten
Rauch-, Kau- u. Schnupftabake
empfiehlt
Max Sommer
Dresden-Pieschen
7 Oschatzer Strasse 7.

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert
Photograph **Rich. Jähnig**
Marienstraße Nr. 12
im Hause von Weigel & Zech.

Nur für Schneider u. Wiederverkäufer
Herren-Anzugsstoffe
Partieware, besonders preiswert.
Tuchlager Karl Lamprecht
Wilsdruffer Straße 2, 1.

Achtung!
Nur für Herren.
Wo kaufen Sie am billigst. getrag.
Herren-Garderobe?
Nur Gr. Brüdergasse 37, I.
nächst Postplatz vis-à-vis Sophienk. Dort erhalten Sie schon herrschaftliche, wenig getragene Maß-Anzüge v. 7.50, 11.50, 15 M. an usw., wie auch guterh. einzelne Jacketts u. Stoffhosen von 2 M. an, auch einz. Westen von 35 Pf. an. Getrag. Herren- u. Damen-Schuhe v. 1.50 an. Ein Gelegenheits-Posten neue Herren- u. Burschen-Anzüge. Nur Gr. Brüdergasse 37, I., Pimsler. Kunden v. außerh. Fahrtvergütung.

1 neues Bett
hochfein rot, dicht Daunenköper, große 1½ schläf. Ober- und Unterbetten und 2 Kissen mit 17 Pfund Halbdaunen, weil teils kleine Farbfehler, das Gebett Mk. 30.—, dasselbe Bett mit Daunendecke Mk. 35.—. Feinst. herrschaftl. Daunenbett Mk. 40.—. Zweischläfig kostet jedes Bett Mk. 5.— mehr. Nicht gefallend, Geld zurück. Katalog von Betten, Bettfedern und Aussteuern frei. 200 Dankschreiben.
Bettenfabrik Th. Kranefuss, Kassel 41.

Herren
welche Wert auf elegante Garderobe legen, bietet sich Gelegenheit, sich mit nur in ersten Ateliers nach Maß angefertigter, von Kavalieren, Doktoren, Studenten usw. nur wenig gebrauchter Kleidung zu versehen. Gute Verarbeitung, tadelloser Sitz und Haltbarkeit der Stoffe sind besondere Vorzüge dieser Garderoben.
Wir empfehlen
Maß-Anzüge 8, 13, 20 M. usw.
Maß-Paletots 6, 10, 18 M. usw.
Monatsgarderoben-Geschäft
Dresden
Breite Straße 18, 1. Etage unweit Seestraße.
Abt. II.: Elegante neue Garderobe, [illegible]
[illegible]

Aufschnitte
zu Familienfestlichkeiten. Salate, Sülzen, Schinken sowie vorzügl. Wurstsorten empf. ganz besonders Fleischermeister
Alfred Günther
Kronprinzenstrasse 10, Ecke [illegible]dorfer Straße.